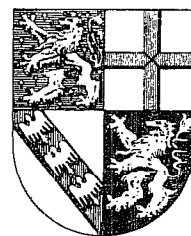


# SAARLAND



## STATISTISCHE NACHRICHTEN

VIERTELJAHRESHEFT  
des  
STATISTISCHEN LANDESAMTES



2

3

4



2

3



2

Ausgabe 1/1986

Statistisches Amt des SAARLANDES

## **Statistische Nachrichten**

Vierteljahresheft des Statistischen Landesamtes

**Hrsg.:** Statistisches Amt des Saarlandes  
Postfach 409, Hardenbergstr. 3  
6600 Saarbrücken  
Telefon: 0681 - 505 930  
Btx: 20 395 #

**Bezugspreis:** Einzelheft **3,00 DM**  
Jahresabonnement **10,00 DM**

**Bestellungen:** Statistisches Amt des Saarlandes,  
Telefon: 0681 - 505 927

*NACHDRUCK, auch auszugsweise, nur mit Quellenangabe gestattet.*

**ISSN: 0721-2410**

# INHALT

Kurzinformationen	Auftragseingänge stiegen im Saarland um 4 %	5
	Fast fünf Prozent weniger Gymnasiasten	5
	Sozialhilfeausgaben 1985 um 11,7 % auf 372 Mio DM gestiegen	5
	Hohe Preisstabilität am saarländischen Verbrauchermarkt	6
	Knapp zwei Drittel aller Studienberechtigten wollen studieren	6
	8 200 französische Grenzgänger in der saarländischen Wirtschaft beschäftigt	6
	Revision der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen der Länder: Ergebnisse auf neuer Preisbasis 1980	6
	Öffentliche Abfallbeseitigung 1984: Weniger Müll als im Vergleichsjahr 1982	7
	Jahresteuerrate auf 0,2 % gesunken	7
	Niedrige Neuverschuldung 1985	7
Grafiken zur Wirtschaftsentwicklung		8
Zur Wirtschaftslage		9
Beiträge	Volkszählung - ein Anachronismus?	10
	Informationen zur Volkszählung 1987	19
	Konjunkturdaten für die Regionen des Grenzraumes Saar - Lor - Lux - Trier/ Westpfalz	31
	Die Beurteilung der Malignität von Tumoren mit Hilfe des Lebenserwartungsdefizits (LED)	39
Tabellenteil	Zahlenspiegel für das Saarland	44
Anhang	Statistik anno dazumal	52
	Veröffentlichungen des Statistischen Amtes des Saarlandes	54

---

## ZEICHENERKLÄRUNG

---

- p** vorläufige Zahlen
- 0** weniger als die Hälfte von 1 in der letzten besetzten Stelle, jedoch mehr als nichts
- nichts vorhanden (genau null)
- .** Zahlenwert unbekannt oder geheimzuhalten
- x** Tabellenfach gesperrt, weil Aussage nicht sinnvoll
- ...** Angabe fällt später an
- /** keine Angabe, da Zahlenwert nicht sicher genug
- ( )** Aussagewert eingeschränkt, da der Zahlenwert Fehler aufweisen kann

# Kurzinformationen

## **Auftragseingänge stiegen im Saarland um 4 %**

Der Auftragseingang im Verarbeitenden Gewerbe des Saarlandes lag in den Monaten Januar und Februar um 4 % über dem Niveau des gleichen Vorjahreszeitraumes. Nach Angaben des Statistischen Amtes des Saarlandes war die Entwicklung des Inlands- und Auslandsgeschäfts jedoch gegenläufig. Während im Durchschnitt der Monate Januar und Februar die Bestellungen aus dem Inland um 23,5 % anzogen, fielen die Bestellungen aus dem Ausland um 15,8 %. Damit setzte sich der seit Mitte letzten Jahres zu beobachtende Trend zur Abschwächung der Auslandsnachfrage und zum Anziehen der Inlandsbestellung auch bei den Saarländischen Betrieben weiter fort.

In den ersten zwei Monaten 1986 konnten die Betriebe der Investitionsgüterherstellung erneut das stärkste Auftragsplus verbuchen. Der Auftragseingang lag um 19,6 % über dem der Monate Januar und Februar 1985. Auch hier mußte die divergierende Entwicklung zwischen Inlands- und Auslandsgeschäft beobachtet werden. Während die Inlandsbestellungen um 56,7 % stiegen, gingen die Exportaufträge um 13,4 % zurück. Der lange Zeit von der Konjunkturbelebung nicht erfaßte Stahl- und Leichtmetallbau konnte innerhalb der Wirtschaftszweige des Investitionsgüter produzierenden Gewerbes das größte Auftragsplus vorzeigen, gefolgt von den Betrieben der Elektrotechnik und des Straßenfahrzeugbaus. Auf Grund des ungünstigen Auslandsgeschäfts stagnierten hingegen die Bestellungen im Maschinenbau auf Vorjahresniveau.

Im Verbrauchsgüter produzierenden Gewerbe, das stark von der privaten Konsumgüternachfrage abhängt und das in den Vorjahren nur sehr zögernd von der konjunkturellen Belebung erfaßt wurde, stieg der Bestelleingang um 16,6 %. Hier lag die Steigerungsrate im Auslandsgeschäft sogar noch über der des Inlandsgeschäfts. Im Grundstoff- und Produktionsgütergewerbe fiel der Auftragseingang

dagegen um 18,8 % unter das Niveau der Monate Januar und Februar 1985. Wenn auch der Einbruch im Auslandsgeschäft am größten ausfiel, so sackten aber auch die Inlandsbestellungen merklich ab. Insgesamt betrachtet konnte damit die Nachfrage bei Investitionsgütern und Verbrauchsgütern weiter expandieren, während sie bei Grundstoffen und Produktionsgütern hingegen rückläufig war.

## **Fast fünf Prozent weniger Gymnasiasten**

Im Schuljahr 1985/86 werden an den Gymnasien im Saarland 25 838 Schüler unterrichtet. Das sind 1 265 oder 4,7 % weniger als im Jahr zuvor und 7 205 (-21,8%) weniger als im Schuljahr 1980/81.

Knapp die Hälfte (49,2 %) der Schüler sind weiblichen Geschlechts. Beim Durchlaufen des Gymnasiums sind die weiblichen Schüler im Durchschnitt erfolgreicher als die männlichen. Während von den männlichen Schülern in den Jahrgangsstufen 6 bis 11 im Schuljahr 1984/85 nach vorläufigen Ergebnissen 8,6 % das Klassenziel nicht erreichten, waren es bei den weiblichen Schülern lediglich 7,1 %. Für beide Geschlechter zusammen ergab sich eine Nichtversetztenquote von 7,9 % und damit ein Rückgang gegenüber dem Schuljahr 1983/84 (8,5 %). In diesen Zahlen sind die freiwilligen Wiederholer nicht enthalten.

Die Zahl der ausländischen Schüler in den Gymnasien hat sich zwischen 1980/81 und 1985/86 um 272 auf 623 Schüler erhöht. Damit liegt der Ausländeranteil in den Gymnasien bei 2,4 %, wobei die Schüler mit französischer und italienischer Nationalität am stärksten vertreten sind.

## **Sozialhilfeausgaben 1985 um 11,7 % auf 372 Mio DM gestiegen**

Nach vorläufigen Berechnungen betrugen im Saarland die Bruttoausgaben der Sozialhilfe im Jahre 1985 insgesamt 371,9 Mio DM, 39

Mio DM oder 11,7 % mehr als im Jahre 1984. Sie wurden zu rund 58 % von den örtlichen Trägern und zu 42 % vom Minister für Arbeit, Gesundheit und Sozialordnung als überörtlichem Träger aufgebracht.

Der Ausgabenanstieg der Hilfe zum Lebensunterhalt um 18,3 % auf nunmehr 176,4 Mio DM resultiert u.a. aus der allgemeinen Regel-satzanhebung um 7,1 %, die zum 1. Juli 1985 in Kraft trat.

Für Hilfen in besonderen Lebenslagen wurden im Saarland 195,5 Mio DM gegenüber 183,8 Mio DM im Jahre 1984 (+6,4 %) aufgewendet, darunter für Hilfe zur Pflege 98,1 Mio DM (+2,0 %) und Eingliederungshilfe für Behinderte 73,9 Mio DM (+10,9 %).

Mit 192,6 Mio DM (+5,3 %) flossen rund 52 % der Bruttoausgaben an Empfänger innerhalb von Einrichtungen. An außerhalb von Einrichtungen lebende Personen gingen 179,3 Mio DM (+19,5 %).

#### **Hohe Preisstabilität am saarländischen Verbrauchermarkt**

Nachdem sich schon im Verlauf des Jahres 1985 die Preisentwicklung am saarländischen Verbrauchermarkt deutlich stabilisiert hatte, sank die Jahresteuerrate im März 1986 sogar auf 0,2 %. Ausschlaggebend für diese günstige Entwicklung der Gesamtlebenshaltung waren hauptsächlich die anhaltenden Preiseinbrüche am Heizöl- und Kraftstoffmarkt. Die Preise waren hier seit Jahresbeginn weiterhin rückläufig und lagen im März 1986 beim Heizöl um 36 % und bei den Kraftstoffen um 23,4 % unter dem Stand des Vorjahres. Auch im Nahrungsmittelbereich bewegten sich die Preise im ersten Vierteljahr 1986 im Schnitt fast auf Vorjahresniveau, was sich aufgrund des hohen Gewichtes dieser Ausgabengruppe auf die Gesamtlebenshaltung günstig auswirkte.

In den übrigen Teilbereichen tendierten die Preise in den ersten drei Monaten dieses Jahres leicht nach oben.

#### **Knapp zwei Drittel aller Studienberechtigten wollen studieren**

Bei einer im Dezember 1985 durchgeführten

Erhebung wurden im Saarland 4 255 Abiturienten an Gymnasien und Schüler der Abschlußklassen an Fachoberschulen nach ihren Studien- und Berufswünschen befragt; das waren 6 % weniger als im Vorjahr. Nach ersten Vorwegauswertungen stieg der Anteil der Studienwilligen, der vor Jahresfrist bei 63,0 % und 1973 noch bei 87,9 % lag, wieder geringfügig an. 64,1 % der Befragten äußerten die Absicht, ein Studium aufzunehmen, unentschlossen verhielten sich wie im Vorjahr rund 22 %. Der Anteil der Absolventen ohne Studienabsicht verringerte sich leicht von 14,5 % auf 13,5 %. Bei einer Studienbereitschaft von insgesamt 64,1 % lag der Anteil der männlichen Studienwilligen (72,4 %) wiederum erheblich über dem der weiblichen (53,1 %); die niedrigste Quote verzeichneten die Fachoberschülerinnen, von denen im Jahr 1986 nur noch gut zwei Fünftel (43,8 %) studieren wollen.

#### **8. 200 französische Grenzgänger in der saarländischen Wirtschaft beschäftigt**

Die im Bereich der Wirtschaftsstatistiken erfaßten Betriebe aller Wirtschaftsbereiche einschließlich der Krankenhäuser und bestimmter Unternehmen der öffentlichen Hand meldeten im September 1985 insgesamt 8 214 ausländische Beschäftigte mit ständigem Wohnsitz in Frankreich, und zwar 5 353 männliche und 2 861 weibliche Personen. Die Gesamtzahl lag nur um 1,9 % niedriger als vor Jahresfrist. Die Mehrzahl der Grenzgänger wird im Bereich des verarbeitenden Gewerbes festgestellt (76 %), auf das sonstige produzierende Gewerbe entfallen 7 %, den Handel 4 %, die Dienstleistungen und übrigen Bereiche 13 %.

#### **Revision der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen der Länder:**

##### **Ergebnisse auf neuer Preisbasis 1980**

Bei den Berechnungen des Bruttoinlandsprodukts und der Bruttowertschöpfung der Wirtschaftsbereiche wurde im Rahmen einer Revision 1985/86 die bisherige Preisbasis 1976 durch das Eckjahr 1980 ersetzt, so daß neu berechnete Reihen in konstanten Preisen vorgelegt werden können, die ein zutreffenderes

Bild über die Entwicklung in den 80er Jahren ermöglichen. Weiterhin wurden einige methodische Verbesserungen vorgenommen und zusätzliche Daten in die Berechnungen einbezogen, vor allem Material aus Statistiken, die nur in mehrjährigen Abständen durchgeführt werden. Bei den revidierten Berechnungen werden Länderergebnisse 1970 - 1985 neu zusammengestellt und auf die entsprechenden Bundeswerte des Standes Herbst 1985 abgestimmt. Die Revision umfaßt die Reihen der Entstehung, Verteilung und Verwendung des Sozialprodukts einschl. Bezugsszahlen über Erwerbstätige und Arbeitnehmer. Statistische Berichte mit zusammengefaßten Ergebnissen sind z.Zt. in Vorbereitung, eine Gemeinschaftsveröffentlichung der Statistischen Landesämter, Band 15/Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen, wird im Sommer 1986 erscheinen.

#### **Öffentliche Abfallbeseitigung 1984: Weniger Müll als im Vergleichsjahr 1982**

Im Rahmen der Umweltstatistik wurden für das Jahr 1984 bundesweit Erhebungen über die Abfallbeseitigung durchgeführt, die den öffentlichen Entsorgungsbereich sowie das Produzierende Gewerbe einschließlich Krankenhäuser umfassen. Erste Ergebnisse für das Saarland zeigen, daß die öffentliche Müllabfuhr mit rd. 466 000 Tonnen Haus- und Sperrmüll einschl. hausmüllähnlicher Gewerbeabfälle ein beachtlich geringeres Abfallaufkommen aufweist, als im vorangegangenen Berichtsjahr 1982. Die rückläufige Entwicklung ist durch die niedrigere Zahl der Einwohner, aber auch durch umweltbewußtes Verhalten der Abfallerzeuger bzw. verstärkte Wiederverwertung von Rest- und Abfallstoffen zu erklären; ferner ist zu berücksichtigen, daß bei den Statistiken 1984 ein verbesserter Nachweis der zu erfassenden Mengen und damit genauere Angaben möglich waren, während bei den früheren Erhebungen in größerem Maße auf Schätzungen zurückgegriffen werden mußte. Für 1984 wurden im Durchschnitt 2,3 Kubikmeter bzw. 444 kg Müll je Einwohner ermittelt gegenüber gut 500 kg im Vergleichsjahr 1982.

#### **Jahresteuerrate auf 0,2 % gesunken**

Der Preisindex für die Lebenshaltung von 4-Personen-Arbeitnehmerhaushalten mit mittlerem Einkommen ist im Saarland von Mitte Februar bis Mitte März 1986 um 0,4 % gefallen und liegt damit lediglich um 0,2 % höher als vor einem Jahr. Im Februar 1986 hatte der Abstand gegenüber dem entsprechenden Vorjahresmonat noch 1,0 % betragen. Ausschlaggebend für diese günstige Entwicklung der Gesamtlebenshaltung waren vor allem die Preisbewegungen bei Heizöl und Kraftstoffen. Heizöl war im Februar dieses Jahres um 36 % und Kraftstoffe waren um 23,4 % billiger als ein Jahr zuvor. Auch die Preisnachlässe in Monatsfrist sind mit 6,9 % und 10,1 % beachtlich. Die Preise im Nahrungsmittelbereich sind seit der letzten Erhebung im Schnitt um 0,3 % gefallen, was hauptsächlich auf jahreszeitlich bedingte Preisveränderungen bei Obst und Gemüse zurückzuführen ist.

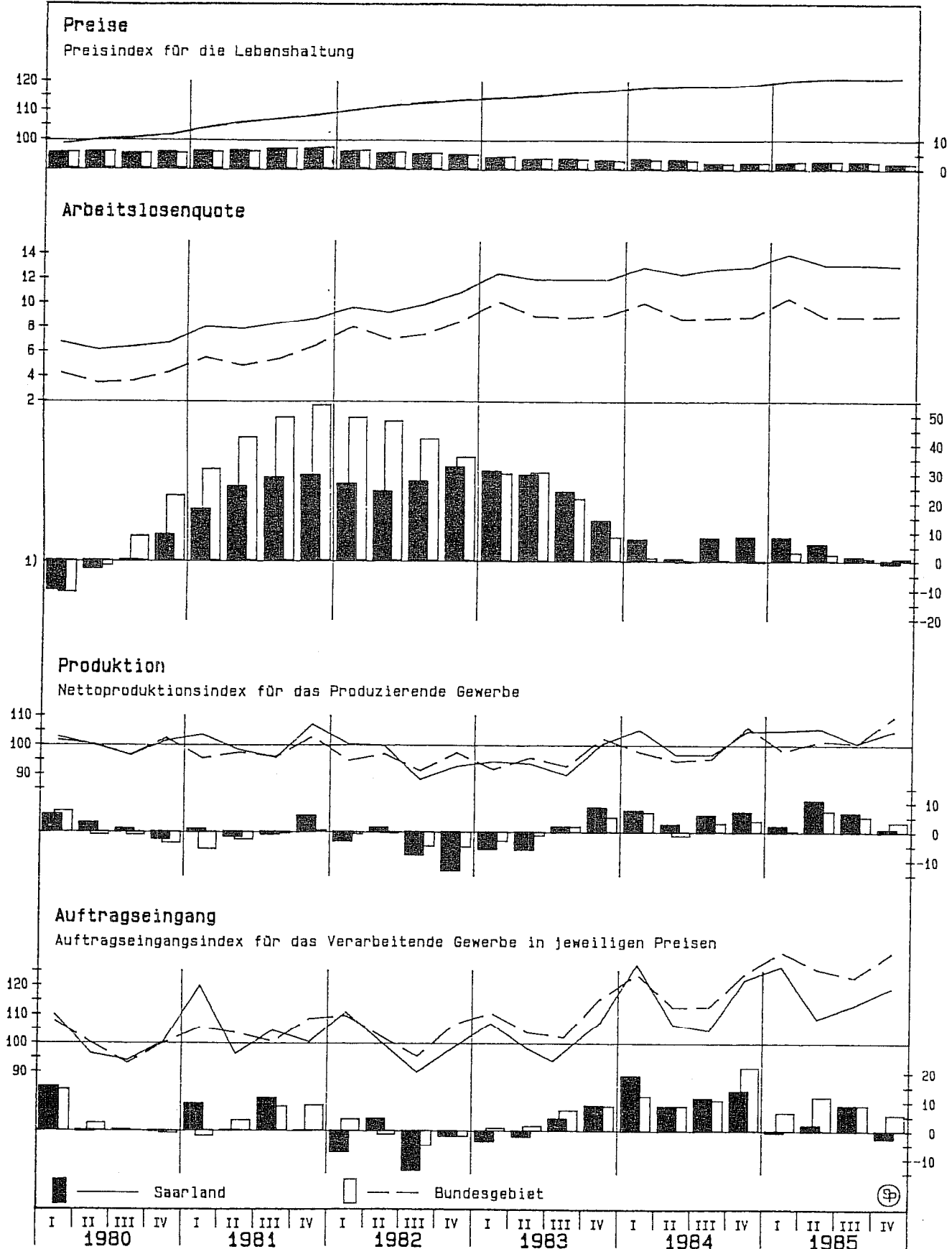
In den übrigen Teilbereichen der Lebenshaltung blieben die Preise seit Mitte Februar 1986 weitgehend stabil.

#### **Niedrige Neuverschuldung 1985**

Die saarländischen Gemeinden und Gemeindeverbände waren Ende 1985 insgesamt mit rund 2,4 Milliarden DM verschuldet. Die Zunahme der Verbindlichkeiten (+1,9 % gegenüber dem Vorjahr) war so niedrig wie kaum jemals zuvor. Die durchschnittliche Pro-Kopf-Verschuldung stieg von 2 273 auf 2 324 DM je Einwohner an. Die relativ höchste Belastung trägt weiterhin Saarlouis (5 341 DM je Einwohner) vor Saarbrücken (3 209) und Homburg (2 996), während die Gemeinden Nalbach (601), Nonnweiler (684) und Rehlingen (869) am geringsten verschuldet sind.

Auch der Schuldenstand des Landes wurde 1985 nicht so stark erhöht (+10,6 %) wie im Vorjahr (+12,8 %). Er lag am Jahresende bei knapp 7,6 Milliarden DM, das entspricht einer Pro-Kopf-Belastung von 7 245 je Einwohner.

# Konjunkturdaten Bundesgebiet und Saarland Entwicklung und Veränderungsrate zum Vorjahresquartal





## Zur Wirtschaftslage

(Stand März 1986)

Die konjunkturelle Landschaft zeigt auf Bundesebene wie im Saarland Licht- und Schattenseiten. Während im vergangenen Jahr insgesamt ein beachtliches Wirtschaftswachstum erzielt wurde und allgemein mit einer Fortsetzung der konjunkturellen Besserung gerechnet werden kann, zeigen sich im ersten Quartal 1986 bei lang anhaltender Winterzeit teilweise unterschiedliche Entwicklungen. In den witterungsabhängigen Branchen vor allem des Baugewerbes, aber auch in saisonal beeinflussten Zweigen des Handels- und Gastgewerbes, in bestimmten Dienstleistungsbereichen teilweise auch im Handwerk sowie im Agrarsektor, sind eher retardierende Tendenzen festzustellen, die keine Dynamik erkennen lassen. Zwar haben steuerliche Anreize zur Entlastung der privaten Einkommen und der Unternehmen zur Entfaltung entsprechender Aktivitäten beigetragen, auch sind stabilisierende Tendenzen beim Preisniveau sehr positiv zu bewerten und die Wechselkursänderungen sowie die unkalkulierbaren Preisrückgänge bei Mineralölprodukten wahrscheinlich überwiegend mit stimulierenden Wirkungen verbunden, dennoch sind zunächst sehr uneinheitliche Entwicklungen für den bisherigen Jahresverlauf kennzeichnend.

Die Auftragseingänge im Verarbeitenden Gewerbe lagen im Saarland in den Monaten Januar und Februar 1986 um insgesamt 4 % über dem Niveau des gleichen Vorjahreszeitraums. Die Entwicklung im In- und Auslandsgeschäft war jedoch gegenläufig. Während die Inlandsbestellungen sich um 23,5 % erhöhten, fielen die Auslandsaufträge um 15,8 % zurück. Der entsprechende Trend, der seit Mitte 1985 zu beobachten war, setzte sich somit zunächst fort. Die Betriebe der Investitionsgüterherstellung konnten den stärksten Auftragszuwachs verbuchen, wobei insbesondere Stahl- und Leichtmetallbau, aber auch Elektrotechnik und Straßenfahrzeugbau günstig abschnitten; dabei nahmen die Inlandsaufträge um 56,7 % zu, während die Auslandsorder um 13,4 % reduziert wurden. Das schwächere Auslandsgeschäft beeinflusste vor allem den Maschinenbau. Bei den Verbrauchsgütern stiegen die Bestellungen durchschnittlich um 16,6 %, wobei die Auslandsnachfrage sogar etwas günstiger war als das sich nur zögernd entwickelnde Inlandsgeschäft. Deutliche Rückschläge verzeichnet dagegen das Grundstoff- und Produktionsgütergewerbe (– 18,8 %). Hier waren Export- und Binnengeschäft rückläufig. Die insgesamt differenzierte Entwicklung im Bereich der Industrie dürfte im Endeffekt durchaus leicht positive Auswirkungen auf die Beschäftigungslage ausstrahlen, die mit entsprechendem zeitlichen Abstand zum Tragen kommen können. Auch sind durch rückläufige Rohstoff- und Energiekosten Voraussetzungen gegeben, um einen gewissen Wachstumsschub zu entfalten.

Im Handelssektor wurde im Januar und Februar im Einzelhandel ein nominales Umsatzplus von durchschnittlich 3,1 % erzielt, das weitgehend auch der realen Entwicklung entsprach, nachdem starke Preisrückgänge bei bestimmten Warengruppen zu einer Stabilisierung des Verbraucherpreisniveaus geführt haben. Im Gastgewerbe gingen die Erlöse nominal um 0,2 % zurück, so daß sich preisbereinigt ein Minus von 2,2 % ergab. Beim Außenhandel wird ein Rückgang der Exporte um 8,3 % und ein Zuwachs der Importe um 6,4 % verzeichnet.

Die Lebenshaltung der privaten Haushalte mit mittlerem Einkommen weist im März lediglich einen Preisanstieg von 0,2 % gegenüber der entsprechenden Vorjahreszeit auf, was im Durchschnitt einer Preisstabilität der Gesamtlebenshaltung gleichkommt. Ausschlaggebend hierfür waren vor allem die Preisreduzierungen bei Heizöl und Kraftstoffen (−36 bzw. −23 %). Auch die Preise im Nahrungsmittelbereich waren rückläufig. In den übrigen Teilbereichen waren meist nur geringe Preisbewegungen festzustellen.

Der Arbeitsmarkt hat bisher leider noch keine Entlastung erkennen lassen. Ende März wurden insgesamt 55 094 Arbeitslose registriert, 0,1 % mehr als vor Jahresfrist. Die Arbeitslosenquote lag bei 13,8 % (Bundesdurchschnitt 9,8 %). Die Zahl der Kurzarbeiter betrug 7 669, ferner wurden 2 068 Beschäftigte in Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen nachgewiesen. Bei den offenen Stellen (2 131) war die Situation etwas günstiger als im Vorjahr. Gezielte Aktivitäten der Arbeitsmarktpolitik lassen gewisse Fortschritte erkennen bei dem Bemühen, Arbeitslosigkeit zu verhüten bzw. vorzeitig zu beenden. Diese Aktionen kommen nach Schätzung der Arbeitsverwaltung zahlreichen Personen zugute, die ansonsten in den Reihen der Arbeitslosen zu finden wären. Nach wie vor gilt die Feststellung: Die Erweiterung von Beschäftigungsmöglichkeiten und die Sicherung entsprechender Arbeitseinkommen wird daher in nächster Zeit Hauptsorge und wichtigstes Anliegen der Wirtschaftspolitik auf regionaler und überregionaler Ebene bleiben.

## Volkszählung – ein Anachronismus

„Volkszählung, umfassende statistische Erhebung zur Feststellung der Bevölkerungszahl eines Landes und ihrer soziologischen Gliederung; meist mit Berufs-, Wohnungs- und Betriebszählung verbunden.“

Ganze vier Zeilen widmet ein Lexikon dieser in langjährigen Abständen stattfindenden Großzählung. Eine einfache Sache also. So schien es jedenfalls für die Verfasser des Lexikons bei der Erstellung vor etwa fünf Jahren zu sein. Zweck und Notwendigkeit solcher Zählungen schienen offenbar unbestritten und für jedermann einsichtig, so daß es sich nicht lohnte, eine weitere Erklärung im Text aufzunehmen.

Heute wären die Verfasser einer Neuauflage wahrscheinlich in Bedrängnis, was sie unter dem Wort „Volkszählung“ nach den Diskussionen, die sich an der für 1983 geplanten Zählung entzündeten, als Text schreiben sollten.

Nicht nur ein stärkeres Bewußtsein für den Schutz der eigenen Daten im sogenannten Zeitalter der Computer hat große Teile der Bürger und Politiker zu einer kritischeren Haltung gegenüber einer solchen Vollerhebung veranlaßt, sondern auch der Sinn einer kostenträchtigen Zählung aller in einem Land lebenden Personen wird in Frage gestellt. Sowie der Kostenaufwand weithin und genau bekannt ist, ist umgekehrt der Nutzen nicht sichtbar.

Die Möglichkeiten der modernen Datenverarbeitung, die einerseits dazu benutzt werden, Furcht und Ängste vor einer totalen Erfassung und Überwachung des Bürgers zu wecken, werden andererseits als Argument gegen die Notwendigkeit einer alle erfassenden Zählung aufgeführt. Bestärkt sehen sich die Gegner der Volkszählung durch das Urteil des Bundesverfassungsgerichts zur geplanten Volkszählung 1983, das den Auftrag erteilt hat, das mildeste Mittel für den Auskunftspflichtigen zu suchen und anzuwenden. Des weiteren wird oft argumentiert, daß alle Merkmale des Fragenkataloges ohnehin in verschiedensten Karteien, so zum Beispiel den Melderegistern, gespeichert und damit verfügbar seien. Auch seien die von den Statistikern

selbst gepriesenen und durchgeführten Stichproben durchaus in der Lage, notwendige Übersichten über Strukturen und deren Veränderungen im Zeitablauf zu liefern. Diese – dazu auf der Basis freiwilliger Auskünfte – könnten mit weit geringeren Mitteln zu besseren Ergebnissen führen als eine erzwungene Totalzählung. Selbst bei der Einsicht, daß Planen und Handeln nur dann sinnvoll möglich ist, wenn ausreichende Kenntnisse über die Grundlagen vorhanden sind, wird die Frage gestellt, warum ein solcher Aufwand gerechtfertigt sein soll.

Schließlich kennt man doch die Bevölkerungszahlen aus den Fortschreibungen der Melderegister, weiß man doch, daß es zu wenige Wohnungen gibt, daß die Mieten zu teuer, die Arbeitslosenzahlen zu hoch sind. Und was bedeutet schon die Frage nach der Ausbildung? Man weiß doch, daß heute ein erlernter Beruf keine Garantie mehr dafür ist, auch einen entsprechenden Arbeitsplatz zu finden. Und schließlich sind die Zahlen, wenn sie frühestens nach 18 Monaten vorliegen, schon wieder veraltet.

Sind also Volkszählungen nicht mehr zeitgemäß? Sind Volkszählungen in einer Zeit, da unsere Namen und persönlichen Angaben bei Behörden, Banken, Krankenhäusern, Versicherungen, Finanzämtern, Versandhäusern usw. in einem größerem Umfang elektronisch gespeichert und per Knopfdruck abrufbar sind, ein teurer Anachronismus?

Viele dieser Ängste, Fragen und Aversionen in breiten Schichten der Bevölkerung rühren aus der Unkenntnis her, was wird eigentlich gefragt, was geschieht mit den Einzelangaben und wozu werden sie gebraucht. Welche Konsequenzen hat der Bürger zu fürchten? Die Ablehnung der Volkszählung 1983 durch weite Teile der Bevölkerung und auch der Parteien resultierte im wesentlichen daraus, daß versäumt wurde, rechtzeitig über Inhalt und Zweck aufzuklären.

Juristisch kam hinzu, daß der vorgesehene Abgleich mit den Melderegistern der Gemeinden nicht mit den neuen Datenschutzbestimmungen zu vereinbaren war, weshalb auch die Verfassungsschützer u. a. das zugrunde liegende Gesetz

in dieser Form verwarfen. Im Urteil heißt es: „Freie Entfaltung der Persönlichkeit setzt unter den modernen Bedingungen der Datenverarbeitung den Schutz des Einzelnen gegen unbegrenzte Erhebung, Speicherung, Verwendung und Weitergabe seiner persönlichen Daten voraus. Das Grundrecht gewährleistet insoweit die Befugnis des Einzelnen, grundsätzlich selbst über die Preisgabe und Verwendung seiner persönlichen Daten zu bestimmen.“ Ist damit die Freiwilligkeit der Auskünfte festgeschrieben? Keineswegs, denn der Urteilstext fährt nun fort: „Dieses Recht auf ‚informationelle Selbstbestimmung‘ ist nicht schrankenlos gewährleistet. Der Einzelne hat nicht ein Recht im Sinne einer absoluten, uneinschränkbaren Herrschaft über ‚seine‘ Daten; er ist vielmehr eine sich innerhalb der sozialen Gemeinschaft entfaltende, auf Kommunikation angewiesene Persönlichkeit. Information, auch soweit sie personenbezogen ist, stellt ein Abbild sozialer Realität dar, das nicht ausschließlich dem Betroffenen allein zugeordnet werden kann. Das Grundgesetz hat, wie in der Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts mehrfach hervorgehoben ist, die Spannung Individuum — Gemeinschaft im Sinne der Gemeinschaftsbezogenheit und Gemeinschaftsgebundenheit der Person entschieden. Grundsätzlich muß daher der Einzelne Einschränkungen seines Rechts auf informationelle Selbstbestimmung im überwiegenden Allgemeininteresse hinnehmen.“

Hier wird die Verpflichtung des Einzelnen gegenüber der Allgemeinheit deutlich zum Ausdruck gebracht, des Individuums, das seinerseits ja Teil dieser Allgemeinheit ist. In den vielen Diskussionen um die Volkszählung ergab sich oft der Eindruck, als sei das Volkszählungsgesetz gegen die Interessen des Einzelnen gerichtet. Diese Ansicht ließe sich jedoch auf eine Vielzahl von Gesetzen übertragen. Wer auf seine Lohn- oder Gehaltsabrechnung schaut, kann durchaus zu der Meinung kommen, daß das Einkommensteuergesetz, die Verpflichtung zu Sozialversicherungsbeiträgen gegen ihn gerichtet sind, schmälern sie doch sein verfügbares Einkommen. Gleiches gilt natürlich auch für den Unternehmenssektor. Lassen wir die Überlegungen über die Höhe der Lasten einmal beiseite, so stellt sich doch die Frage, wie ein Staatswesen, das nicht über genügend Einnahmen aus wirtschaftlicher Tätigkeit

verfügt, seinen Verpflichtungen gegenüber der Allgemeinheit und dem einzelnen Bürger ohne die Erhebung von Steuern gerecht werden soll. Gleiches gilt auch für Sozialgesetze, denn Sozialleistungen werden nicht jedem Bürger gewährt, aber von der Allgemeinheit finanziert. Sind diese Gesetze deshalb gegen die Bürger gerichtet? Warum, so muß man fragen, wird gerade bei der Volkszählung den staatlich Handelnden unterstellt, sie würden die so gewonnenen Erkenntnisse entgegen ihrer Verpflichtung zum Nachteil der Bürger nutzen?

Eine Antwort darauf ist: Während bei den beispielhaft erwähnten Steuer- und Sozialgesetzen Sinn und Zweck für jedermann leicht erkennbar sind, fehlt diese Durchschaubarkeit für weite Kreise der Bevölkerung bei der Volkszählung. Während die Steuern zwar auch nicht zweckgebunden sind — Kraftfahrzeugsteuern fließen nicht nur in den Straßenbau —, läßt sich ihre Verwendung durch die Offenlegung der Haushaltspläne doch leicht überprüfen. Diese Offenlegung der Verwendung erhobener statistischer Daten ist nicht im gleichen Maße vollziehbar. Das hat verschiedene Gründe. Einmal herrscht einfach mangelnde Kenntnis darüber, in wie vielen Bereichen die Zahlen der amtlichen Statistik als Basis für Berechnungen und Entscheidungen dienen.

Wer Presseberichte und Parlamentsdebatten aufmerksam verfolgt, wird feststellen, daß dort eine Vielzahl von Zahlen auftaucht, die zwar nicht ausschließlich, aber doch sehr häufig aus den Erhebungen der amtlichen Statistik stammen.

Es ist nicht verwunderlich, daß die Statistik hierbei in den Hintergrund tritt, denn nicht die Herkunft der Zahlen interessiert besonders, sondern der Blick richtet sich auf das zu behandelnde Problem selbst und auf die vorliegenden Fakten. Bereiche, in denen die Verwendung der amtlich festgestellten Bevölkerungszahl als von maßgeblicher Bedeutung für den Interessierten nachvollziehbar ist, bilden z.B.:

- der Finanzausgleich zwischen Bund, Ländern und Gemeinden
- die Berechnung der Stimmen der Länder im Bundesrat
- die Festlegung der Wahlkreise nach Zahl und Größe bei Bundes- und Landtagswahlen

- die Berechnung der Sitze in den kommunalen Vertretungsorganen
- die Vorausschätzungen in der Rentenversicherung für 15 Jahre über Einnahmen und Ausgaben, über Rentenniveau und Vermögen der Rentenversicherung nach der Zahl der Pflichtversicherten und der Zahl der Rentner vorzunehmen und fortzuschreiben — Basis ist die Volkszählung.

Hier wurden nur einige Beispiele aufgeführt, die dem Interessierten offen legen, wozu seine Angaben verwendet werden. Gerade das letzte Beispiel macht deutlich, daß allein die bloße Feststellung der genauen Bevölkerungszahl ohne weitere strukturelle Untergliederung nicht ausreicht, die gestellte Aufgabe zu erfüllen. Das Bayrische Landesamt für Statistik und Datenverarbeitung hat in einer detaillierten Übersicht zusammengestellt, welche Zwecke die einzelnen Fragen der Volkszählung 1987 erfüllen. Diese Übersicht ist im Anhang beigelegt.

Ein weiterer Grund für die mangelnde Transparenz der Zweckmäßigkeit einer Volkszählung liegt in dem weiten Feld der politischen und wirtschaftlichen Planung, für die aktualisierte Informationen über wirtschaftliche, ökologische und soziale Zusammenhänge und Entwicklungen benötigt werden. Nun haben jedoch die einzelnen Ressorts als Datenkonsumenten unterschiedliche Planungsziele. Bildungsplanung, Raumordnung, Verkehrsplanung, Sozialpolitik, Wohnungspolitik, Strukturanalysen in den verschiedensten Bereichen sind nur einige Beispiele, die aufzeigen, auf welchen Feldern Staat und Wirtschaft vor ständig neue Aufgaben gestellt werden. Der Wandel der Anforderungen macht es unmöglich, alle sich ergebenden Analysen und darauf folgende Planungen und Entscheidungen im voraus zu definieren. Bekannt sind dagegen die Mängel, die aufgrund veralteter Daten und Fakten entstehen können, wobei das Ausmaß oft nur schwer oder überhaupt nicht abzuschätzen ist.

Das Gebiet des Handelns in verantwortlicher Funktion, zu dem statistische Zahlen herangezogen werden, bleibt wegen seiner Fülle nicht nur dem Bürger unüberschaubar. Aussagen

wie „Die Angaben bilden eine unentbehrliche Grundlage für anstehende Entscheidungen“ können deshalb nur allgemein bleiben und durch Aufzeigen einiger Beispiele verständlich gemacht werden. Als solche sollen eine Anfrage<sup>1)</sup> eines saarländischen Abgeordneten an die Landesregierung und ein Auszug aus einem Artikel in der „Welt der Wirtschaft“ stellvertretend stehen:

Anfrage des Abgeordneten.....

„betr.: Wohnungssituation im Saarland.

Eine auf das gesamte Bundesgebiet bezogene Wohnungsstichprobe hat ergeben, daß nur 23,4 Millionen Wohnungen vorhanden sind, obwohl nach der festgeschriebenen<sup>2)</sup> Statistik 24,7 Millionen Wohnungen vorhanden sein müßten. Die Landesregierung hat durch ihr Verhalten im Bundesrat<sup>3)</sup> mitgeholfen, daß eine konkrete Wohnungszählung im Jahre 1981 verhindert wurde. Damit ist der Fall eingetreten, daß eine konkrete Übersicht über den tatsächlichen Wohnungsbestand und -bedarf im Saarland nicht vorgelegt werden kann.

Ich frage daher die Regierung des Saarlandes:

- 1) Nach welchem Wohnungsbedarf ermittelt die Landesregierung die eventuellen Fördermittel im Landeshaushalt?
- 2) Welche Anhaltzahlen liegen ihren Anmeldungen für Bundesfördermittel zugrunde?
- 3) Wie ist der tatsächliche Wohnungsbedarf im Saarland?
- 4) Hat sich die Landesregierung bei den saarl. Städten und Gemeinden nach dem dort bekannten Wohnungsbedarf erkundigt, und wie ist das Ergebnis, aufgeteilt nach den einzelnen Gemeinden?
- 5) Wie will die Landesregierung der zunehmenden Nachfrage nach Wohnraum durch das Drängen der geburtenstarken Jahrgänge auf den Wohnungsmarkt entgegentreten?“

Wer wollte nun diesem Abgeordneten unterstellen, daß seine Anfrage und sein Begehren nach exakten Zahlen entgegen seiner Verpflichtung gegenüber dem Grundgesetz gegen die saarländischen Bürger gerichtet war!

Zweites Beispiel: Unter der Überschrift „Zu viele Wohnungen werden gebaut und gefördert“<sup>4)</sup> beklagt der Präsident des Zentralverbandes der Haus- und Grundeigentümer, Theodor Paul, das Fehlen exakter Daten:

„Erheblichen Anteil an dem gegenwärtigen

Wohnungsüberangebot habe der Mangel an exakten statistischen Unterlagen. Insofern seien die Wohnungsleerstände auch nicht dieser Bundesregierung anzulasten, sondern ihren Vorgängerinnen. Schon vor vielen Jahren habe seine Organisation gemeinsam mit dem Mieterbund(!) und dem Gesamtverband Gemeinnütziger Wohnungsunternehmen Bundeskanzler Helmut Schmitt aufgefordert, eine Gebäudezählung durchzuführen, da andernfalls Milliardenbeträge fehlinvestiert würden."

In beiden Fällen wird die Notwendigkeit exakter Daten sehr deutlich. Denn welche der beiden in der Anfrage genannten Zahlen soll zugrunde gelegt werden? Welche ist die richtige oder die genauere? Falsch im strengem Sinne sind beide, die eine durch Fehler in der Fortschreibung über 12 Jahre hinweg, die andere ist ein Stichprobenergebnis, das mit einer gewissen Sicherheit nur gültig innerhalb bestimmter Grenzen ist. Zu dem normalen Stichprobenfehler kommt hinzu, daß die Basis der

Stichprobe die schon fehlerhafte Fortschreibung ist.

Die folgenden Berechnungen des Statistischen Bundesamtes unterstreichen die Notwendigkeit einer Bestandsaufnahme nach einigen Jahren Abstand zur vorangegangenen Feststellung.

Aus den Übersichten 2 und 3 geht deutlich hervor, um wieviel größer die Abweichungen werden, je tiefer die Merkmale unterschieden werden. Des weiteren handelt es sich hier um Abweichungen auf Bundesebene, also dem Ergebnis aller Abweichungen. Das heißt, daß bei einer regionalen Gliederung auf Gemeindeebene weitaus höhere Differenzen auftreten. Die Diskussion um den tatsächlichen Wohnungsbedarf bewegt sich demnach auf sehr unsicherem Boden. Und es ist eigentlich schwer verständlich, wenn wiederholt behauptet wird, die Möglichkeit von Fehlinvestitionen in Milliardenhöhe durch den Mangel exakter Zahlen seien nicht zu belegen. Sanierungspläne, die

#### Wohnbevölkerung im Bundesgebiet am 27.5.1970

Übersicht 1

	Ergebnis der Fortschreibung auf der Basis der Volkszählung 1961	Ergebnis der Volkszählung 1970	Differenz zwischen Spalte 1 und Spalte 2	
			Anzahl	% von Spalte 2
	1	2	3	4
<b>Bevölkerung insgesamt</b>	<b>61 508 306</b>	<b>60 650 599</b>	<b>857 707</b>	<b>1,4</b>
männlich	29 401 504	28 866 724	534 780	1,9
weiblich	32 106 802	31 783 875	322 927	1,0

#### Wohngebäude und Wohnungen im Bundesgebiet am 31.12.1968

Übersicht 2

	Ergebnis der Fortschreibung		Differenz zwischen Spalte 1 und Spalte 2	
	auf der Basis der Gebäudezählung 1961	auf der Basis der Wohnungszählung 1968	Anzahl	% von Spalte 2
	1	2	3	4
Wohngebäude	9 023 419	8 878 446	144 973	1,6
Wohnungen	20 596 621	19 882 286	714 335	3,6

#### Wohnungen mit Küche in Gebäuden im Bundesgebiet

Übersicht 3

	Ergebnis der Fortschreibung 31.3.1978	Hochgerechnetes Ergebnis der Wohnungsstichprobe April 1978	Differenz zwischen Spalte 1 und Spalte 2	
			Anzahl	% von Spalte 2
	1	2	3	4
Wohnungen mit Küche in Gebäuden	24 454 169	23 361 200	1 092 969	4,7

Planung von Versorgungsnetzen, Krankenhäusern, Schulen usw. sind immer mit erheblichen Investitionssummen verbunden. Stichproben sind sicherlich ein geschätztes Mittel der Statistik. Aber vor ihrer Anwendung muß geprüft werden, ob sie den gestellten Aufgaben gerecht werden, das heißt, ob der zu erwartende Stichprobenfehler toleriert werden kann. Bei allen modernen Möglichkeiten der elektronischen Datenverarbeitung ist dies bestimmt nicht für jede Entscheidung möglich. Richtig ist, daß Entscheidungen mit oder ohne exakte Zahlen getroffen werden müssen, aber auch die möglichen Konsequenzen müssen gesehen werden. Die Genauigkeitsanforderungen, die eine Reihe von Rechtsvorschriften an die Einwohnerzahl der Gemeinden stellen, sind mit Stichproben allein nicht zu erfüllen, und dies um so weniger, je ungenauer die vorhandene Stichprobenbasis ist. Dazu ein weiteres Rechenexempel des Statistischen Bundesamtes, das mit Hilfe eines Statistiklehrbuches leicht zu überprüfen ist:

verschont zu bleiben. Von dieser Gruppe einmal abgesehen, bleibt der Wert von Stichproben unbestritten, werden sie doch in vielen Bereichen mit Erfolg angewandt. Die so gewonnenen Ergebnisse werden jedoch in der Öffentlichkeit meist in der Weise gehandelt, als seien sie absolut sichere Erkenntnisse. Wann werden schon in den Informationen für die breite Bevölkerung der Wahrscheinlichkeitsgrad und das Intervall, innerhalb dessen sich ein Ergebnis bewegen kann, mitgeliefert? Aus diesem Umgang mit Daten aus Stichproben muß für viele Bürger der Eindruck entstehen, mit Stichproben und damit mit geringem Aufwand alles erreichen zu können. Ein bestechendes Beispiel wird ihm zudem bei jeder Wahl durch die Fernsehstationen vor Augen geführt. Liegen nicht schon kaum nach Schließung der Wahllokale erste Trendmeldungen vor, die sich sehr schnell stabilisieren und vom endgültigen Wahlergebnis nur geringfügig abweichen? Was an Wahlabenden mit statistischen Methoden erreicht wird, müßte doch auch für andere Zwecke möglich

#### Bei einem Auswahlsatz von 5 %

und einem Schätzwert von ... für die Einwohnerzahl	liegt die wahre Einwohnerzahl mit einer Wahrscheinlichkeit von	
	68 %	95 %
	Im Intervall von ... bis	
50 000	48 700 — 52 000	46 000 — 54 000
100 000	97 250 — 102 750	94 500 — 105 500

#### Bei einem Auswahlsatz von 10 %

und einem Schätzwert von ... für die Einwohnerzahl	liegt die wahre Einwohnerzahl mit einer Wahrscheinlichkeit von	
	68 %	95 %
	Im Intervall von ... bis	
50 000	48 700 — 51 400	47 250 — 52 750
100 000	98 100 — 101 900	96 200 — 103 800

Die Verfechter des Ersatzes der Volkszählung durch Stichproben sollten von ihren Bürgermeistern einmal erfragen, welche finanziellen Konsequenzen 5 000 Bürger mehr oder weniger in einer Gemeinde hervorrufen. Dabei wurde hier die Globalgröße "Bevölkerung" noch nicht nach weiteren Merkmalen untergliedert. Woher kommt diese Stichprobengläubigkeit? Bei manchen Verfechtern kann man sich des Eindrucks nicht erwehren, daß sie hoffen, selbst

sein. Hierbei wird jedoch übersehen, daß die Basis dieser Hochrechnungen eine relativ junge Totalerhebung ist, nämlich die Ergebnisse der vorangegangenen Wahl, aus denen die Stichprobenbezirke ausgewählt werden. Und gar manchesmal hatte erst das endgültige Wahlergebnis darüber entschieden, ob ein Kandidat der einen oder der anderen Partei in ein Parlament einzog. Auch hier sind erst die vollständigen und exakten Auszählungen von ent-

scheidender Bedeutung. Die Erfolge der Hochrechnungen könnten zu der Forderung verführen, die Kosten von Wahlen durch Stimmabgaben nur in repräsentativen Wahlbezirken drastisch zu senken. Aber es kann wohl nicht einer Stichprobe überlassen werden, ob eine Partei die absolute Mehrheit in einem Parlament erreicht, oder ob eine andere sogar an der 5-Prozentklausel scheitert. Zumal die Masse der Bürger vom Wahlrecht durch ein solches Verfahren ausgeschlossen wäre.

Sowie jeder Bürger nach der Wahlordnung das Recht hat zu wählen, hat er auch gegenüber der Allgemeinheit gewisse Pflichten. Eine Stichprobe nimmt nur einen Teil der Bevölkerung in die Pflicht. Es wird deshalb auch von Volkszählungsgegnern die Forderung nach der Freiwilligkeit von Auskünften erhoben. Als Argumente werden angeführt, jede Person könne unter Wahrung der informationellen Selbstbestimmung entscheiden, ob und welche Daten sie preisgebe. Auf diese Art gewonnene Daten seien mit Sicherheit von größerem Wahrheitsgehalt als solche auf der Grundlage von Auskunftspflicht erhobene. Freiwillige Auskünfte sind der amtlichen Statistik nicht fremd. Sie sind zuweilen Bestandteile von Erhebungsprogrammen oder bilden sogar die Basis für eine statistische Erhebung, so z.B. die Einkommens- und Verbraucherstichprobe. Was den Wahrheitsgehalt dieser Daten anbelangt, ist er wahrscheinlich höher als der anderer anzusetzen. Dem steht aber gegenüber, wie schwierig es ist, überhaupt genügend Haushalte in der notwendigen Zusammensetzung zu finden, um repräsentative Ergebnisse zu erhalten. Die Freiwilligkeit bei diesen Statistiken ist ein Mittel, um überhaupt über bestimmte Sachverhalte Kenntnisse zu erlangen. Sie ist deshalb geboten, weil hier die Statistik tatsächlich in den Intimbereich einzelner Personen eindringt, mit Fragen nach ihren Einkommen, Vermögensverhältnissen und Verbrauchs- und Lebensgewohnheiten. Daß hierbei die Daten absolut geschützt sind, liegt allein schon im Eigeninteresse der amtlichen Statistik.

Zweifel am Datenschutz und Ängste vor Datenmißbrauch sind ein weiterer Grund für viele, der Volkszählung ablehnend gegenüberzustehen. Aber gerade das zuvor angeführte Beispiel

stellt eindringlich heraus, wie ernst es den Statistikern mit der statistischen Geheimhaltung ist, die im übrigen weitaus länger besteht als die heutigen Datenschutzgesetze. Dabei wird durchaus erkannt, daß nicht alle in der Vergangenheit geübten Praktiken den Datenschutzanforderungen, wie sie heute gestellt werden, entsprechen. Die Möglichkeiten des Datenmißbrauchs sind im Zeitalter der Computer durch den schnellen Zugriff auf Einzelangaben größer als vor Jahren. Zudem ist die Bevölkerung sensibler geworden, was den persönlichen Bereich anbelangt. Aber Statistiken werden zu statistischen Zwecken erhoben. Das bedeutet, die Angaben einer einzelnen Erhebungseinheit sind allein für sich betrachtet wertlos. Sie sind aber ein wichtiger Baustein für das Gesamtbild. Mißbrauch wird mit statistischen Daten dann getrieben, wenn Ergebnisse leichtfertig oder bewußt falsch interpretiert werden. Für die amtliche Statistik ist Datenschutz und Schutz vor Mißbrauch eine Überlebensfrage geworden. Die vom Bundesverfassungsgericht im Volkszählungsurteil gegebenen Richtlinien schaffen weitere Klarheit für notwendige Änderungen bei statistischen Erhebungen. Ihren Auftrag, bei der Lösung von Aufgaben unserer Gesellschaft maßgeblich als neutraler Datenlieferant mitzuwirken, können die Statistischen Ämter nur nachkommen, wenn die von ihnen erhobenen Angaben vor Auswertungen — sei es zu Zwecken der Steuererhebung oder irgend einer anderen Zielsetzung, die gegen den Auskunftgebenden gerichtet werden kann — sicher sind und die Neutralität der Ämter unangetastet bleibt. Es wäre eine Illusion zu glauben, die Betriebe und Unternehmen im Meldesystem der amtlichen Statistik würden weiterhin jährlich Tausende von innerbetrieblichen Angaben liefern, wenn sie nicht mehr darauf vertrauen könnten, daß daraus keine Nachteile für sie entstehen. Für die amtliche Statistik steht viel zu viel auf dem Spiel, um durch leichtfertigen Umgang mit den ihr anvertrauten Auskünften die Grundlage ihrer Arbeit zu zerstören.

Dem Ziel, diese notwendige Grundlage zu erhalten, da sie unverzichtbarer Bestandteil verantwortungsbewußten Handelns sind, trägt die Gesetzgebung Rechnung, indem der Schutz persönlicher Daten an die technischen Mög-



lichkeiten der Datenverarbeitung angepaßt wurde und wird, „Deshalb sind an die Datenerhebung und -verarbeitung für statistische Zwecke besondere Anforderungen zum Schutz des Persönlichkeitsrechts der auskunftspflichtigen Bürger zu stellen.“ (BVG).

Die Geheimhaltung wird von den Datenschutzbeauftragten überwacht. Verstöße dagegen werden strafrechtlich geahndet. Nun mag mancher dagegen halten, daß damit zwar der Geheimnisbruch strafrechtlich verfolgt, aber nicht unbedingt vermieden werden kann. Diese Garantie kann niemand übernehmen. Wer sein Haus noch so sichert, kann dennoch nicht ausschließen, daß bei genügend krimineller Energie ein Einbruch erfolgen könnte. Aber verzichtet er deshalb auf alles, was ihm ein Haus mit seinen Einrichtungen bietet? Unterläßt er den Kauf eines Fahrrades oder Autos, weil es ihm vielleicht gestohlen werden könnte? Seltsamerweise werden diese Ängste nur gegenüber der Volkszählung laut, während man beispielsweise bei der Abgabe von Einkommensteuererklärungen oder Lohnsteuerjahresausgleichsanträgen auf Wahrung des Steuergeheimnisses durch die Finanzämter vertraut. Die Abgabe einer Einkommensteuererklärung ist Pflicht, nicht aber, den Lohnsteuerjahresausgleich zu beantragen. Dennoch werden Millionen Anträge jährlich gestellt. Und hierbei wird viel mehr an persönlichen Daten offengelegt, als die Volkszähler jemals zu fragen wagten. Angefangen von Namen und Adresse über das Einkommen auf Mark und Pfennig, bis zur Parteizugehörigkeit, Unterhaltszahlungen und Zinsbelastungen. Es würde hier zu weit führen, alle Angaben aufzuzählen, die die Steuerformulare enthalten. Sicherlich steht es dem Steuerpflichtigen frei, alle steuermindernden Ausgaben, z.B. den bescheinigten Mitgliedsbeitrag zu einer Partei, aufzuführen. Aber soll er auf die ihm rechtmäßig zustehende Erstattung verzichten, nur um zu verhindern, daß der Finanzbeamte erfährt, welcher Partei er angehört, in welcher Krankenkasse er versichert ist, wieviel Tage im Jahr er außerhalb seiner Firma beschäftigt ist, usw?. Wenn also jemand kriminelle Energie anwenden will, um zu umfassenden persönlichen Daten zu gelangen, so wären die Finanzämter, Sozialämter und andere Verwaltungsstellen be-

stimmt geeignetere Objekte als die Statistischen Ämter, bei denen Namen und Adressen nur vorübergehend lagern, um dann gelöscht zu werden.

Nun kann natürlich wieder die Frage gestellt werden, wenn doch alle Angaben bei den Finanzämtern, den Melderegistern, den Sozialämtern und so weiter vorhanden sind, warum dann noch eine so aufwendige Zählung?

Dafür gibt es mehrere Gründe. Erstens werden diese Angaben zu anderen Zwecken festgestellt, liegen also nicht immer in einer Form vor, die eine statistische Verarbeitung ohne größeren Aufwand ermöglicht. Zweitens werden sie für unterschiedliche Stichtage und Zeiträume erfaßt, so daß eine Bestandsaufnahme nicht oder nur bedingt möglich wäre. Der wichtigste Grund jedoch ist, daß — überwindet man all diese Hindernisse, die hier angeschnitten werden — die Zusammenführung all dieser Dateien zu einer einzigen sowie deren Auswertung in der Tat zum „Gläsernen Menschen“ führen würde, zum Bürger, der mit all seinen Aktivitäten gegenüber amtlichen und halbamtlichen Stellen durchschaubar wäre. Damit würde der Weg zum vielbeschworenen „Überwachungsstaat“ weit offen.

Niemand behauptet, daß dieses Land ohne Volkszählung im Chaos versinken wird. Niemand behauptet, daß die Volkszählung bei den politisch und wirtschaftlich Verantwortlichen zwingend zu den „richtigen“ Entscheidungen führen muß. Aber die Frage ist doch erlaubt, was wohl für uns alle besser ist, wenn Entscheidungen und deren Wirkungskontrolle sich auf dem Boden zuverlässiger Kenntnisse oder auf unsicheren, zum Teil falschen Daten vollziehen.

#### Zusammenfassung:

Eine Volkszählung ist eine Bestandsaufnahme in größeren zeitlichen Abständen. Die auf ihr basierende Fortschreibung erreicht mit zunehmendem Abstand vom Erhebungsjahr einen immer größer werdenden Ungenauigkeitsgrad. Eine Vielzahl von Gesetzen binden Rechts- und Planungsvorgänge an die amtliche Bevölkerungszahl. Ähnliches gilt für die Kontrolle der Auswirkungen politischer und wirtschaftlicher Entscheidungen sowie für zukunftsorientiertes Handeln auf der Basis einer neutralen Statistik.

Die gegenwärtigen statistischen Stichprobenverfahren reichen nicht aus, das geforderte exakte Zahlenmaterial zu ersetzen. Dies gilt umso mehr, je tiefer die regionale und sachliche Gliederung erfolgt. Ihre Anwendung muß sich an der Zweckmäßigkeit und den möglichen Toleranzgrenzen ausrichten. Inwieweit Freiwilligkeit der Auskünfte zugelassen werden kann, ist zu prüfen. Freiwillige Auskünfte können jedoch nicht zur generellen Grundlage amtlicher Erhebungen gemacht werden, da sie konsequenterweise für Bevölkerungsdaten auch dem in viel stärkerem Maße durch Statistiken belasteten Unternehmenssektor und anderen Bereichen gewährt werden müßte. Damit sind Gemeinde- oder Kreisergebnisse nicht mehr zu erhalten, im Saarland wären wegen der geringen Masse sogar eine Großzahl an Landesergebnissen nicht verwertbar.

Alle statistischen Ergebnisse sind unter Wahrung des Datenschutzes für jedermann zugänglich. Sie stehen nicht nur den Regierungen oder einzelnen Ministerien als Auftraggeber zur Verfügung. Daraus leitet sich für die Statistischen Ämter eine Veröffentlichungspflicht ab, die ihrerseits eine strenge Zweckbindung der Erhebungen ausschließt.

„Die Volkszählung muß Zweckerhebung und -verarbeitung, also Datensammlung und -speicherung auf Vorrat sein, wenn der Staat den Entwicklungen der industriellen Gesellschaft nicht unvorbereitet begegnen soll. Auch wären Weitergabe- und Verwertungsverbote für statistisch aufbereitete Daten zweckwidrig.“ (BVG).

Aus dem Urteil des Verfassungsgerichts zur Volkszählung 1983 wurden Konsequenzen gezogen. Die Verwendung von Einzelangaben zu Verwaltungszwecken ist untersagt, die Erhebungsdienststellen in den Gemeinden sind von der übrigen Verwaltung personell, organisatorisch und räumlich abzuschotten. Als Zähler dürfen bestimmte Personenkreise, wie Polizei- oder Finanzbeamte, nicht eingesetzt werden. Name und Adresse stehen als Hilfsmerkmale getrennt vom Fragebogen und werden in den Statistischen Landesämtern so früh wie möglich, d.h. wenn keine Rückfragen mehr erforderlich sind, vernichtet.

Mit diesen Maßnahmen wird dem Datenschutz Rechnung getragen. Die Statistische Geheim-

haltung ist eine Jahrzehnte geübte Praxis und hat sich bisher des in sie gesetzten Vertrauens ebenso würdig erwiesen wie Steuer- und Bankgeheimnis, ärztliche oder sonstige Schweigepflichten. Das Eigeninteresse der Statistischen Ämter, weiterhin als verlässliche und neutrale Basis in öffentlichen Diskussionen und bei ihren Konsumenten anerkannt zu werden, ist zusammen mit einem strengen Datenschutz ein Garant für die Einhaltung der statistischen Geheimhaltung.

Das Recht auf informationelle Selbstbestimmung ist nicht schrankenlos gewährleistet. „Wenn die ökonomische und soziale Entwicklung nicht als ein unabänderliches Schicksal hingenommen, sondern als permanente Aufgabe verstanden werden soll, bedarf es einer umfassenden, kontinuierlichen sowie laufend aktualisierten Information über die wirtschaftlichen, ökologischen und sozialen Zusammenhänge. Erst die Kenntnis der relevanten Daten und die Möglichkeit, die durch sie vermittelten Informationen mit Hilfe der Chancen, die eine automatische Datenverarbeitung bietet, für die Statistik zu nutzen, schafft die für eine am Sozialstaatsprinzip orientierte staatliche Politik unentbehrliche Handlungsgrundlage. Es ist derzeit nicht zu beanstanden, wenn der Gesetzgeber davon ausgegangen ist, daß Erhebungen aufgrund von Stichproben auf ausnahmslos freiwilliger Basis oder eine Kombination von Voll- und Stichprobenerhebung die Volkszählung als Totalerhebung nicht zu ersetzen vermögen. Diese Alternativen zu einer Totalerhebung sind noch mit zu großen Fehlerquellen behaftet. Außerdem setzen sie verlässliche Daten über die Gesamtbevölkerung voraus, die zur Zeit nur periodische Volkszählungen liefern können.“

Diese Zitate aus der Urteilsbegründung des Bundesverfassungsgerichts zur Volkszählung könnten zusammen mit den zuvor gemachten Ausführungen, die sich bestimmt noch um vieles erweitern ließen, die Frage beantworten: Volkszählung — ein Anachronismus?

---

1) Quelle: Landtag des Saarlandes, 8. Wahlperiode, Drucksache 8148 vom 30.6.1980

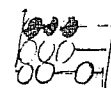
2) Anmerkung: Gemeint ist wohl fortgeschrieben

3) Anmerkung: Die damalige Zählung scheiterte an den Kosten.

4) Quelle: Welt der Wirtschaft vom 20.2.1986

Dieter Schütz  
Dipl. Volkswirt

# VOLKSZÄHLUNG 1987



## Haushaltsmantelbogen

Der Haushaltsmantelbogen mit seinen Angaben dient allein zur Organisation der Zählung. Ihr Name wird nicht auf elektronischen Datenträgern gespeichert. Er dient lediglich dazu, die Vollständigkeit der Erhebung zu gewährleisten. Mit Stichtag **25. Mai 1987** findet nach 17 Jahren wieder eine Volks-, Berufs-, Gebäude-, Wohnungs- und Arbeitsstättenzählung statt. Die **Rechtsgrundlage** hierfür ist das Gesetz über eine Volks-, Berufs-, Gebäude-, Wohnungs- und Arbeitsstättenzählung (Volkszählungsgesetz 1987) vom 8. 11. 1985 (BGBl. I S. 2078) in Verbindung mit dem Gesetz über die Statistik für Bundeszwecke (BStatG) vom 14. 3. 1980 (BGBl. I S. 289).

**Wichtig!** Für jeden Haushalt muß ein gesonderter Haushaltsmantelbogen angelegt werden.

Zu einem Haushalt zählen alle Personen, die gemeinsam wohnen und wirtschaften. Wer allein wirtschaftet, bildet einen eigenen Haushalt.

Tragen Sie bitte Ihre Anschrift, Familien-, Vornamen aller Haushaltsmitglieder und die Heft-Nummer Ihres Haushaltsheftes (das ist die Nummer rechts oben auf dem Wohnungs- und Personenbogen) in den Haushaltsmantelbogen ein. In die Bemerkungsspalte können Sie eigene Hinweise, z.B. Postversand, eintragen.

Um Ihnen das Ausfüllen der Erhebungsvordrucke zu erleichtern, enthält dieser Bogen hierzu einige allgemeine Hinweise und Erläuterungen zum Wohnungsbogen und zum Personenbogen.

Falls Sie noch Fragen haben, z.B. über die Notwendigkeit der Zählung, das Statistikgeheimnis, die Aufgaben des Zählers, die Vernichtung der Erhebungsvordrucke, können Sie entsprechende Hinweise den »Informationen zur Volkszählung 1987« entnehmen.

Anschrift:

Gemeinde \_\_\_\_\_ Gemeindeteil \_\_\_\_\_

Straße \_\_\_\_\_ Haus-Nr. \_\_\_\_\_

Um evtl. Rückfragen zu erleichtern, bitten wir um freiwillige Angabe der Telefonnummer.

Tel.-Nr. \_\_\_\_\_

## Verzeichnis der Personen

(Bei 11 und mehr Personen im Haushalt bitte weiteren Haushaltsmantelbogen ausfüllen)

Lfd. Nr. der Person (siehe Personenbogen rechts oben)	Familienname, Vorname	Heft-Nummer	Bemerkungen
1			
2			
3			
4			
5			
6			
7			
8			
9			
10			

## Hinweise zum Ausfüllen der Erhebungsvordrucke

Aus Gründen der Übersichtlichkeit und besseren Lesbarkeit wurden nicht durchgängig weibliche und männliche Bezeichnungen der einzelnen Personengruppen verwendet. Wir bitten hierfür um Ihr Verständnis.

### Allgemeine Hinweise

- a) Für jeden Haushalt ist ein Wohnungsbogen und für jede Person im Haushalt ein Personenbogen auszufüllen, beispielsweise auch für Säuglinge, Hausgehilfinnen und Personen mit weiterer Wohnung oder Unterkunft/Zimmer (z.B. auswärts wohnende Erwerbstätige, Schüler, Studenten, Grundwehrdienstleistende, Zivildienstleistende), auch wenn sie am Tage der Zählung nicht anwesend sind. Dazu gehören auch Personen in Gemeinschafts- und Anstaltsunterkünften, die noch im Haushalt gemeldet sind. Bei Haushalten mit mehr als 5 Personen sind die Personenbogen eines zweiten Haushaltsheftes zu verwenden. Der zweite Wohnungsbogen wird dann nicht noch einmal ausgefüllt, sondern leer zurückgegeben.
- b) Personen mit mehr als einer Wohnung in der Bundesrepublik Deutschland einschließlich Berlin (West) zählen in jeder Wohnung zu einem Haushalt. Für jeden dieser Haushalte ist ein Haushaltsmantelbogen, ein Wohnungsbogen und für jede Person in diesen Haushalten ein Personenbogen auszufüllen.
- c) Personen, die in Gemeinschafts- und Anstaltsunterkünften leben, füllen dort, **wenn sie einen eigenen Haushalt führen**, sowohl einen Wohnungsbogen als auch einen Personenbogen und den Haushaltsmantelbogen aus;

**wenn sie keinen eigenen Haushalt führen**, nur einen Personenbogen aus (wenn sie außerhalb der Gemeinschafts- und Anstaltsunterkunft keine weitere Wohnung haben).

- d) Der Wohnungsbogen enthält im unteren Abschnitt auch noch Fragen zum Gebäude. Diese Fragen sind nur dann vom Eigentümer oder Verwalter für Gebäude mit Wohnraum zu beantworten, wenn er nicht bereits einen Gebäudebogen im Rahmen einer Vorerhebung 1986/87 ausgefüllt hat.

#### Rückgabe der Erhebungsvordrucke:

Sie können die ausgefüllten Fragebogen für den Haushalt oder für sich allein

- dem Zähler aushändigen oder in verschlossenem Umschlag übergeben,
- innerhalb einer Woche bei Ihrer Erhebungsstelle abgeben oder dorthin übersenden. Der Versand ist für Sie portofrei, wenn Sie den amtlichen Umschlag verwenden, den Sie auf Anforderung vom Zähler erhalten.

Wenn Sie die Unterlagen in einem verschlossenen Umschlag übermitteln, dann schreiben Sie bitte Ihren Vor- und Familiennamen sowie Gemeinde, Straße und Hausnummer auf den Umschlag.

### Hinweise zum Ausfüllen

Die Wohnungs- und Personenbogen werden maschinell gelesen. Wir bitten Sie deshalb, die Erhebungsbogen mit Bleistift auszufüllen, nicht zu knicken und nicht zu falten.

Bei den meisten Fragen sind nur die vorgegebenen Antwortkategorien zu markieren, einige Fragen sind aber auch in Klartext bzw. mit Zahlenangaben zu beantworten.

Beispiel:

Name der Gemeinde: Wiesbaden

← Klartext bitte  
in Druckbuchstaben

#### 1 Geburtsangaben

a) Geburtsjahr

1941

← Zahlenangabe

b) Geburtsmonat

1. Januar bis 24. Mai

25. Mai bis 31. Dez.

#### 2 Geschlecht

männlich

weiblich

#### 3 Familienstand

ledig

verheiratet

verwitwet

geschieden

← Strichmarkierungen  
bitte **so** markieren

- 17 Zu welchem Wirtschaftszweig (Branche, Behörde)  
\* gehört der Betrieb (Firma, Dienststelle),  
in dem Sie tätig sind?

Lebensmittel-Einzelhandel

← Klartext bitte  
in Druckbuchstaben

Fragen, die im Wohnungsbogen und im Personenbogen mit \* gekennzeichnet sind, werden auf den nächsten Seiten erläutert. Sie können darüber hinaus Ihren Zähler fragen oder Ihre Erhebungsstelle anrufen und um weitere Erläuterungen bitten.

## VOLKSZÄHLUNG 1987

1

54 338 274

Muster 10/85

Wohnungsbogen  
mit Gebäudeangaben

Name der Gemeinde:

Bitte so  
markieren

Die Wohnung steht leer

Die Wohnung ist von Angehörigen ausländischer Streitkräfte,  
diplomatischer, berufskonsul. Vertretungen oder der  
Ständigen Vertretung der DDR privatrechtlich gemietet.

## Rechtsgrundlage:

Gesetz über eine Volks-, Berufs-, Gebäude-, Wohnungs- und  
Arbeitsstättenzählung (Volkszählungsgesetz 1987) Stichtag: 25. Mai 1987

## Wohnungsangaben

FÜR ALLE  
HAUSHALTE

1. Bewohnen Sie die Wohnung/Räume als

- a) Eigentümer, Miteigentümer oder Kaufanwärter  
b) Hauptmieter (einschließlich Altenteiler)  
c) Untermieter

Untermieter brauchen im Wohnungsbogen  
keine weiteren Fragen zu beantworten.

2. Ist die Wohnung eine Freizeitwohnung?

nein  
ja3. Wann ist der Haushalt in diese  
Wohnung eingezogen?Bitte das Einzugsjahr für das am längsten  
hier wohnende Haushaltsmitglied angeben.vor 1970  
1970-1974  
1975-1979  
1980-1984  
1985  
1986  
1987

FÜR EIGENTÜMER, HAUPTMIETER

4. Sind innerhalb der Wohnung

Mehrfache  
Antworten  
möglichKüche  
Kochnische  
Bad/Dusche  
WC5. a) Wird die Wohnung überwiegend  
beheizt mitFern-, Blockheizung  
Zentralheizung  
Etagenheizung

Einzel- oder Mehrraumöfen (auch Elektropeicher)

b) Welcher Brennstoff, welche  
Wärmequelle wird verwendet?Mehrfache  
Antworten  
möglichGas  
Heizöl  
Strom  
Kohle, Holz usw.  
Fernwärme  
Sonnenenergie, Wärmepumpe

FÜR EIGENTÜMER, HAUPTMIETER

6. Wie viele Räume der Wohnung haben  
mindestens 6 Quadratmeter?

(ohne Küche, Bad, WC, Flur)

1 · · · 4 · · · 7 · · ·  
2 · · · 5 · · · 8 · · ·  
3 · · · 6 · · · 9 · · ·  
oder  
mehrFalls davon Räume untervermietet oder  
gewerblich genutzt sind:a) Anzahl der untervermieteten Räume 1 · · · 2 · · · 3 · · ·  
b) Anzahl der gewerblich genutzten Räume 1 · · · 2 · · · 3 · · ·  
oder  
mehr7. Wie groß ist die Fläche  
der gesamten Wohnung?(einschließlich Küche, Bad, WC, Flur, Mansarden  
und ähnliches sowie untervermieteter oder  
gewerblich genutzter Räume in der Wohnung)

volle Quadratmeter

--	--	--	--	--

8. Ist die Wohnung mit Mitteln des  
sozialen Wohnungsbaus gefördert?nein  
ja

9. Wie hoch ist die Monatsmiete?

Zur Miete rechnen auch die monatlich aufzu-  
wendenden Beträge für Wasser, Kanalisation,  
Straßenreinigung, Müllabfuhr, Treppenhaus-  
befeuchtung, Schornsteinreinigung.Nicht zur Miete rechnen Umlagen für Zentral-  
heizung, Warmwasserversorg., Garagenmiete,  
Untermieterzuschlag, Zuschlag für Möblierung.

volle DM

--	--	--	--	--

10. a) Handelt es sich um eine Dienst-,  
Werkwohnung, Berufs- oder  
Geschäftsmietwohnung?nein  
jab) Ist die Wohnung vom Eigentümer  
verbilligt, kostenlos überlassen oder ist  
die Miete wegen finanzieller Vorleistun-  
gen (z. B. Mieterdarlehen) ermäßigt?nein  
ja

## FÜR LEERSTEHENDE WOHNUNGEN

11. Seit wie vielen Monaten steht  
die Wohnung leer?bis 3 · · · 7-12 · · ·  
4-6 · · · 13  
oder  
mehr

## Gebäudeangaben: Bitte nur ausfüllen, wenn Sie Eigentümer oder Verwalter dieses Gebäudes sind!

1. Gebäudeart

Wohngebäude  
(Gebäude mindestens zur Hälfte  
für Wohnzwecke genutzt)

sonstiges Gebäude mit Wohnraum

bewohnte Unterkunft  
(z. B. Baracke)

Außerdem bei Wohnheimen:

Wird dieses Gebäude  
vollständig oder teilweise  
als Wohnheim genutzt?vollständig  
teilweise2. Wer ist Eigentümer,  
Kaufanwärter bzw.  
Erbbauberechtigter  
des Gebäudes?Einzelperson oder Ehepaar,  
Erbengemeinschaft oder  
ähnliche PersonengemeinschaftGemeinschaft von Wohnungseigentümern  
(nur bei Eigentumswohnungen)gemeinnütziges Wohnungsunternehmen, Wohnungs-  
baugenossensch. oder Organ der staatl. Wohnungspolitikfreies Wohnungsunternehmen  
sonstiger Eigentümer

3. Baujahr des Gebäudes

(Jahr der Bezugserstellung)

Bei Erweiterungs- und  
Umbauten ist das  
ursprüngliche Baujahr  
anzugeben, bei Wieder-  
aufbau nach Totalschaden  
das Jahr des Wiederaufbaus.bis 1900 · · · 68 · · · 78 · · ·  
1901-18 · · · 69 · · · 79 · · ·  
1919-48 · · · 70 · · · 80 · · ·  
1949-57 · · · 71 · · · 81 · · ·  
1958-62 · · · 72 · · · 82 · · ·  
63 · · · 73 · · · 83 · · ·  
64 · · · 74 · · · 84 · · ·  
65 · · · 75 · · · 85 · · ·  
66 · · · 76 · · · 86 · · ·  
67 · · · 77 · · · 87 · · ·4. Sind Wohnungen im Gebäude  
mit Mitteln des sozialen  
Wohnungsbaus gefördert?

(nur Erster Förderungsweg)

keine  
alle  
nur ein Teil

Fläche (7)

Miete (9)

Gebäude

NUR VOM STATISTISCHEN LANDESAMT AUSZUFÜLLEN:

0 · · ·

\* siehe Erläuterungen im Haushaltsmantelbogen

systemform Prian VZ 87/10.85

# VOLKSZÄHLUNG 1987

## Personenbogen

Name der Gemeinde:

2 54 338 274 1

Rechtsgrundlage: **Muster 10/85**  
Gesetz über eine Volks-, Berufs-, Gebäude-, Wohnungs- und Arbeitsstättenzählung (Volkszählungsgesetz 1987)  
Stichtag: 25. Mai 1987

Falls Sie einen Abschluß an einer allgemeinbildenden bzw. berufsbildenden Schule/Hochschule haben:

### 1 Geburtsangaben

a) Geburtsjahr

\_\_\_\_

b) Geburtsmonat

1. Januar bis 24. Mai  
25. Mai bis 31. Dez.

### 2 Geschlecht

männlich  
weiblich

### 3 Familienstand

ledig  
verheiratet  
verwitwet  
geschieden

### 4 Rechtliche Zugehörigkeit zu einer Religionsgesellschaft

Römisch-katholische Kirche  
Evangelische Kirche  
Evangelische Freikirche  
Jüdische Religionsgesellschaft  
Islamische Religionsgemeinschaft  
andere Religionsgesellschaften  
keiner Religionsgesellschaft rechtlich zugehörig

### 5 Welche Staatsangehörigkeit haben Sie?

deutsch  
griechisch  
italienisch  
übrige EG-Staaten  
jugoslawisch  
türkisch  
sonstige/keine

### 6 Wird von Ihnen noch eine weitere Wohnung (Unterkunft/Zimmer) in der Bundesrepublik Deutschland einschließlich Berlin (West) bewohnt?

Falls ja:  
a) Für Verheiratete, die nicht dauernd getrennt leben:  
Ist die hiesige Wohnung die vorwiegend benutzte Wohnung der Familie?  
b) Für alle übrigen Personen:  
Ist die hiesige Wohnung die vorwiegend benutzte Wohnung?  
c) Außerdem für Erwerbstätige, Schüler/Studenten:  
Gehen Sie vorwiegend von der hiesigen Wohnung aus zur Arbeit oder Schule/Hochschule?

### 7 Sind Sie

erwerbstätig<sup>1)</sup>  
Vollzeit (über 36 Std.<sup>2)</sup> in der Woche  
Teilzeit (bis zu 36 Std.<sup>2)</sup> in der Woche  
arbeitslos, arbeitssuchend  
nicht erwerbstätig  
Mehrfache Antworten möglich  
<sup>2)</sup> Maßgebend ist die normalerweise in der Woche geleistete Arbeitszeit  
Hausfrau, Hausmann  
Schüler, Student

### 8 Leben Sie überwiegend von

Erwerbs-, Berufstätigkeit  
Arbeitslosengeld, -hilfe  
Rente, Pension  
eigenem Vermögen, Vermietung, Verpachtung, Altenteil  
Unterhalt, Zuwendungen durch Eltern, Ehegatten usw.  
sonstigen Unterstützungen (z. B. Sozialhilfe, BAföG)

### NUR VOM STATISTISCHEN LANDESAMT AUSZUFÜLLEN:

Geburtsjahr (1 a) 2., 3. u. 4. Stelle Hauptfachrichtung (10 b) Erlernter Beruf (11 a) Dauer (11 b)

Arbeitsstätte, Schule/Hochschule (Pendler) Land (12) Gemeinde (12) Straße (12) Hausnummer (12)

Wirtschaftszweig (17) Ausgeübte Tätigkeit (18)

\* siehe Erläuterungen im Haushaltsmantelbogen

FÜR PERSONEN VON 15 BIS 65 JAHRE

FÜR ERWERBSTÄTIGE UND SCHÜLER/STUDENTEN

FÜR ERWERBSTÄTIGE

### 9 Welchen höchsten allgemeinen Schulabschluß haben Sie?

Volksschule, Hauptschule  
Realschule/gleichwertiger Abschluß (z. B. Mittlere Reife)  
Hochschulreife (Abitur), Fachhochschulreife

### 10 a) Welchen höchsten Abschluß an einer berufsbildenden Schule (ohne Berufsschule) oder Hochschule haben Sie?

Berufsfachschule (z. B. Handels-, Verwaltungsschule)  
Fachschule  
Fachhochschule (Ing.-Schule, höhere Fachschule)  
Hochschule (einschließlich Lehrerbildung)

### b) Welche Hauptfachrichtung hat dieser Abschluß?

### 11 Falls Sie eine praktische Berufsausbildung (z. B. Lehre) abgeschlossen haben:

a) Auf welchen Lehrberuf bezog sich diese Ausbildung?

b) Wie lange dauerte diese Ausbildung? Jahr(e):

### 12 Bitte Name und Anschrift Ihrer Arbeitsstätte oder Schule/Hochschule angeben

Name  
Straße/Hausnummer:  
PLZ Gemeinde:

### 13 Welches Verkehrsmittel benutzen Sie hauptsächlich (längste Strecke) auf dem Hinweg zur Arbeit oder Schule/Hochschule?

kein Verkehrsmittel (zu Fuß)  
Fahrrad  
Pkw  
U-Bahn, S-Bahn, Straßenbahn  
Eisenbahn  
Bus, sonst. öffentl. Verkehrsmittel  
sonstiges (Motorrad, Moped, Mofa)

### 14 Wieviel Zeit benötigen Sie normalerweise für den Hinweg zur Arbeit oder Schule/Hochschule?

entfällt, da auf gleichem Grundstück  
unter 15 Minuten  
15 bis unter 30 Minuten  
30 bis unter 45 Minuten  
45 bis unter 60 Minuten  
60 Minuten und mehr

### 15 Sind Sie zur Zeit tätig als

Facharbeiter  
sonstiger Arbeiter  
Angestellter  
Auszubildender  
Beamter, Richter, Beamtenanwärter, Soldat, Zivildienstl.  
Selbständiger  
mit bezahlten Beschäftigten  
ohne bezahlte Beschäftigte  
mithelfender Familienangehöriger

### 16 Falls Sie eine Nebenerwerbstätigkeit ausüben, handelt es sich um eine

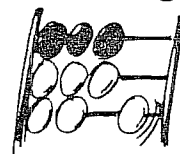
landwirtschaftliche  
nichtlandwirtschaftliche

### 17 Zu welchem Wirtschaftszweig (Branche, Behörde) gehört der Betrieb (Firma, Dienststelle), in dem Sie tätig sind?

### 18 Welche Tätigkeit, welchen Beruf üben Sie aus?

# Informationen zur Volkszählung '87

Volkszählung '87



10 Minuten, die allen helfen

Zu welchen Zwecken werden die einzelnen Fragen in der Volkszählung 1987 gestellt?

## 1. Wohnungs- und Personenbogen

Zweck	Gebäude- angaben		Wohnungsangaben											Personenangaben																		
	Gebäudeart	Eigentumsverhältnisse Baujahr	Förderung von Wohnungen im sozialen Wohnungsbau	Wohnverhältnisse	Freizeitwohnung	Jahr des Wohnungsbezugs	Wohnungsausstattung	Heizungsart/Wärmequelle	Anzahl der Räume	Fläche der Wohnung	Förderung der Wohnung im sozialen Wohnungsbau	Höhe der Monatsmiete	Dienstwohnung/ermäßigte Miete	Leerstehende Wohnung	Geburtsangaben	Geschlecht	Familienstand	Religionszugehörigkeit	Staatsangehörigkeit	Haupt-/Nebenvohnung	Erwerbstätigkeit	Überwiegender Lebensunterhalt	Allgemeiner Schulabschluß	Berufsbildender Schulabschluß/Hauptfachrichtung	Praktische Berufsausbildung	Name/Anschrift der Arbeits-, Ausbildungsstätte	Benutzte Verkehrsmittel	Zeit für Weg zur Arbeits-/Ausbildungsstätte	Stellung im Beruf	Nebenerwerbstätigkeit	Wirtschaftszweig	Ausgewählte Tätigkeit, Beruf
Frage-Nr. im Wohnungsbogen											Frage-Nr. im Personenbogen																					
1	2	3	4	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14	15	16	17	18
Grundlage für Gebäude- und Wohnungsfort- schreibung	X		X		X	X		X		X	X			X																		
Beurteilung der Bau- substanz	X		X					X	X	X																						
Beurteilung der Wohn- raumversorgung der Bevölkerung	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X			X	X	X	X		X		X	X	X	X									
Wohnungseigentümerquote	X	X	X	X	X	X						X																				
Erstellung von Miet- spiegeln	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X																		
Anpassung der Miet-/ Lastenzuschüsse nach dem Wohngeldgesetz	X	X	X	X	X			X	X	X	X	X	X	X			X			X	X	X										
Beurteilung bzw. Ände- rung des Mietrechts	X	X	X	X	X		X	X	X	X	X	X	X	X																		
Regelung der steuer- lichen Förderung für selbstgenutztes Wohn- eigentum	X	X		X	X			X	X	X	X	X																				
Wohnungsbauförderungs- programme	X	X	X	X				X	X	X	X	X		X	X		X		X	X		X										

Zweck	Gebäude- angaben		Wohnungsangaben											Personenangaben																				
	Gebäudeart Eigentumsverhältnisse Baujahr Förderung von Wohnungen im sozialen Wohnungsbau Wohnverhältnisse Freizeitwohnung Jahr des Wohnungsbezugs Wohnungsausstattung Heizungsart/Wärmequelle Anzahl der Räume Fläche der Wohnung Förderung der Wohnung im sozialen Wohnungsbau Höhe der Monatsmiete Dienstwohnung/ermäßigte Miete Leerstehende Wohnung	Frage-Nr. im Wohnungsbogen	Frage-Nr. im Personenbogen																	Geburtsangaben Geschlecht Familienstand Religionszugehörigkeit Staatsangehörigkeit Haupt-/Nebenwohnung Erwerbstätigkeit Überwiegender Lebensunterhalt Allgemeiner Schulabschluß Berufsbildender Schulabschluß/Hauptfachrichtung Praktische Berufsausbildung Name/Anschrift der Arbeits-, Ausbildungsstätte Benutzte Verkehrsmittel Zeit für Weg zur Arbeits-/Ausbildungsstätte Stellung im Beruf Nebenberufstätigkeit Wirtschaftszweig Ausübter Tätigkeit, Beruf														
			1	2	3	4	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	1	2		3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14	15	16
Programme zur Altstadt- sanierung	X	X	X	X	X		X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X		X	X	X	X				X	X		X			X	
Förderung der Wohnungs- modernisierung	X		X			X		X	X	X	X	X			X																			
Steuerliche Behandlung von Zweitwohnungen	X	X			X	X		X	X	X	X					X	X	X		X														
Abschätzung des künft- igen Wohnungsbedarfs	X	X	X		X	X		X	X	X	X				X	X	X	X		X	X													
Verwendung primärer Heizenergie der privaten Haushalte	X	X	X	X	X	X			X	X	X					X	X	X		X		X	X											
Beurteilung des künft- igen Energiebedarfs im privaten Bereich	X		X		X	X			X		X					X		X		X	X													
Förderung umweltfreund- licher Energiearten	X		X			X			X	X	X																							
Bevölkerungsfort- schreibung																X	X	X		X	X													
Bevölkerungsprognosen und Modellrechnungen																X	X	X		X	X													
Erstellen von Sterbe- tafeln und Heirats- tafeln																X	X	X	X	X	X													
Generatives Verhalten																X	X	X	X	X	X													
Beurteilung der Situa- tion verschiedener Be- völkerungsgruppen (z. B. Jugendliche, Frauen, ältere Genera- tion, Rentner, Arbeits- lose, Ausländer)	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X		X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X		X	X	X	X	X	X	
Entwicklung der Privat- haushalte																X	X	X		X	X	X												
Arbeitsmarktanalyse																X	X	X		X		X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	
Berechnung regionaler Arbeitslosenquoten																X	X	X		X		X					X							



Zweck	Gebäude- angaben	Wohnungsangaben											Personenangaben																					
	Gebäudeart Eigentumsverhältnisse Baujahr Förderung von Wohnungen im sozialen Wohnungsbau Wohnverhältnisse Freizeitwohnung Jahr des Wohnungsbezugs Wohnungsausstattung Heizungsart/Wärmequelle Anzahl der Räume Fläche der Wohnung Förderung der Wohnung im sozialen Wohnungsbau Höhe der Monatsmiete Dienstwohnung/ermäßigte Miete Leerstehende Wohnung												Geburtsangaben Geschlecht Familienstand Religionszugehörigkeit Staatsangehörigkeit Haupt-/Nebenwohnung Erwerbstätigkeit Überwiegender Lebensunterhalt Allgemeiner Schulabschluß Berufsbildender Schulabschluß/Hauptfachrichtung Praktische Berufsausbildung Name/Anschrift der Arbeits-, Ausbildungsstätte Benutzte Verkehrsmittel Zeit für Weg zur Arbeits-/Ausbildungsstätte Stellung im Beruf Nebenerwerbstätigkeit Wirtschaftszweig Ausgeübte Tätigkeit, Beruf																					
		Frage-Nr. im Wohnungsbogen											Frage-Nr. im Personenbogen																					
		1	2	3	4	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14	15	16	17	18
Berechnung des Arbeits- kräftepotentials																	X	X	X		X		X	X										
Berechnung spezifischer Erwerbsquoten																	X	X	X		X		X	X										
Beurteilung der stillen Reserve auf dem Ar- beitsmarkt																	X	X	X		X		X	X	X									
Auswirkungen des strukturellen Wandels																	X	X			X		X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	
Qualifikationsstruktur der Erwerbspersonen																	X	X			X		X	X	X					X		X	X	
Beurteilung geänderter Berufsstrukturen																	X	X			X		X	X	X	X				X		X	X	
Arbeitsmarkt- und Be- rufsforschung																	X	X	X		X		X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	
Auswirkungen der Aus- bildungsstruktur auf das Beschäftigungs- system																	X	X			X		X	X	X	X	X				X	X	X	X
Orientierungshilfe für die Berufsberatung																	X	X	X		X		X	X	X	X	X				X	X		X
Fortschätzung regio- naler Erwerbstätigen- zahlen																	X	X			X						X				X		X	
Bedeutung der Teilzeit- oeschäftigung																	X	X	X		X		X	X	X	X				X		X	X	
Ausmaß und Bedeutung der Nebenerwerbstätig- keiten																	X	X	X		X		X	X	X	X	X			X	X	X	X	X
Grundlage für die Strukturpolitik in der Landwirtschaft																	X	X	X		X		X	X	X	X				X	X	X	X	
Bedeutung der landwirt- schaftlichen Nebener- werbstätigkeit																	X	X	X				X	X	X	X				X	X	X	X	
Frauenerwerbstätigkeit																	X	X	X		X		X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	

Zweck	Gebäude- angaben				Wohnungsangaben											Personenangaben																																																		
	Gebäudeart	Eigentumverhältnisse	Baujahr	Förderung von Wohnungen im sozialen Wohnungsbau	Wohnverhältnisse	Freizeitwohnung	Jahr des Wohnungsbezugs	Wohnungsausstattung	Heizungsart/Wärmequelle	Anzahl der Räume	Fläche der Wohnung	Förderung der Wohnung im sozialen Wohnungsbau	Höhe der Monatsmiete	Dienstwohnung/ermäßigte Miete	Leerstehende Wohnung	Geburtsangaben	Geschlecht	Familienstand	Religionszugehörigkeit	Staatsangehörigkeit	Haupt-/Nebenwohnung	Erwerbstätigkeit	Überwiegender Lebensunterhalt	Allgemeiner Schulabschluß	Berufsbildender Schulabschluß/Hauptfachrichtung	Praktische Berufsausbildung	Name/Anschrift der Arbeits-, Ausbildungsstätte	Benutzte Verkehrsmittel	Zeit für Weg zur Arbeits-/Ausbildungsstätte	Stellung im Beruf	Nebenerwerbstätigkeit	Wirtschaftszweig	Ausgeübte Tätigkeit, Beruf																																	
																																		Frage-Nr. im Wohnungsbogen											Frage-Nr. im Personenbogen																					
																																		1	2	3	4	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14	15	16	17	18
																																		Belastungsquote der Erwerbstätigen																X	X			X		X	X									
Bildungspolitische Zielsetzungen																X	X			X		X	X	X					X		X	X																																		
Kindergartenbesuchsquote																X	X			X																																														
Künftiger Bedarf an Kindergartenplätzen																X	X	X		X		X																																												
Schülerprognosen																X	X	X		X																																														
Lehrerbedarfsplanung																X	X			X		X	X	X							X	X																																		
Abiturientenquote																X	X			X			X	X																																										
Kapazitäts- und Standortplanung von Schulen und anderen Bildungseinrichtungen																X	X			X			X	X	X	X	X	X																																						
Grundlage für Arbeitsförderungsmaßnahmen (Umschulung)																X	X			X		X	X	X	X	X	X		X		X	X																																		
Beurteilung der ärztlichen Versorgung der Bevölkerung (Ärztedichte)																X	X					X							X				X																																	
Krankenhausbedarfsplanung																X	X			X	X																																													
Künftiger Finanzbedarf der Rentenversicherung; Modellrechnungen zur Finanzierung der Sozialversicherung																X	X	X		X		X	X							X	X	X	X																																	
Grundlagen künftiger Ausländerpolitik																X	X	X		X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X																																	
Auswirkungen bzw. Reform des Familienlastenausgleichs																X	X	X		X		X																																												
Verkehrsplanung																X	X			X		X				X	X	X																																						
Förderung des öffentlichen Personennahverkehrs																X	X	X		X		X				X	X	X																																						

Zweck	Gebäude- angaben	Wohnungsangaben											Personenangaben																				
	Gebäudeart Eigentumsverhältnisse Baujahr Förderung von Wohnungen im sozialen Wohnungsbau Wohnverhältnisse Freizeitwohnung Jahr des Wohnungsbezugs Wohnungsausstattung Heizungsart/Wärmequelle Anzahl der Räume Fläche der Wohnung Förderung der Wohnung im sozialen Wohnungsbau Höhe der Monatsmiete Dienstwohnung/ermäßigte Miete Leerstehende Wohnung																																
		Frage-Nr. im Wohnungsbogen											Frage-Nr. im Personenbogen																				
		1	2	3	4	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14	15	16	17
Pendlerströme																X		X		X	X	X					X	X	X	X			
Planung von Investitionsförderungsmaßnahmen	X	X	X	X	X			X	X	X	X	X	X			X	X	X		X	X	X	X							X		X	X
Gemeinschaftsaufgabe "Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur"																X					X	X		X	X	X					X	X	
Finanzausgleich																				X													
Landesentwicklungsprogramm (Konkretisierung der Regionalplanung)	X		X	X	X	X		X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X		X	X	X	X			X	X	X	X	X			
Mittelfristige Finanzplanung	X		X	X				X	X		X																						
Produktivitätsberechnungen																X	X			X		X							X	X	X	X	
Mittelstandsförderung																X	X			X		X		X	X				X		X	X	
Grundlage für Raumordnungsberichte der Bundes- und Landesregierung																X	X	X	X			X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	
Abgrenzung nichtadministrativer Gebietseinheiten (Verdichtungs-räume, Stadtregionen etc.)																X	X	X		X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	
Einteilung von Wahlkreisen und Stimmbezirken																X				X	X												
Frauenpolitik																X	X	X		X		X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	
Auswahlgrundlage und Hochrechnungsrahmen für Stichprobenerhebungen	X				X	X							X	X						X	X												
Planung kirchlicher Einrichtungen und Dienstleistungen																X	X	X	X	X	X	X	X						X	X		X	

Zu welchen Zwecken werden die einzelnen Fragen der Volkszählung 1987 gestellt?

## 2. Arbeitsstättenbogen

Zweck	Arbeitsstättenangaben										
	Anschriften	Träger	Wirtschaftliche Tätigkeit	Eröffnung	Niederlassungsart	Tätige Personen	Löhne u. Gehälter	Handwerkseigen-schaft	Rechtsform	Angaben zum Gesamtunternehmen	Zweig-niederlassungen
Frage im Arbeitsstättenbogen											
A1	A2	A3	B	C	D	E	F	G	H		
Sektorale Strukturpolitik	x	x	x	x	x	x	x	x	x	x	x
Regionale Strukturpolitik	x	x	x	x	x	x	x	x	x	x	x
Gemeinschaftsaufgabe "Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur"	x	x	x	x	x	x	x	x	x	x	x
Auswirkungen des strukturellen Wandels	x	x	x	x	x	x	x	x	x	x	x
Landesentwicklungsprogramm (Konkreti-sierung der Regionalplanung)	x	x	x			x	x	x	x		
Grundlage für Raumordnungsberichte der Bundes- und Landesregierung	x	x	x	x	x						
Planung von Investitionsförderungs-maßnahmen	x	x	x	x	x	x	x	x	x	x	x
Mittelstandsförderung	x	x	x	x	x	x	x	x	x	x	
Wettbewerbspolitik	x	x	x	x	x	x				x	x
Arbeitsmarktanalyse	x	x	x	x	x	x	x	x	x	x	
Berechnung des Arbeitskräftepotentials	x	x			x						
Fortschätzung regionaler Erwerbs-tätigenzahlen	x	x			x						
Qualifikationsstruktur der Erwerbs-personen		x				x	x				
Arbeitsmarkt und Berufsforschung	x	x	x	x	x	x	x	x	x	x	x
Auswirkungen der Ausbildungsstruktur auf das Beschäftigungssystem	x	x				x					

Zweck	Arbeitsstättenangaben										
	Anschriften	Träger	Wirtschaftliche Tätigkeit	Eröffnung	Niederlassungsart	Tätige Personen	Löhne u. Gehälter	Handwerkseigenschaft	Rechtsform	Angaben zum Gesamtunternehmen	Zweig-niederlassungen
Frage im Arbeitsstättenbogen											
A1	A2	A3	B	C	D	E	F	G	H		
Orientierungshilfe für die Berufsberatung		x	x			x		x			
Berufsbildungspolitik		x	x	x		x					
Bedeutung der Teilzeitbeschäftigung		x	x			x					
Frauenerwerbstätigkeit		x	x			x					
Frauenpolitik		x	x			x	x	x	x	x	
Kapazitäts- und Standortplanung von Bildungseinrichtungen		x	x			x					
Beurteilung der ärztlichen Versorgung der Bevölkerung (Ärztedichte)		x	x	x		x					
Krankenhausbedarfsplanung		x	x	x		x					
Künftiger Bedarf an Kindergartenplätzen		x	x								
Planung kirchlicher Einrichtungen und Dienstleistungen		x				x	x				
Verkehrsplanung		x	x	x		x					
Förderung des öffentlichen Personen-nahverkehrs		x	x	x		x					
Grundlagen künftiger Ausländerpolitik		x	x	x		x					
Produktivitätsberechnungen		x	x			x	x				
Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen		x	x		x	x	x			x	x
Auswahlgrundlage und Hochrechnungs-rahmen für Stichprobenerhebungen	x	x	x			x	x	x		x	x
Aktualisierung der Berichtskreise laufender Bereichsstatistiken	x		x		x	x		x		x	x

## Auszug aus dem Urteil des Bundesverfassungsgerichts vom 15. Dezember 1983 (BVerfGE 65, 1)

1. Unter den Bedingungen der modernen Datenverarbeitung wird der Schutz des Einzelnen gegen unbegrenzte Erhebung, Speicherung, Verwendung und Weitergabe seiner persönlichen Daten von dem allgemeinen Persönlichkeitsrecht des Art. 2 Abs. 1 in Verbindung mit Art. 1 Abs. 1 GG umfaßt. Das Grundrecht gewährleistet insoweit die Befugnis des Einzelnen, grundsätzlich selbst über die Preisgabe und Verwendung seiner persönlichen Daten zu bestimmen.

2. Einschränkungen dieses Rechts auf "informationelle Selbstbestimmung" sind nur im Überwiegenden Allgemeininteresse zulässig. Sie bedürfen einer verfassungsgemäßen gesetzlichen Grundlage, die dem rechtsstaatlichen Gebot der Normenklarheit entsprechen muß. Bei seinen Regelungen hat der Gesetzgeber ferner den Grundsatz der Verhältnismäßigkeit zu beachten. Auch hat er organisatorische und verfahrensrechtliche Vorkehrungen zu treffen, welche der Gefahr einer Verletzung des Persönlichkeitsrechts entgegenwirken.

3. Bei den verfassungsrechtlichen Anforderungen an derartige Einschränkungen ist zu unterscheiden zwischen personenbezogenen Daten, die in individualisierter, nicht anonymer Form erhoben und verarbeitet werden, und solchen, die für statistische Zwecke bestimmt sind.

Bei der Datenerhebung für statistische Zwecke kann eine enge und konkrete Zweckbindung der Daten nicht verlangt werden. Der Informationserhebung und -verarbeitung müssen aber innerhalb des Informationssystems zum Ausgleich entsprechende Schranken gegenüberstehen.

4. Das Erhebungsprogramm des Volkszählungsgesetzes 1983 (§ 2 Nr. 1 bis 7, §§ 3 bis 5) führt nicht zu einer mit der Würde des Menschen unvereinbaren Registrierung und Katalogisierung der Persönlichkeit; es entspricht auch den Geboten der Normenklarheit und der Verhältnismäßigkeit. Indessen bedarf es zur Sicherung des Rechts auf informationelle Selbstbestimmung ergänzender verfahrensrechtlicher Vorkehrungen für Durchführung und Organisation der Datenerhebung.

5. Die in § 9 Abs. 1 bis 3 VZG 1983 vorgesehenen Übermittlungsregelungen (unter anderem Melde-registerabgleich) verstoßen gegen das allgemeine Persönlichkeitsrecht. Die Weitergabe zu wissenschaftlichen Zwecken (§ 9 Abs. 4 VZG 1983) ist mit dem Grundgesetz vereinbar.

...

# Konjunkturdaten für die Regionen des Grenzraumes Saar-Lor-Lux-Trier/Westpfalz

## 1. Gemeinsames Programm statistischer Berichterstattung

In vierteljährlichen Statistischen Berichten veröffentlichen die Statistischen Ämter aus den vier Regionen des Grenzraumes Saarland, Lothringen, Luxemburg und Trier/Westpfalz eine Auswahl von wichtigen Konjunkturdaten. Die Berichtsreihe begann mit Eckzahlen des Jahres 1983 und wurde seither mit Vierteljahresdaten fortgesetzt. Die gemeinsamen Berichte werden in deutscher und französischer Fassung herausgegeben, unter Beteiligung des Statistischen Amtes des Saarlandes (Saarbrücken), des Statistischen Landesamtes Rheinland-Pfalz (Bad-Ems), des Institut National de la Statistique et des Etudes Economiques, Direction Regionale (INSEE Nancy) und des Service Central de la Statistique et des Etudes Economiques (STATEC Luxemburg). Die Veröffentlichung umfaßt einheitlich gestaltete Tabellen mit 20 Grunddaten aus dem Bereich der Wirtschaftsstatistiken einschließlich Arbeitsmarktzahlen. Die Aufstellungen werden durch einige zusätzliche regionalspezifische Angaben, spezielle Grafiken und bei der Darstellung der Jahresergebnisse durch entsprechende Textbeiträge ergänzt. Hierdurch soll schwerpunktmäßig eine Übersicht über die Wirtschaftslage und -entwicklung in den benachbarten Regionen vermittelt sowie eine zusammenfassende Information über den gesamten Grenzraum ermöglicht werden. Die Serie der Berichte schließt an Band 7 der Schriftenreihe der Regionalkommission „Wirtschaftszahlen des Grenzraumes Saar-Lor-Lux 1977/78“ an, eine Publikation, die vorwiegend aus technischen Gründen in der bisherigen Form nicht mehr weitergeführt werden konnte. Der neue gemeinsame Konjunkturbericht mit Vierteljahreszahlen wird im Auftrag der Arbeitsgruppe „Wirtschaftliche Fragen“ der Regionalkommission Saarland, Lothringen, Luxemburg und Rheinland-Pfalz erstellt. Das Gemeinschaftswerk wird von gut-nachbarlicher europäischer Zusammenarbeit getragen und vor allem durch das aktive Engagement der Statistischen Ämter praktisch ver-

wirklicht. Die Koordination der Beiträge und die Druckarbeiten werden im Statistischen Amt des Saarlandes ausgeführt, die Übersetzungen der Texte durch Fachpersonal der in der obigen Arbeitsgruppe beteiligten Stellen, insbesondere des saarländischen Wirtschaftsministeriums vorgenommen.

## 2. Ausgewählte Wirtschaftsdaten als Konjunkturindikatoren

Der Inhalt der periodischen Statistischen Berichte erstreckt sich auf ausgewählte Daten aus dem Bereich der Wirtschaftsstatistiken, wobei die Bereiche Industrie, Baugewerbe und Handel besonders berücksichtigt werden; hinzu kommen Angaben über die Lebenshaltung, Arbeitsmarktzahlen und Bevölkerungsdaten. Als Grundprinzip für die Auswahl der Daten gilt, daß diese schnell verfügbar, wichtig und aussagekräftig sind und sich dabei auf eine überschaubare Anzahl innerhalb eines abgestimmten, möglichst vergleichbaren Katalogs beschränken sollten. Die statistischen Fachvertreter haben sich nach eingehenden Beratungen auf das vorliegende Tableau von rund 20 Merkmalen mit einigen spezifischen Ergänzungen - soweit sie für einzelne Regionen besonders charakteristisch erschienen - geeinigt, um den Zielen einer laufenden Berichterstattung nachzukommen. Es wird in Kauf genommen, daß mit dieser Datenauswahl nur mosaikartige Ausschnitte aus dem Wirtschaftsablauf dargestellt und auch bei der Vergleichbarkeit der Daten Einschränkungen durch gewisse Lücken nicht eliminiert werden können. Der Zahlenspiegel ist dennoch unter den gegebenen Umständen als Datensammlung wertvoll und kann realistischerweise in Anbetracht der aus arbeits- und kostenmäßigen Gründen begrenzten Möglichkeiten praktisch in keinem anderen Rahmen ausgeführt werden. Die beteiligten Ämter sind davon überzeugt, daß die aufgeführten Informationen über die vier Regionen des Grenzraumes im Kreis der Benutzer der amtlichen Statistiken ein waches Interesse finden. Wie die Anfragen

und Äußerungen aus Wirtschaft, Verwaltung, Wissenschaft und Forschung sowie auch von Privatpersonen erkennen lassen, werden die Anregungen, die von dem Gemeinschaftswerk ausgehen, durchweg positiv aufgenommen und als Informationsquelle genutzt. Die Datenzusammenstellung dient der aktuellen Information und zwar zusätzlich zu den Angaben aus den einzelnen Fachstatistiken der betreffenden Region, so daß eher gebietsübergreifende Zusammenhänge, parallele und divergierende Entwicklungen sichtbar werden.

### 3. Regionale Gebietseinheiten, Grenzen des Saar-Lor-Lux-Raumes

Zur Definition der Begriffe Grenzgebiet, Grenzregion, Grenzraum bzw. Großraum ist folgendes auszuführen:

Unter Grenzgebieten werden Zonen und Gegenden verstanden, die am Rande nationalstaatlicher Territorien liegen. Für diese Gebiete gelten im allgemeinen gewisse ökonomische Restriktionen, die aus der Randlage zu den wirtschaftlichen Schwerpunkträumen der Nationalstaaten resultieren. Grenzgebiete sind häufig monoindustriell strukturiert, mit entsprechender Bindung an vorhandene Bodenschätze und Energiequellen, bzw. als Agrarräume von Bedeutung; ihre Infrastruktur ist weitgehend hiernach ausgerichtet und im allgemeinen weniger geprägt durch diversifizierende Industrien oder Einrichtungen des tertiären Sektors. Als Grenzregion bezeichnet man zusammenfassend benachbarte Gebiete beiderseits von Staatsgrenzen, wie es im westlichen Europa üblich geworden ist. Grenzregionen finden auch innerhalb der Europäischen Gemeinschaft zunehmend politisches Interesse, wobei sich eine gewisse grenzüberschreitende Zusammenarbeit entwickelte, die den Integrationsprozeß im kleinen wie im größeren Rahmen fördert. Die Saar-Lor-Lux-Grenzregion ist ein Grenzraum, innerhalb der EG zentral gelegen, der an drei bzw. vier Nationalstaaten beteiligt ist. Diese Großregion wird (a) durch das Schwergewicht der Wirtschaftsstruktur im Bereich der Montanindustrie, (b) die historische Instabilität der Staatsgrenzen zwischen den Nachbarländern in den vergangenen Jahrhunder-

ten und (c) nicht zuletzt durch gemeinsame Teilhabe an Naturräumen, kulturellen Bindungen, nachbarschaftlichen und verwandtschaftlichen Beziehungen seiner Bevölkerung charakterisiert.

Kernzonen des Saar-Lor-Lux-Grenzraumes sind zwei Montanreviere, nämlich

- das Minettebecken mit Eisenerzlagerstätten, die sich im Norden vom französischen Longwy, über das belgische Athus bis zum luxemburgischen Dudelange erstrecken und im Süden bis Nancy reichen,
- das Kohlebecken, das vom lothringischen Carling, über Forbach und Merlebach nach Saarbrücken bis Neunkirchen, Bexbach und Homburg im Saarland reicht.
- Zwischen diesen Revieren — bzw. sie teilweise umgebend — liegen ländliche Mittel- und Randzonen, aus denen die Bevölkerung in die Industriegebiete einströmt. Hierzu zählen die südlichen Ardennen, die Westeifel, der Hunsrück, das östliche Saar-Nahe-Bergland, der Pfälzer Wald bis in die Vogesen und das Gebiet der Oberläufe von Saar, Mosel und Maas.

Faßt man diese Teilräume zusammen, so läßt sich die Großregion wie folgt umschreiben: Sie umschließt die vier Departements der französischen Region Lothringen (Meurthe-et-Moselle, Meuse, Moselle, Vosges), das Großherzogtum Luxemburg, das Saarland sowie den Regierungsbezirk Trier, den Landkreis Birkenfeld und die Region Westpfalz des Landes Rheinland-Pfalz. Auch die belgische Provinz Luxemburg wird im allgemeinen zum Saar-Lor-Lux-Großraum hinzugerechnet, in der vorliegenden Darstellung ist sie jedoch nicht eingeschlossen, da nur Gebiete aufgeführt werden können, die im Zuständigkeitsbereich der Regionalkommission Saarland-Lothringen-Luxemburg-Rheinland-Pfalz (kurz Saar-Lor-Lux) liegen. Die Großregion umfaßt eine Fläche von 37 500 km<sup>2</sup> mit insgesamt 4,8 Mio Einwohnern. Davon liegen rund 8 % der Fläche mit rund 40 % aller Einwohner innerhalb von Verdichtungsräumen, nämlich dem Industrieviertel Saar, dem Raum Nancy, dem Raum Metz-Thionville und dem Raum Luxemburg-Longwy.



# Grenzraum Saar-Lor-Lux-Trier/Westpfalz

## Regions frontalières Saar-Lor-Lux-Trèves/Ouest Palatinat

KARTE : VERWALTUNGSGRENZEN 1975  
 CARTE : LIMITES ADMINISTRATIVES EN 1975

a) Arrondissements - Districts - Kreise

- Grenze der Regionen  
Limites des régions
- Grenze der Départements/Regierungsbez.  
Limites des départements/Regierungsbez.
- Kreisgrenze  
Limites des arrondissements et des districts
- Gemeinde- oder Verbandsgemeindegrenze  
Limites des cantons



Tab. 1 Fläche und Bevölkerungszahl des Grenzraumes Saar-Lor-Lux-Trier/Westpfalz

Region (Teilgebiet)	Fläche km <sup>2</sup>	Bevölkerung (1 000)		Dichte je km <sup>2</sup>	
		1975	1984	1975	1984
Saarland	2 568	1 096	1 048	430	408
Lothringen	23 540	2 325	2 332	99	99
Dp. Meurthe- et- Moselle	5 235	720	.	138	.
Dp. Meuse	6 220	204	.	32	.
Dp. Moselle	6 214	1 004	.	161	.
Dp. Vosges	5 871	398	.	67	.
Luxemburg	2 586	358	366	138	141
Trier/Westpfalz	8 790	1 099	1 067	125	121
RB Trier, LK Birkenfeld	5 716	567	556	100	97
Westpfalz	3 074	532	511	175	166
<b>I n s g e s a m t</b>	<b>37 484</b>	<b>4 880</b>	<b>4 813</b>	<b>130</b>	<b>128</b>

#### 4. Grundlegende Strukturberichte der Regionalkommission

Die wirtschaftliche und soziale Entwicklung im Grenzraum Saar-Lor-Lux ist in einem Strukturbericht vom Institut für empirische Wirtschaftsforschung an der Universität des Saarlandes, Abt. Struktur- und Regionalforschung, umfassend dargestellt worden.<sup>1)</sup> Mit dieser Studie wurde eine vergleichende Analyse zur Bevölkerungsentwicklung, Erwerbstätigkeit, Wirtschaftsstruktur, außenwirtschaftlichen Verflechtung, Einkommenssituation und über soziale Indikatoren vorgelegt, die als ein wichtiges Quellenwerk zur Beurteilung der Situation und Entwicklung des Grenzraumes angesehen werden kann. Als weitere grundlegende Veröffentlichung über den Großraum ist schließlich die „Pilotstudie zu einem Saar-Lor-Lux-Atlas“ hervorzuheben, die an den Universitäten Saarbrücken und Metz, Fachrichtung Geographie, erstellt und im Rahmen der Schriftenreihe der Regionalkommission<sup>2)</sup> publiziert wurde. In derselben Reihe sind auch „Wirtschaftszahlen des Grenzraumes Saar-Lor-Lux“ erschienen (Vgl. Band 5 und 7), die in zusammengefaßter Form einen Überblick über Grunddaten, und zwar Jahresreihen, aus den wichtigsten Wirtschaftsbereichen vermitteln. Die vorliegenden vierteljährlichen Konjunkturzahlen in den gemeinsamen Statistischen Berichten der Statistischen Ämter berücksichtigen, daß sich das Interesse

inzwischen stärker auf eine Auswahl aktueller Eckzahlen konzentriert. Diese Statistischen Berichte mit Konjunkturzahlen versuchen, auf den geänderten Bedarf an Informationen in geeigneter Weise einzugehen, indem auch graphische Darstellungen und eine etwas flexiblere Gestaltung des Merkmalkatalogs bzw. der Tabellen berücksichtigt werden.

#### 5. Methodische Erläuterungen zur Konjunkturberichterstattung

Zu den Methodenfragen der einzelnen Fachstatistiken, die in dem gemeinsamen Konjunkturbericht (Zahlenspiegel) aufgenommen sind, muß festgestellt werden, daß eine Harmonisierung der Begriffe, Definitionen und Erhebungsmerkmale, eine Abstimmung der Berichtskreise und Erhebungsbereiche und infolgedessen eine einheitliche voll vergleichbare Darstellung der Ergebnisse leider nicht vorgenommen werden können. Die einzelnen Fachstatistiken in Deutschland, Frankreich und Luxemburg werden auf den Methodengrundlagen und organisatorischen Regelungen der betreffenden nationalen statistischen Systeme durchgeführt, deren Normen und Standards auch für die jeweiligen Regionalstatistiken gelten. Eine gewisse Übereinstimmung bei einzelnen Fachstatistiken ist zwar z.B. zwischen Luxemburg und den Regionen auf

deutscher Seite gegeben, eine volle Vergleichbarkeit kann jedoch auch in diesen Fällen nicht gewährleistet werden. Die Statistiken für die Region Lothringen sind demgegenüber aufgrund größerer Unterschiede zwischen der französischen und deutschen amtlichen Statistik weniger kompatibel; die Begriffsinhalte Produktionsindex, Registrierte Arbeitslose, Beschäftigte, Preisindex der Lebenshaltung usw. sowie die Erhebungs- bzw. Berechnungsverfahren unterscheiden sich in stärkerem Maße von dem im Saarland und Rheinland-Pfalz praktizierten statistischen System. Die Datenreihen der vier Regionen können jedoch als Orientierungsgrößen nebeneinandergestellt und innerhalb gewisser Größenordnungen miteinander in Beziehung gesetzt werden. Neben den Unterschieden, die aus den nationalen statistischen Konzepten resultieren, ist zu beachten, daß die Zeitreihen auch alle saisonalen und kalendermäßigen Unregelmäßigkeiten enthalten. Eine gesonderte Berechnung bereinigter Werte ist aus Arbeits- und Kostengründen nicht vertretbar. Auch mußte die Umrechnung von Wertgrößen der betreffenden nationalen Währung in eine einheitliche Maßeinheit — z.B. der europäischen Recheneinheit ECU, wie sie durch das Statistische Amt der Europäischen Gemeinschaft in den EG-Statistiken geschieht — ebenfalls aus den oben genannten Gründen verzichtet werden. Den Benutzern der Konjunkturdaten sind sicherlich originäre Zahlenreihen für die praktische Auswertung sinnvoller nutzbar und somit wertvoller als umgearbeitete, mit Schätzfehlern behaftete Rechengrößen. Hinsichtlich der Vergleichbarkeit wird empfohlen, mehr auf die Entwicklungstendenzen der Reihen, d.h. auf relative Größen zu achten und nicht so sehr die absoluten Zahlen in den Vordergrund zu stellen. Aufgrund der gegebenen Einschränkungen in der Datenbasis erscheint auch eine zusammenfassende Beschreibung der Situation für den gesamten Grenzraum als Einheit nicht vertretbar.

## 6. Eckzahlen zur konjunkturellen Entwicklung

Einige wichtige Tendenzen und Informationen über die ökonomische Entwicklung in den Regionen des Grenzraumes lassen sich durch ausge-

wählte Eckzahlen 1983 bis 1985 wiedergeben, die in nachfolgender Tabelle zusammengestellt sind. Für alle Teile der Großregion zeigt sich, daß offensichtlich eine allgemeine Rezessionsphase allmählich abgeklungen ist, die in eine Etappe differenzierten Wachstums einmündete. Hierbei scheint charakteristisch, daß die Impulse zunächst im Bereich der Industrieproduktion durch vermehrte Aufträge registriert werden, die zu einer Erhöhung des Produktionsausstoßes führen und eine bessere Auslastung der Produktionsanlagen und der vorhandenen Arbeitskräfte ermöglichen. Ein zusätzlicher Arbeitskräftebedarf und ein unmittelbarer Abbau der Arbeitslosenzahlen ist größtenteils noch nicht in Sicht und wohl erst mit erheblichem Abstand zu erwarten.

Die **Auftragseingänge** im Verarbeitenden Gewerbe signalisierten im Jahr 1984 und in den nachfolgenden Viertel Jahren bis Herbst 1985 im Saarland, in Luxemburg und der Region Trier/Westpfalz eine positive Entwicklung, die das niedrige Niveau der Vorjahre deutlich übertraf. Es wurden teilweise zweistellige Zuwachsraten verzeichnet. Auch in der Region Lothringen zeichnete sich ein gewisses Abklingen der Schwächeperiode in dem Auftragsniveau ab, allerdings bleibt die betreffende Meßzahlenreihe des Barometers noch im Bereich einer abgekühlten Zone, da per Saldo bei annähernd 20 % der Betriebe eine Normallage noch nicht erreicht ist.

Die **Produktionsleistungen**, gemessen am Index der Produktionswerte der Industrie (vorwiegend bezogen auf das Verarbeitende Gewerbe), zeigten 1984 ebenfalls bereits in allen Regionen durchweg ansteigende Tendenzen, die sich in der Folgezeit größtenteils fortsetzten. Im Saarland und in Luxemburg waren diese Entwicklungen besonders deutlich, in der Region Trier/Westpfalz war ein etwas gemäßigter Verlauf festzustellen. In Lothringen, das von der Strukturkrise im Montanbereich besonders betroffen ist, wurden im Verarbeitenden Gewerbe insgesamt nur relativ eng begrenzte Produktionssteigerungen erzielt. Während die Kohleförderung hier im Jahre 1984 noch erhöht werden konnte (+ 2,9 %), wurden in der Folgezeit erhebliche Einschränkungen gemeldet; auch die Rohstahlerzeugung mußte 1984 (— 2,2 %) und in den anschließenden Quartalen beachtlich reduziert werden. In den Nachbarregionen Saarland und Luxemburg hatte der Montansektor da-

Tab. 2 Eckzahlen zur Konjunktorentwicklung in den Regionen des Saar-Lor-Lux-Grenzraumes 1983 - 1985

Gegenstand der Nachweisung			1983	1984	Zu-/Ab- nahme 1984/ 1983 in %	Änderungsrate 1985/1984		
Region	Merkmal Bereich	Maßeinheit				I. Quar.	II. Quar.	III. Quar.
			in %					
INDUSTRIEPRODUKTION								
1. Auftragseingänge im Verarb. Gewerbe								
Saarland	Index (1980 = 100)		101,6	115,0	+ 13,2	- 0,2	+ 2,2	+ 8,7
Lothringen	Meßzahl in % *)		(- 36)	(- 28)	..	(- 26)	(- 19)	(- 24)
Luxemburg	Index (1980 = 100)		(88,0)	98,3	+ 12,3	+ 30,3	+ 20,2	+ 2,6
Trier/Westpfalz	Index (1980 = 100)		100,0	109,2	+ 3,2	+ 2,9	+ 10,2	+ 13,5
2. Produktionsleistung (Index)								
Saarland	Bergb., Verarb. Gew. (1980=100)		95,3	101,7	+ 6,7	+ 2,4	+ 10,0	+ 6,1
Lothringen	Verarb. Gewerbe (1980=100)		95,4 1)	97,0 1)	+ 1,7 1)	.	.	.
Luxemburg	Verarb. Gewerbe (1980=100)		91,6	107,1 1)	+ 15,9 1)	+ 8,9	+ 8,7	+ 11,1 2)
Trier/Westpfalz	Verarb. Gewerbe (1980=100)		96,0 3)	97,3 3)	+ 0,9	+ 1,3	+ 6,1	+ 2,3
3. Kohleförderung **)								
Saarland	1 000 t		9 998	10 248	+ 2,5	- 1,7	+ 9,2	+ 10,7
Lothringen	1 000 t		10 579	10 883	+ 2,9	- 8,2	- 7,4	- 9,4
4. Rohstahlerzeugung								
Saarland	1 000 t		3 782	4 383	+ 15,9	+ 6,9	+ 9,5	+ 8,0
Lothringen	1 000 t		6 515	6 371	- 2,2	- 11,1	- 1,1	+ 2,3
Luxemburg	1 000 t		3 294	3 987	+ 21,1	+ 5,2	+ 7,5	- 3,2
Trier/Westpfalz	1 000 t		/ 4)	/ 4)	/	/	/	/
BESCHÄFTIGTE IM PRODUZIERENDEN GEWERBE								
Saarland	Bergbau	Anzahl	25 600	24 800	- 3,1	- 2,4	- 8,0	+ 1,3
	Verarb. Gewerbe	Anzahl	117 600	114 800	- 2,4	- 0,5	- 0,3	+ 1,0
	dar. Eisen. Industrie	Anzahl	24 300	22 300	- 8,4	- 6,3	- 5,1	- 2,0
	Bauhauptgewerbe	Anzahl	19 000	18 600	- 2,2	- 7,7	- 9,4	- 7,0
Lothringen	Industrie insg. (1.1.83=100)		(96,4) 1)	(91,9) 1)	- 4,7 1)	- 4,3	- 4,6	.
	dar. Bergbau	Anzahl	24 864	23 431	- 5,8	- 7,1	- 7,9	.
	Eisen. Industrie	Anzahl	37 009	33 663	- 9,0	- 8,5	- 9,0	- 13,9
	Baugewerbe (1980=100)		84,7	79,2	- 6,5	- 6,5	- 3,2	- 2,0
Luxemburg	Verarb. Gew. insges. (1980=100)		(92,9)	92,1	- 0,9	+ 0,3	- 0,3	+ 0,4 2)
	dar. Eisen. Industrie	Anzahl	16 100	14 800	- 8,1	- 6,0	- 4,7	- 3,7
	Bauhauptgewerbe (1980=100)		87,0	84,4 1)	- 2,9 1)	- 7,5	- 5,3	- 5,8 2)
Trier/Westpfalz	Verarb. Gew. insg.	Anzahl	96 800	96 400	- 0,5	+ 0,3	+ 0,5	+ 0,7
	Bauhauptgewerbe	Anzahl	15 500	15 200	- 1,7	- 13,4	- 13,0	- 12,4
ARBEITSMARKT								
Saarland	Registr. Arbeitslose	Anzahl	49 500	53 500	+ 7,8	+ 6,8	+ 5,2	- 0,8
	Arbeitslosenquote	%	12,2	13,2	/	Q: 13,7	12,8	12,9
Lothringen	Registr. Arbeitslose	Anzahl	57 200	54 300	- 5,0	- 9,5	+ 11,0	+ 12,7
	Arbeitslosenquote	%	10,1	10,9	/	Q: 10,6	9,5	10,4
Luxemburg	Registr. Arbeitslose	Anzahl	1 362	1 404	+ 3,1	- 8,3	+ 7,4	- 1,7
	Arbeitslosenquote	%	1,5	1,8	/	Q: 1,8	1,5	1,6
Trier/Westpf.	Registr. Arbeitslose	Anzahl	38 100	37 800	- 0,8	+ 6,3	+ 8,7	+ 3,1
	Arbeitslosenquote	%	11,0	10,9	/	Q: 12,7	10,3	10,2
LEBENSHALTUNG DER PRIV. HAUSHALTE (Preisindex)								
Saarland	Landesergebnis (1980=100)		115,4	118,4	+ 2,6	+ 2,1	+ 2,4	+ 2,4
Lothringen	Ø Frankreich insg. (1980=100)		143,5	153,1	+ 6,7	+ 6,4	+ 6,4	+ 5,3
Luxemburg	Landesergebnis (1980=100)		128,4	135,7	+ 5,6	+ 2,2	+ 2,9	+ 3,4
Trier/Westpf.	Ø Rheinland-Pfalz insg. (1980=100)		(115,6) 5)	118,4 5)	+ 2,4	+ 2,3	+ 2,5	+ 2,2

\*) Neue Meßzahl als Differenz zwischen dem Prozentsatz der positiven und negativen Meinungen im Vergleich zur Normallage (1. Kompagnieauftrag, 1.4.83) mit 100,0 und 100,0  
 \*\*) 1.1.83 für Lothringen und Trier/Westpfalz; 1.1.84 für das Saarland; 1.1.85 für die Region; 2) für den Anstieg; 3) Landeswert für Rheinland-Pfalz insgesamt  
 4) Geringe Mengen, nicht aufgeführt; 5) Landeswert für Rheinland-Pfalz insgesamt, entspricht dem Bundesdurchschnitt

gegen eine deutliche konjunkturelle Belebung erfahren. Die saarländische Kohleförderung konnte erneut gesteigert (+ 2,5 %) und die Rohstahlproduktion in beiden Revieren 1984 ausgedehnt (+ 15,9 bzw. + 21,1 %) bzw. 1985 größtenteils aufrechterhalten werden. Die verstärkten Aktivitäten in verschiedenen Bereichen der Industrie hatten auch auf die Beschäftigungssituation in den Regionen insoweit positive Auswirkungen, als Kurzarbeit abgebaut und vorhandene Arbeitskapazitäten besser ausgelastet werden konnten. Eine Erweiterung des Personalstands der Industrie war allerdings nicht eingetreten, da offensichtlich nach wie vor freie Produktionsreserven verfügbar sind und auch Rationalisierungsinvestitionen zum Zuge kommen, die per Saldo kurz- und mittelfristig eher eine Einschränkung des Beschäftigtenvolumens wahrscheinlich werden lassen. Die **Beschäftigtenzahlen** der Industrie bestätigen in allen vier Regionen entsprechende rückläufige Tendenzen. Während der Rückgang in den Regionen Trier/Westpfalz und Luxemburg nur vergleichsweise schwach ausgeprägt war, verlief er im Saarland und in Lothringen in einem deutlicheren Maße. Dabei waren vor allem die Beschäftigten der eisenschaffenden Industrie überdurchschnittlich tangiert (1984 Lothringen — 9,0 %, Saarland — 8,4 % und Luxemburg — 8,1 %). Aber auch der Bergbau konnte den Beschäftigtenstand trotz teilweise verstärkter Kohleförderung nicht aufrecht erhalten. Die Abgänge (1984 Lothringen — 5,8 % und Saarland — 3,1 %) setzten sich in der Folgezeit des Berichtsjahres 1985 in ähnlichem Ausmaß fort. Neben der Schwerindustrie verzeichnet die Baubranche besonders gravierende Beschäftigungseinbußen, nachdem sich eine krisenhafte Entwicklung über mehrere Jahre nahezu auf alle Teile der Bauwirtschaft erstreckte. Die einzelnen Regionen sind hierbei mit gewissen zeitlichen Unterschieden insgesamt in weitgehend ähnlicher Weise getroffen. Die Stagnation im Wohnungsbau und die Zurückhaltung der öffentlichen Hand infolge haushaltskonsolidierender Maßnahmen waren besonders ausschlaggebend für den Schrumpfsprozeß der Bauwirtschaft.

Der **Arbeitsmarkt** ist im Saarland, Lothringen und in der Region Trier/Westpfalz durch allgemein hohe Arbeitslosenzahlen und ein relativ geringes Angebot an offenen Stellen gekennzeichnet. Die Arbeitslosigkeit wird sowohl durch strukturelle, als auch durch konjunkturelle und saisonale Kom-

ponenten charakterisiert und kann überregional auf Landes- bzw. nationaler Ebene als Herausforderung und besondere Aufgabe der Wirtschaftspolitik gewertet werden. Im Zuge fortschreitenden Wirtschaftswachstums wird sich auf mittlere und längere Sicht eine Milderung abzeichnen. Zusammen mit der demographischen Entwicklung einschließlich der flexibleren Regelungen über Teilzeitbeschäftigung und Vorruhestandsvereinbarungen dürften zumindest partielle Lösungen der Hauptprobleme erzielt werden können. In der gesamten Grenzregion wurden im Herbst 1985 147 008 Arbeitslose registriert, davon je 54 000 im Saarland und in Lothringen, 37 800 in Trier/Westpfalz und 1 400 in Luxemburg. Die Arbeitslosenquoten — gemessen an der Zahl der Erwerbspersonen (Erwerbspotential), wobei in den einzelnen Staaten unterschiedliche Konzepte der Sozial- und Arbeitslosenversicherung berücksichtigt werden müssen — lagen zuletzt in Lothringen und in der Region Trier/Westpfalz bei rund 10 % sowie im Saarland bei annähernd 13 %. Die Arbeitslosenquote für Luxemburg (1,6 %) kann hierbei nicht zum Vergleich herangezogen werden, nachdem aufgrund besonderer Stützungsaktionen und spezieller Regelungen seitens des Staates zur Weiter- und Wiederbeschäftigung von Arbeitnehmern ein stärkeres Aufkommen an Arbeitslosigkeit vermieden bzw. in sehr engen Grenzen gehalten wird.

Das **Preisniveau der Lebenshaltung** der privaten Haushalte — gemessen am Index der Verbraucherpreise des jeweiligen nationalen Standards (Waren- und Dienstleistungspreise) — zeigt trotz der eingeschränkten Vergleichbarkeit aufgrund der abweichenden Berechnungsverfahren und unterschiedlichen Steuerbelastung des Endverbrauchs usw. in erstaunlichem Maße parallele Entwicklungen in den Regionen des Grenzraumes. Während des Berichtszeitraumes 1985 wurden im Saarland und in Trier/Westpfalz Preisveränderungen der Größenordnung von + 2,5 % verzeichnet; auch in Luxemburg blieb die Teuerungsrate zeitweise unter + 3 %, so daß ein relativ hohes Maß an Preisstabilität festgestellt werden konnte. Ebenso weist die Region Lothringen, dargestellt am Landesergebnis Frankreich insgesamt, eine im europäischen Vergleich relativ mäßige Preissteigerungsrate auf, obgleich sie mit rund + 6 % etwa doppelt so hoch wie in den Nachbarregionen angegeben wird. Aus diesen Angaben können aller-

dings keine unmittelbaren Rückschlüsse auf die Kaufkraftentwicklung und den Lebensstandard insgesamt abgeleitet werden. Stabilisierungstendenzen des Preisniveaus des privaten Konsums sind sicherlich während des Ausklings einer allgemeinen Rezessionsphase und zu Beginn einer konjunkturellen Besserung eher erreichbar, wie es in der Berichtszeit zutreffen dürfte, als in anderen Konjunkturphasen, insbesondere in Zeiten starker Expansion. Zu vermerken ist schließlich, daß die Gefahr sich verstärkend negativer Einflüsse, wie sie durch die sogenannte Stagflation umschrieben wird, in den Zentralregionen Europas in der Berichtszeit sich praktisch als irrelevant erwiesen hat.

Die dargestellten Eckzahlen der konjunkturellen Entwicklung bestätigen gewisse Parallelen und zeigen einige besondere Unterschiede im Wirtschaftsverlauf in den Regionen des Saar-Lor-Lux-Großraumes auf. In dem vorgegebenen Rahmen einer Kurzdarstellung, wie in der Gemeinschaftsveröffentlichung der Statistischen Ämter wiedergegeben, lassen sich nur in begrenztem Umfang Zahlenreihen darbieten und schwerpunktmäßig Aussagen machen. Es empfiehlt sich, ergänzende Informationen aus den speziellen Fachstatistiken und Publikationen der einzelnen Regionen hinzu-

zufügen, um den gezielten Fragen und Auswertungswünschen unterschiedlicher Interessenten nachzukommen. Für eine Reihe wichtiger Bereiche, z.B. gesamtwirtschaftliche Aggregate der Sozialproduktberechnung, stehen allerdings teilweise nur wenige bzw. nicht durchweg aktuelle Vergleichsdaten zur Verfügung. Wichtige Größen über die Einkommensentwicklung und -verteilung, aber auch über die Verwendungsseite des Sozialprodukts auf regionaler Ebene könnten die vorliegenden Konjunkturdaten in verschiedener Hinsicht ergänzen. Hier werden allerdings Grenzen der regionalen Berichterstattung sichtbar, die im Rahmen der gegebenen Möglichkeiten der amtlichen Statistik in absehbarer Zeit wohl nicht überwunden werden können. Die vorhandenen Eckdaten aber sprechen dafür und fordern dazu auf, in den Bemühungen zur Kooperation über regionale Grenzen hinweg nicht nachzulassen und die Integration Europas vor allem in dem zentral-europäischen Großraum fortzusetzen.

1) Vgl.: O. Sievert u.a. (Verf.), „Die wirtschaftliche und soziale Entwicklung im Grenzraum Saar-Lor-Lux“, Schriftenreihe der Regionalkommission, Band 6, Saarbrücken, 1978. 2) Vgl. Band 8 der obigen Schriftenreihe, Saar-Lor-Lux-Atlas, Pilotstudie, herausgegeben von W. Brücker, H. Quasten, Fr. Reitel, Saarbrücken-Metz-Luxemburg-Trier, 1982.

**Ernst Dürschmid**  
*Dipl. Volkswirt*

# Die Beurteilung der Malignität von Tumoren mit Hilfe des Lebenserwartungsdefizits (LED)

## Einleitung

Von Krokowski wurde bereits 1979 (3) ein neues Zeitmaß zur Beurteilung des Therapieerfolges bei Tumorerkrankungen vorgeschlagen, das außerhalb des zeitlichen Verlaufs der Krankheit selbst liegt:  
das Lebenserwartungsdefizit (LED).

Das Lebenserwartungsdefizit ist eine statistische Größe, die erhebliche Vorteile gegenüber dem Kriterium „Überlebenszeit“ besitzt (Tab. 1)(2).

Zur Berechnung des LED müssen also folgende Variablen bekannt sein:

- das Alter bei Diagnose bzw. OP des Tumors
- das Sterbealter
- die Dauer der Tumorerkrankung
- das Geschlecht
- die Tumordiagnose

Mittlerweile existiert ein Programm in SPSS (2), welches eine bequeme Berechnung des LED erlaubt.

**Tab. 1** Vergleich der Leistungsfähigkeit der beiden Größen Lebenserwartungsdefizit (LED) und Überlebenszeit (ÜZ)

Lebenserwartungsdefizit (LED)	Überlebenszeit (ÜZ)
<ul style="list-style-type: none"> <li>– kleines <math>V</math> (<math>s/\bar{x}</math>)</li> <li>– Berücksichtigung der Altersverteilung</li> <li>– Maß für die Malignität eines Tumors</li> <li>– geeignet zur Beurteilung von Rezidiven und Metastasen</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>– sehr großes <math>V</math> (über 100 %)</li> <li>– keine Berücksichtigung</li> <li>– maßgeblich durch den Zeitpunkt der Tumordiagnose bestimmt</li> <li>– nicht geeignet bei langwierigen Tumorerkrankungen</li> </ul>

Das LED berechnet sich nach folgender Formel:

$$LED = E_x - \bar{ÜZ}$$

LED: Lebenserwartungsdefizit

$E_x$  : statistische Lebenserwartung im Alter  $x$

$\bar{ÜZ}$  : Dauer der Tumorerkrankung (= Überlebenszeit)

Zur Bestimmung des LED ist ein Computer empfehlenswert, da eine große Zahl von Sterbetafel-ergebnissen im Programm berücksichtigt werden müssen. Tab. 2 gibt eine Übersicht der derzeit vorhandenen Sterbetafeln (4,7,8,9,10).

Bezieht man die Lebenserwartungsdefizite auf die Sterbetafeln der BRD (LEDB), so erhält man eine zeitlich bessere Differenzierung, da

**Tab. 2** Die zur Ermittlung der durchschnittlichen Lebenserwartung im jeweiligen Diagnosealter  $x$  ( $E_x$ ) herangezogenen Sterbetafeln

Diagnosejahr	zugrunde liegende Sterbetafeln	
	BRD	SAAR
Vor 1970	1960/1962	1970/1972
1970 – 1979	1970/1972	1970/1972
1980 – 1982	1980/1982	1970/1972

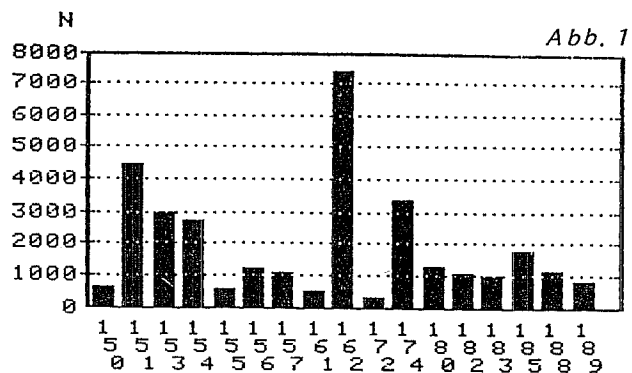
in jeder Dekade eine neue, aktualisierte Sterbetafel erscheint.

Bei Bezug des LED auf die Sterbetafel des Saarlandes (LEDS) erhält man eine größere Genauigkeit im Bezug auf die zu Grunde liegende Grundgesamtheit, da jeder Verstorbene, der im Krebsregister erfaßt wird, zur saarländischen Bevölkerung gehört. Leider existiert bislang nur eine allgemeine Sterbetafel des Saarlandes (7).

Grundsätzlich ist auch die Verwendung von Sterbetafeln in abgekürzter Form möglich, die 5-Jahreseinteilung bewirkt jedoch eine gewisse Verminderung der Präzision bei der Berechnung des LED.

### Material und Methode

Es wurden am Krebsregister des Statistischen Amtes des Saarlandes mit Hilfe des Statistikpakets SPSS (2) die Lebenserwartungsdefizite für die häufigsten Tumorlokalisationen ( $N > 1\%$  aller im Register erfaßten Fälle) laut 3-stelliger ICD-Nummer berechnet (Abb.1). Fernerhin



wurden nur solche ICD-Codes berücksichtigt, die ein konkretes Organ bezeichnen (z.B. 151 - Magen etc.).

Die Lebenserwartungsdefizite wurden einmal auf die Sterbetafelergebnisse des Saarlandes bezogen (LEDS), zum anderen wurden die Sterbetafeln der BRD für die Berechnungen zu Grunde gelegt (LEDB). Neben den Lebenserwartungsdefiziten wurden auch die mittlere Überlebenszeit sowie die 5-Jahres-Überlebenszeit berechnet.

Alle in die Berechnungen eingehenden Daten stammen aus dem Krebsregister des Statistischen Amtes. Die Berechnungen wurden am Großrechner der ZDV-Saar durchgeführt.

Tab. 3 Übersicht der ausgewerteten Fälle mit Berechnung des LED, der ÜZ und der 5-J-ÜZ

Lokalisation	ICD	N	5-J-ÜZ (%)	ÜZ (Mon)	LEDS (J)	LEDB (J)
Oesophagus	150	594	0,3	6,8	11,9	12,6
Magen	151	4 455	2,2	8,7	11,1	11,7
Kolon	153	2 974	4,0	12,0	11,0	11,5
Rektum	154	2 736	5,0	16,3	11,1	11,8
Leber	155	549	0,2	2,5	13,1	13,7
Gallenwege	156	1 177	0,4	4,0	11,9	12,5
Pankreas	157	1 044	0,5	4,1	12,4	13,1
Kehlkopf	161	488	17,6	31,3	11,0	11,7
Lunge	162	7 383	1,2	7,3	12,0	12,7
Melanom/Haut	172	303	11,2	26,2	17,3	17,8
Mamma	174	3 355	17,5	33,5	15,3	15,9
Zervix Uteri	180	1 263	15,8	31,7	17,8	18,4
Korpus Uteri	182	1 052	17,2	30,8	12,1	12,5
Ovar	183	972	5,1	15,0	17,4	18,0
Prostata	185	1 774	13,2	25,3	6,5	7,0
Harnblase	188	1 094	7,0	19,0	9,3	9,9
Niere	189	791	6,2	14,0	14,6	15,3
<b>ZUSAMMEN</b>		<b>32 004</b>				



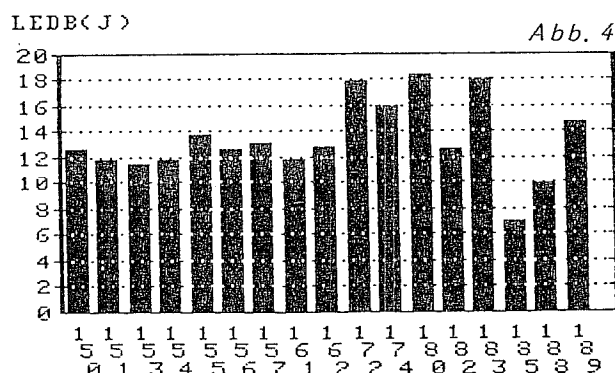
Insgesamt sind beim Krebsregister 70 231 Fälle erfaßt. Diese Zahl beinhaltet nach (5):

- alle Erkrankungen an bösartigen Neubildungen
- die Karzinome „in situ“

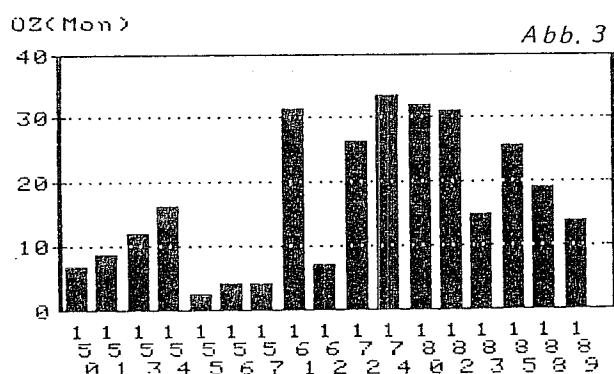
Die Voraussetzungen zur Berechnung des LED erfüllen 41 177 Fälle. Bezogen auf die letztgenannten Fälle (= 100 %) machen die untersuchten Tumorlokalisationen 77,7 % aus.

## Ergebnisse

Tab. 3 zeigt die Ergebnisse der LED-Berechnungen (Abb.4) für die untersuchten Tumorlo-



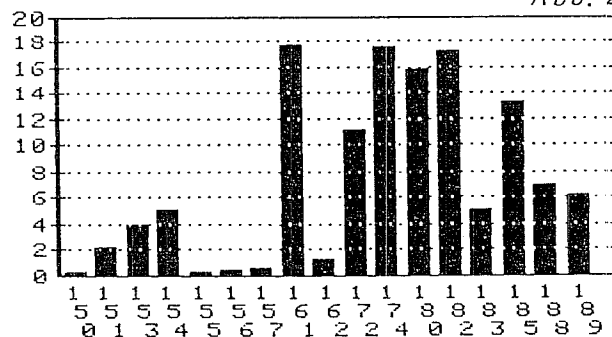
kalisationen auf. Zu jeder Lokalisation sind ausserdem die entsprechenden Überlebenszeiten (Abb.3) sowie die 5-Jahres-Überlebenszeit



(Abb.2) angegeben. Es zeigen sich bei den verschiedenen Tumoren deutliche Unterschiede in Bezug auf die Reduzierung der Lebenserwartung. Auffallend ist, daß Tumorlokalisationen, die bei alleiniger Betrachtung der mittleren Überlebenszeit (ÜZ) hohe Malignität zeigen (z.B. Lunge, Pankreas, Galle, Leber und Ösophagus)

5-JOZ(%)

Abb. 2



die Lebenserwartung in geringerem Maße beeinflussen als Tumoren, die bei Betrachtung dieser Kriterien geringere Malignität erwarten ließen (Mamma, Zervix, Ovar und malignes Melanom).

Dies ist zunächst durch das unterschiedliche zeitliche Auftreten der verschiedenen Tumoren bedingt. Dabei kann festgestellt werden, daß bei Auftreten der Tumoren in jüngerem Lebensalter die Überlebenszeiten allgemein länger sind, während sie bei Tumorlokalisationen des höheren Lebensalters abnehmen (6). Die besseren Überlebenszeiten der Tumoren des jüngeren Alters wirken sich dabei jedoch nicht im Sinne einer Verringerung des LED aus, da sie das infolge des früheren Auftretens größere LED bei weitem nicht kompensieren können.

Bei der Beurteilung der 5-Jahres-Überlebensraten zeigte sich, daß diese allein für die Beurteilung der Tumormalignität unzureichend sind. So weisen gastro-intestinale Tumoren (Magen, Kolon und Rektum) trotz unterschiedlicher 5-Jahres-Überlebenszeiten nahezu identische LED-Werte auf.

Prostata-, Harnblasen- und bedingt auch Kehlkopfneoplasien können auf Grund ihrer relativ langen Überlebenszeiten bei gleichzeitig geringem LED als die Tumoren angesehen werden, die, epidemiologisch gesehen, die beste Prognose besitzen.

Die Niere schneidet unter den urologischen Tumorlokalisationen am schlechtesten ab, sowohl was die Überlebenszeiten als auch die LED-Werte betrifft. Dies scheint u.a. auch mit der Existenz an frühkindlichen Sarkomen (Wilms-Tumoren) mit sehr schlechter Prognose zusammenzuhängen.

## Diskussion

Die oben aufgeführten Ergebnisse zeigen die Notwendigkeit auf, den Malignitätsbegriff umfassender zu formulieren, indem er neben der Überlebenszeit auch das LED mit einschließen muß. Bei Tumoren mit ähnlichen Überlebenszeiten nämlich, sind diejenigen, die mit einem größeren LED verbunden sind, als maligner anzusehen als die Lokalisationen mit kleinerem LED (z.B. Zervix- und Korpus Uteri).

Wir schlagen deshalb vor, sowohl die ÜZ als auch das LED in jeweils drei verschiedene Risikogruppen einzuteilen. Eine solche Einteilung ist immer in gewisser Hinsicht willkürlich, jedoch wird es durch sie möglich, die verschiedenen Tumorlokalisationen hinsichtlich ihrer epidemiologischen Wertigkeit einzuteilen.

Für die ÜZ ergäbe sich:

Tumoren mit langer ÜZ (länger als 2 Jahre)  
= „+“

Tumoren mit mittlerer ÜZ (länger als 1 Jahr  
und kürzer als 2 Jahre) = „0“

Tumoren mit kurzer ÜZ (kürzer als 1 Jahr)  
= „—“

Für das LED würde gelten:

Tumoren mit geringem LED (kleiner als  
10 Jahre) = „+“

Tumoren mit mittlerem LED (länger als 10  
Jahre und kürzer als 15 Jahre) = „0“

Tumoren mit großem LED (größer als 15 Jahre)  
= „—“

Die Malignität eines Tumors wird durch die Ausprägungen der beiden Faktoren LED und ÜZ bestimmt und kann infolgedessen die Werte von 1 — 9 Jahre annehmen, wobei 1 die geringste Malignität bedeutet, 9 die höchste (epidemiologischer Malignitätsindex  $I_{ep}$ ). Ein  $I_{ep}$  von „0“ würde bedeuten, daß sich die statistische Lebenserwartung im Alter  $x$  ( $E_x$ ) nicht signifikant von der ÜZ unterscheidet. Leider gibt es noch bei keiner Tumorlokalisation diesen Wert. Den Malignitätsindex  $I_{ep}$ , den die im Krebsregister untersuchten Tumoren auf Grund der geschilderten Überlegungen zugeordnet bekommen, zeigt Tab. 4.

## Zusammenfassung

Die Überlebenszeit bzw. die 5-Jahres-Überlebensraten reichen nicht aus, die Malignität von bösartigen Neubildungen adäquat zu charakterisieren.

Durch die Einführung des Lebenserwartungsdefizits (LED) in Verbindung mit der Überlebenszeit ist es möglich, jeder Tumorlokalisation einen eindeutigen epidemiologischen Malignitätsindex ( $I_{ep}$ ) zuzuordnen und so eine Rangfolge der Tumormalignität aufzustellen.

Mit dem Zahlenmaterial des Krebsregisters des Statistischen Amtes des Saarlandes wird eine solche Malignitätsskala für die häufigsten Tumorlokalisationen laut 3-stelligem ICD-Code er-

Tab. 4      Auflistung der häufigsten Tumorlokalisationen nach Malignität

LED	ÜZ	$I_{ep}$	Tumorlokalisationen
+	+	1	Prostata
+	0	2	Harnblase
+	—	3	—
0	+	4	Kehlkopf, Korpus Uteri
0	0	5	Kolon, Rektum, Niere
0	—	6	Ösophagus, Magen, Leber, Gallenwege, Pankreas, Lunge
—	+	7	Melanom, Mamma, Zervix
—	0	8	Ovar
—	—	9	—

stellt; Prostata und Harnblase zeigen die geringste epidemiologische Malignität, gefolgt von Neubildungen des Kehlkopfes und des Korpus Uteri; das Ovar hingegen besitzt den größten Malignitätsindex. Die neoplastischen Erkrankungen mit der größten Inzidenz wie Lunge, Mamma, Magen und Darm besitzen eine mittlere Malignität.

#### Danksagungen

An dieser Stelle danken wir herzlich Herrn Wirtschaftsdirektor Ziegler vom Krebsregister des Statistischen Amtes des Saarlandes für die uneingeschränkte Unterstützung unserer Arbeit. Der zuständigen Referentin im Krebsregister Frau Stegmaier sei für die Datenaufbereitung herzlich gedankt. Bei den Herren Gebhardt und Eich bedanken wir uns für die ständige Hilfsbereitschaft bei der Lösung technischer Fragen.

#### Literatur:

1. **Kolles H.:** Die Bedeutung der Knochenmetastasierung in der Onkologie. Ergebnisse einer retrospektiven Landesstudie von 1967 - 1982. Inuag. Diss., Med. Fak., Homburg/Saar, in Vorbereitung.

2. **Kolles H., Schmitt O.:** Die Berechnung des Lebenserwartungsdefizits bei Tumorerkrankungen mit dem Statistikpaket SPSS. EDV in Medizin und Biologie, im Druck
3. **Krokowski E.:** Krebsvorsorge und moderne Krebsdiagnostik in: Deutsche Akademie für medizinische Fortbildung (Hrsg.), Neue Aspekte der Krebsbekämpfung, Thieme, Stuttgart (1979) 1 - 8
4. **Meyer K., Rückert G-R.:** Allgemeine Sterbetafel 1970/72, Wirtschaft und Statistik 7 (1974) 465-475
5. **Saarländische Krebsdokumentation:** Einzelschriften zur Statistik des Saarlandes Nr. 66, Statistisches Amt des Saarlandes
6. **Schmitt O., Kolles H.:** Das Lebenserwartungsdefizit (LED). Ein Beurteilungskriterium für den Verlauf bösartiger Tumoren, Z. Orthop., im Druck
7. **Statistische Berichte** des Statistischen Amtes des Saarlandes: Allgemeine Sterbetafel für das Saarland 1970/72
8. **Statistisches Jahrbuch 1965** für die Bundesrepublik Deutschland, Kohlhammer, Stuttgart-Mainz, 67-68, hrsg. vom Statistischen Bundesamt
9. **ebda:** desgl. 1975, 74-75
10. **Entwicklung der Sterblichkeit:** Abgekürzte Sterbetafel 1980/82, Wirtschaft und Statistik 1/84, 16 - 18

**H. Kolles, O. Schmitt**

*Orthopädische Universitäts- u. Poliklinik  
Homburg*

# ZAHLENSPIEGEL für das SAARLAND

Die mit einem Stern(\*) versehenen Angaben von allen Statistischen Landesämtern im "ZAHLENSPIEGEL" veröffentlicht

Berichtsmerkmal	Einheit	1983	1984				1985			
		Monatsdurchschnitt	Oktober	November	Dezember	September	Oktober	November	Dezember	
Bevölkerung u. Erwerbstätigkeit										
* Bevölkerung am Monatsende	1 000	1 054,3	1 051,6	1 050,9	1 050,7	1 050,8	1 047,4	1 046,8	1 046,4	...
Natürliche Bevölkerungsbewegung										
* Eheschließungen	Anzahl	600	591	504	448	562	600	551	377	605
* je 1 000 Einwohner und 1 Jahr	Anzahl	6,8	6,7	5,6	5,2	6,3	7,0	6,2	4,4	6,8
* Lebendgeborene	Anzahl	827	808	843	778	707	880	856	785	775
* je 1 000 Einwohner und 1 Jahr	Anzahl	9,4	9,2	9,4	9,0	7,9	10,2	9,6	9,1	8,7
* Gestorbene (ohne Totgeborene)	Anzahl	1 096	1 032	1 065	1 031	1 032	1 090	1 105	1 093	1 023
* je 1 000 Einwohner und 1 Jahr	Anzahl	12,5	11,7	11,9	11,9	11,6	12,7	12,4	12,7	11,5
* Im 1. Lebensjahr Gestorbene	Anzahl	9	9	9	9	4	12	13	12	7
* je 1 000 Lebendgeborene	Anzahl	11,0	10,4	10,8	11,1	5,2	14,4	15,1	15,1	8,6
* Überschuß der Geborenen bzw. Gestorbenen (-)	Anzahl	- 269	- 224	- 222	- 253	- 325	- 210	- 249	- 308	- 248
* je 1 000 Einwohner und 1 Jahr	Anzahl	- 3,1	- 2,6	- 2,5	- 2,9	- 3,6	- 2,4	- 2,8	- 3,6	- 2,8
Wanderungen										
über die Landesgrenze										
* Zugezogene	Anzahl	1 541	1 433	1 650	1 316	1 628	1 614	1 512	1 171	...
Ausländer	Anzahl	394	401	575	453	405	622	600	446	...
Erwerbspersonen	Anzahl	674	551	486	413	658	552	381	316	...
* Fortgezogene	Anzahl	1 667	1 372	1 813	1 270	1 146	1 660	1 814	1 272	...
Ausländer	Anzahl	468	402	499	382	336	420	402	365	...
Erwerbspersonen	Anzahl	739	495	634	462	443	670	733	498	...
* Wanderungssaldo	Anzahl	- 126	+ 61	- 163	+ 46	+ 482	- 46	- 302	- 101	...
Ausländer	Anzahl	- 74	- 1	+ 76	+ 71	+ 69	+ 202	+ 198	+ 81	...
Erwerbspersonen	Anzahl	- 65	+ 56	- 148	- 49	+ 215	- 118	- 352	- 182	...
* innerhalb des Landes Umgezogene	Anzahl	2 820	2 616	3 197	2 529	2 118	2 787	2 748	2 431	...
Arbeitsmarkt										
* Arbeitslose	Anzahl	47 673	51 435	52 156	51 951	53 301	51 408	50 704	51 748	53 722
* Männer	Anzahl	28 492	31 379	31 357	31 555	32 931	30 339	29 948	31 007	32 981
Arbeitslosenquote	%	11,8	12,7	12,9	12,8	13,2	12,9	12,7	12,9	13,4
Kurzarbeiter	Anzahl	29 618	11 489	4 982	6 688	9 712	2 176	4 903	6 354	6 491
Männer	Anzahl	28 007	10 730	4 608	5 814	8 139	1 888	3 888	5 251	5 365
Offene Stellen	Anzahl	943	1 044	961	875	826	1 886	1 626	1 466	1 566
Landwirtschaft										
Viehbestand <sup>1)</sup>										
* Rindvieh (einschl. Kälber)	1 000	71,6	71,3	-	-	71,3	-	-	-	72,7
Milchkühe	1 000	25,4	24,5	-	-	24,5	-	-	-	23,5
Schweine	1 000	44,2	44,0	-	-	44,0	-	-	-	46,7
Schlachtungen										
* Rinder	Anzahl	2 364	2 486	3 187	3 068	2 706	2 573	3 255	3 152	2 794
* Kälber	Anzahl	58	48	53	69	61	30	31	61	50
* Schweine	Anzahl	7 803	7 295	7 964	7 275	7 668	7 196	6 501	7 103	7 771
Schlachtmengen										
	t	1 300	1 342	1 672	1 596	1 406	1 364	1 521	1 601	1 510
* Rinder	t	687	750	1 029	983	784	780	979	1 012	856
* Kälber	t	5	4	6	7	7	3	4	6	5
* Schweine	t	608	588	637	606	615	581	538	583	649
Milch										
* Milcherzeugung	1 000 t	9,9	9,3	8,6	8,1	8,4	9,4	9,3	8,7	8,8
* an Molkereien u. Händler geliefert	%	89,5	89,2	85,7	86,2	87,2	85,2	86,5	85,7	90,3
* Milchleistung je Kuh und Tag	kg	12,4	12,0	11,0	10,7	10,7	12,8	12,3	11,8	11,6

1) In den Monaten mit „-“ findet keine Zählung der betreffenden Viehart statt.

# ZAHLENSPIEGEL für das SAARLAND

Berichtsmerkmal	Einheit	1983	1984				1985			
		Monatsdurchschnitt	Oktober	November	Dezember	September	Oktober	November	Dezember	
Produzierendes Gewerbe										
Bergbau u. Verarbeitendes Gewerbe <sup>1)</sup>										
Betriebe	Anzahl	587	580	581	579	578	585	585	585	585
* Beschäftigte	1 000	143	140	140	141	139	142	141	141	139
* Arbeiter <sup>2)</sup>	1 000	112	109	110	110	109	111	111	110	109
* Geleistete Arbeiterstunden	1 000	14 797	14 809	16 697	15 357	12 772	15 300	16 679	14 998	12 740
* Löhne und Gehälter	Mill. DM	443	459	511	531	534	456	541	586	515
* Löhne	Mill. DM	309	320	381	363	364	322	407	399	363
* Gehälter	Mill. DM	134	139	130	168	170	134	134	187	152
* Kohleverbrauch	1 000 t SKE <sup>3)</sup>	427	438	485	454	354	352	.	.	455
* Gasverbrauch <sup>4)</sup>	Mill. cbm.	68	70	75	74	68	72	.	.	78
* Heizölverbrauch	1 000 t	16	15	12	14	15	6	.	.	11
* leichtes Heizöl	1 000 t	5	4	.	.	.	.	.	.	.
* schweres Heizöl	1 000 t	11	11	.	.	.	.	.	.	.
* Stromverbrauch	Mill. kWh	363	392	438	409	363	400	435	422	380
* Stromerzeugung	Mill. kWh	547	530	597	539	371	385	502	590	537
* Umsatz aus eigener Erzeugung	Mill. DM	1 790	1 940	2 338	2 146	1 785	2 194	2 484	2 115	1 925
* Auslandsumsatz	Mill. DM	622	684	858	735	607	769	843	707	641
* Auftragseingang insgesamt <sup>5)</sup>	1980 = 100	101,6	114,8	129,6	115,0	121,2	121,5	129,7	106,4	121,3
aus dem Ausland	1980 = 100	104,6	119,4	140,0	115,2	131,7	124,2	124,4	94,6	134,4
Index der Nettoproduktion <sup>6)</sup> im Bergbau u. Verarbeitenden Gewerbe										
Bergbau	1980 = 100	97,9	101,1	118,2	101,4	82,3	99,7	110,8	99,1	93,5
* Grundstoff- und Produktionsgütergewerbe	1980 = 100	86,6	97,3	112,6	104,0	81,5	110,8	119,4	100,6	79,8
Herstellung und Verarbeitung von Steinen und Erden	1980 = 100	94,3	85,0	101,4	81,8	54,8	103,0	109,9	69,8	57,9
Eisenschaffende Industrie	1980 = 100	81,8	102,4	116,6	111,8	89,2	120,5	125,1	109,6	85,5
* Investitionsgüter produzierendes Gewerbe	1980 = 100	100,0	104,8	129,6	118,7	97,5	118,6	134,7	113,6	110,0
Fahrzeugbau	1980 = 100	133,2	143,6	180,3	159,3	121,4	157,8	186,8	156,9	131,0
Maschinenbau	1980 = 100	82,8	83,5	107,7	100,9	84,2	92,9	106,6	85,2	111,0
Stahlbau	1980 = 100	72,8	68,9	69,7	87,5	94,5	81,1	81,3	77,6	86,2
* Verbrauchsgüter produzierendes Gewerbe	1980 = 100	93,0	92,3	107,0	91,6	73,8	97,6	104,3	85,1	71,5
* Nahrungs- und Genussmittelgewerbe	1980 = 100	103,4	102,3	111,4	103,3	92,1	101,6	112,5	95,2	90,7
Produktion ausgewählter Erzeugnisse										
Steinkohleförderung	1 000 t	833,2	854,0	1 015,1	859,4	699,7	843,4	951,4	850,6	796,7
Roh Eisen	1 000 t	286,1	330,8	369,5	344,0	307,4	376,0	368,1	371,8	296,6
Rohstahl	1 000 t	315,2	365,2	404,4	385,1	319,0	425,4	415,8	406,4	302,9
Walzstahlfertigerzeugnisse	1 000 t	223,8	267,2	307,8	285,7	229,8	314,6	326,6	282,3	220,0
Handwerk <sup>7)</sup>										
* Beschäftigte (Ende des Vj.)	1976 = 100	103,6	104,5	103,5	105,8	104,8	100,7	101,3	103,4	99,1
* Umsatz (ohne Umsatzsteuer)	VjD/1976=100	137,4	140,0	136,1	141,1	160,8	113,7	135,5	140,6	153,2
Öffentliche Energieversorgung										
* Stromerzeugung (brutto)	Mill. kWh	896	1 069	1 208	1 144	909	643	1 160	1 282	1 149
* Stromverbrauch	Mill. kWh	676	746	1 000	767	743	657	784	813	766
* Gaserzeugung	Mill. cbm	60	66	74	72	76	75	77	76	78
Bauwirtschaft u. Wohnungswesen										
Bauhauptgewerbe										
* Beschäftigte	Anzahl	18 995	18 580	18 796	18 296	17 952	17 219	17 004	16 648	16 102
dar.: Facharbeiter	Anzahl	9 945	9 727	9 746	9 447	9 301	8 988	8 865	8 688	8 433
* Geleistete Arbeitsstunden	1 000	2 082	1 978	2 543	2 055	1 482	2 127	2 324	1 475	1 326
* Wohnungsbau	1 000	734	709	860	712	522	649	667	452	381
* Gewerblicher u. industrieller Bau <sup>8)</sup>	1 000	536	504	630	523	363	549	563	393	345
* Öffentlicher und Verkehrsbau	1 000	812	765	1 053	820	597	929	1 094	630	600
Hochbau	1 000	146	156	222	172	133	189	253	153	156
Tiefbau	1 000	666	609	831	648	464	740	841	477	444
Löhne und Gehälter	Mill. DM	53,1	52,6	60,7	75,7	45,3	51,4	56,0	57,9	43,3
* Löhne	Mill. DM	43,2	42,7	50,9	61,5	34,5	42,2	47,1	45,6	32,4
* Gehälter	Mill. DM	9,9	9,9	9,8	14,2	10,8	9,2	8,9	12,3	10,9
* Umsatz (ohne Umsatzsteuer)	Mill. DM	159,0	149,2	180,3	171,0	195,1	148,7	165,1	138,5	164,3
Auftragseingang <sup>1)</sup>	Mill. DM	102,0	104,2	96,2	97,2	75,2	104,7	92,4	82,7	74,2
Wohnungsbau	Mill. DM	29,1	30,2	30,5	25,6	25,8	29,8	18,2	12,3	12,2
Gewerblicher u. industrieller Bau <sup>8)</sup>	Mill. DM	30,6	28,5	22,5	37,7	20,6	28,6	30,4	14,7	25,5
Öffentlicher u. Verkehrsbau	Mill. DM	42,3	45,5	43,2	33,9	28,8	46,3	43,8	55,7	36,5

1) Betriebe von Unternehmen mit im allgemeinen 20 und mehr Beschäftigten. 2) Einschl. gewerblich Auszubildender. 3) Eine Tonne Steinkohleneinheit (t SKE) = 1 t Steinkohle oder — briketts = 1,3 t Steinkohlenkoks = 1,46 t Braunkohlenbriketts = 3,85 t Rohbraunkohle. 4) Umgerechnet auf einen Heizwert von 8 400 kcal/Nm<sup>3</sup>. 5) Verarbeitendes Gewerbe ohne Nahrungs- und Genußmittelgewerbe. 6) Kalendermonatlich. 7) Ohne handwerkliche Nebenbetriebe. 8) Einschl. landwirtschaftlicher Bau. p) Vorläufige Ergebnisse.

# ZAHLENSPIEGEL für das SAARLAND

Berichtsmerkmal	Einheit	1983	1984				1985			
		Monatsdurchschnitt	Oktober	November	Dezember	September	Oktober	November	Dezember	
Baugenehmigungen										
* Wohngebäude (Errichtung neuer Gebäude)	Anzahl	204	161	118	98	90	121	106	93	66
* mit 1 Wohnung	Anzahl	126	100	71	62	55	75	76	64	40
* mit 2 Wohnungen	Anzahl	60	48	40	29	30	44	28	22	22
* mit 3 und mehr Wohnungen <sup>1)</sup>	Anzahl	19	12	7	7	5	2	2	7	4
* Umbauter Raum	1 000 cbm	264	191	130	123	95	123	106	123	71
* Wohnfläche	1 000 qm	40,2	29,0	19,5	17,9	14,1	18,4	15,5	18,8	10,5
* Wohnräume	Anzahl	1 896	1 381	923	844	655	884	708	835	484
Veranschlagte Kosten der Bauwerke	Mill. DM	82,3	58,3	38,8	37,7	28,5	38,1	32,2	40,1	20,6
* Nichtwohngebäude (Errichtung neuer Gebäude)	Anzahl	34	24	27	24	19	28	16	32	10
* Umbauter Raum	1 000 cbm	190	115	185	137	106	87	67	156	93
* Nutzfläche	1 000 qm	30,7	19,5	34,8	23,1	20,1	12,5	11,9	24,0	14,7
Veranschlagte Kosten der Bauwerke	Mill. DM	39,5	26,4	87,1	26,6	43,6	18,8	12,6	25,7	11,8
* Wohnungen insgesamt (alle Baumaßnahmen)	Anzahl	513	355	230	258	162	232	160	163	116
Handel und Gastgewerbe										
Ausfuhr (Spezialhandel)										
* Ausfuhr insgesamt	Mill. DM	668,8	753,6	872,1	775,2	741,4	837,0	844,6	807,1	660,1
Nach Warengruppen										
* Ernährungswirtschaft	Mill. DM	13,0	15,3	21,5	16,6	13,7	20,3	23,9	19,6	13,2
* Gewerbliche Wirtschaft	Mill. DM	655,8	738,3	850,6	758,6	727,7	816,6	820,7	787,5	646,9
* Rohstoffe	Mill. DM	22,5	23,6	41,3	8,8	8,8	18,3	17,5	22,8	7,9
* Halbwaren	Mill. DM	69,0	72,9	79,7	67,1	81,8	65,0	54,0	55,5	45,1
* Fertigwaren	Mill. DM	564,2	641,9	729,6	682,6	637,1	733,3	749,2	709,3	594,0
Nach ausgewählten Verbrauchsländern										
* EG - Länder	Mill. DM	488,1	525,8	636,3	549,2	489,5	592,6	601,4	581,9	438,6
darunter:										
• Frankreich	Mill. DM	244,4	242,7	287,2	223,8	236,9	298,8	279,4	257,4	174,0
• EFTA - Länder	Mill. DM	78,3	82,2	99,5	84,1	77,3	96,6	100,0	102,2	85,2
• USA und Kanada	Mill. DM	16,5	26,7	33,1	30,9	24,1	40,1	37,0	25,5	30,6
• Entwicklungsländer mit OPEC-L.	Mill. DM	45,5	51,6	41,3	62,1	54,4	40,9	46,9	37,4	45,2
• Staatshandelsländer	Mill. DM	18,4	43,6	35,2	27,5	71,2	48,9	38,8	34,8	41,9
Einfuhr (Spezialhandel)										
* Einfuhr insgesamt	Mill. DM	428,5	471,5	536,7	450,2	478,8	432,1	497,1	436,0	500,6
Nach Warengruppen										
* Ernährungswirtschaft	Mill. DM	74,2	78,2	83,4	80,8	83,6	75,3	84,2	89,4	90,4
* Gewerbliche Wirtschaft	Mill. DM	354,3	393,3	453,3	369,4	395,2	356,9	412,8	346,6	410,3
Aus ausgewählten Ländern										
* EG - Länder	Mill. DM	278,7	313,4	328,7	290,8	311,9	336,2	385,1	346,3	344,8
darunter:										
• Frankreich	Mill. DM	208,1	235,4	248,8	223,8	240,0	240,8	280,0	245,6	263,6
• EFTA - Länder	Mill. DM	12,2	11,5	15,2	12,4	12,4	15,1	18,1	18,5	11,2
• USA und Kanada	Mill. DM	9,6	17,5	27,0	24,0	19,7	20,6	19,2	13,1	15,3
• Entwicklungsländer mit OPEC-L.	Mill. DM	98,6	83,2	99,7	66,8	44,6	26,1	46,9	40,5	106,2
• Staatshandelsländer	Mill. DM	14,8	30,9	47,1	44,0	76,8	13,1	8,6	2,7	3,1
Einzelhandel										
Nominale Umsatzentwicklung insgesamt	1980 = 100	109,8	112,9	121,4	118,9	142,6	105,9	124,2	124,5	144,5
Nahrungsm.,Getränke, Tabakwaren	1980 = 100	109,8	111,2	113,3	110,9	125,3	99,6	112,5	112,0	124,1
Textilien,Bekleidung,Schuhen, Lederwaren	1980 = 100	100,8	100,6	125,4	118,9	154,3	90,8	128,0	129,4	150,5
Einrichtungsgegenstände (oh. Elektrotechn. usw.)	1980 = 100	98,0	100,3	113,6	116,2	151,3	93,8	112,7	117,1	144,7
Elektrotechn. Erzeugn.,Musikinstrumente usw.	1980 = 100	116,6	119,4	130,8	130,8	213,0	104,6	122,1	150,2	220,1
Papierwaren, Druckerzeugn., Büromaschinen	1980 = 100	102,0	102,5	109,9	108,5	151,1	113,1	113,1	121,3	168,6
Pharmazeut., kosmet. und medizin. Erzeugnisse usw.	1980 = 100	112,2	117,1	120,4	122,5	134,5	111,7	126,4	120,9	138,5
Kraft- u. Schmierstoffe (Tankst.)	1980 = 100	124,1	132,9	147,8	136,5	111,6	119,6	153,7	130,2	115,6
Fahrzeuge, Fahrzeugteile u.-reifen	1980 = 100	107,6	110,5	116,8	102,4	89,6	106,8	124,4	114,3	101,1
Sonstige Waren	1980 = 100	114,4	119,5	127,3	127,3	158,2	115,8	132,7	133,5	161,5
Reale Umsatzentwicklung insgesamt	1980 = 100	97,0	97,4	104,5	102,3	122,9	95,2	105,9	106,0	124,0
Entwicklung der Beschäftigtenzahl	1980 = 100	95,0	94,2	94,9	94,9	94,5	92,1	92,8	92,5	93,1

1) Einschließlich Wohnleime 2) Einschließlich Mehrwertsteuer

# ZAHLENSPIEGEL für das SAARLAND

Berichtsmerkmal	Einheit	1983	1984				1985			
		Monatsdurchschnitt	Oktober	Novemb.	Dez.	Sept.	Oktober	Novemb.	Dez.	
Gastgewerbe										
* Umsatz	1980= 100	107,3	103,9	113,5	107,2	105,4	104,3	109,7	103,7	107,0
Beherbergungsgewerbe	1980= 100	100,2	100,3	119,5	108,0	98,2	125,3	127,6	109,1	107,8
Gaststättengewerbe	1980= 100	108,8	105,2	112,7	107,4	107,0	100,1	106,4	102,7	107,2
Beschäftigte	1980= 100	99,0	97,9	100,0	101,4	97,2	95,6	98,5	98,0	96,9
Fremdenverkehr <sup>1)</sup>										
* Fremdenmeldungen	Anzahl	31 100	32 709	40 605	32 395	22 585	41 598	42 765	32 780	23 280
* Ausländer	Anzahl	4 315	5 037	4 845	3 570	2 729	6 779	5 741	3 951	2 854
* Fremdenübernachtungen	Anzahl	90 647	95 382	111 331	89 354	70 877	115 493	117 642	93 552	78 062
* Ausländer	Anzahl	7 886	9 331	9 129	7 047	5 526	11 665	11 469	7 364	6 127
Verkehr										
Binnenschifffahrt										
* Bergverkehr Mosel*)	1 000 t	289	321	284	304	327	318	141	213	271
* Talverkehr Mosel*)	1 000 t	248	271	289	243	297	316	221	237	270
Straßenverkehr										
* Zulassungen fabrikneuer Kraftfahrz.	Anzahl	4 233	4 061	4 204	3 257	2 677	3 473	4 254	3 109	2 716
* Personen- und Kombinationskraftwagen	Anzahl	3 702	3 645	3 907	3 043	2 511	3 244	4 020	2 918	2 565
Bestand an Kraftfahrzeugen <sup>2)</sup>	Anzahl	496 831	509 912	—	—	512 837	—	—	—	522 213
Personen- und Kombinationskraftwagen	Anzahl	437 285	448 094	—	—	450 697	—	—	—	459 717
Straßenverkehrsunfälle										
* Unfälle mit Personenschaden	Anzahl	548	524	541	473	496	533	548	482	417
Unfälle mit nur Sachschaden	Anzahl	2 085	2 235	2 621	2 523	2 536	2 130	2 454	3 109	2 640
Verunglückte Personen	Anzahl	745	688	706	595	660	697	687	631	554
darunter:										
* Getötete	Anzahl	16	14	6	18	17	11	10	9	8
Straßenverkehrsunternehmen										
Wagenkilometer insgesamt	1 000	2 901	5 207	—	—	13 734 <sup>3)</sup>	15 372	—	—	13 787
Beförderte Personen insgesamt	1 000	6 572	6 662	—	—	21 069 <sup>3)</sup>	17 237	—	—	22 620
Erlöse aus Beförderungen insgesamt	1 000 DM	7 436	10 551	—	—	30 729 <sup>3)</sup>	31 387	—	—	31 019
Geld und Kredit										
Kredite und Einlagen <sup>4)</sup> (Stand am Jahres- bzw. Monatsende)										
* Kredite an Nichtbanken insgesamt <sup>5)</sup>	Mill. DM	20 577,5	21 617,6	21 920,2	21 862,8	22 252,4	22 393,7	22 482,2	22 560,5	22 506,0
* darunter: Kredite an inländische Nichtbanken	Mill. DM	20 151,8	21 209,1	21 498,0	21 449,6	21 820,0	21 957,7	22 012,3	22 090,3	22 031,4
an Unternehmen und Privatpersonen	Mill. DM	16 372,3	17 264,5	17 572,2	17 551,0	17 861,4	18 041,4	18 093,0	18 134,6	18 077,3
an öffentliche Haushalte	Mill. DM	3 779,6	3 944,6	3 925,8	3 898,6	3 958,6	3 916,3	3 919,3	3 955,7	3 954,1
* Kurzfristige Kredite (bis zu 1 Jahr)	Mill. DM	4 458,1	4 669,6	4 719,2	4 612,4	4 852,4	4 651,4	4 622,1	4 659,8	4 658,0
* an Unternehmen u. Privatpers.	Mill. DM	4 230,9	4 439,2	4 496,9	4 473,6	4 647,3	4 401,9	4 368,1	4 350,5	4 315,0
* an öffentliche Haushalte	Mill. DM	227,2	230,4	222,3	138,8	205,1	249,5	254,0	309,3	343,0
* Mittelfristige Kredite (1 bis 4 Jahre)	Mill. DM	2 218,3	2 132,8	2 122,5	2 098,8	2 151,9	2 099,5	2 108,7	2 107,1	2 055,6
* an Unternehmen u. Privatpers.	Mill. DM	1 945,7	1 865,0	1 854,4	1 831,0	1 878,0	1 822,9	1 823,0	1 823,5	1 777,8
* an öffentliche Haushalte	Mill. DM	272,6	267,8	268,1	267,8	273,9	276,6	285,7	283,6	277,8
* Langfristige Kredite (mehr als 4 J.) <sup>6)</sup>	Mill. DM	13 475,4	14 406,8	14 656,3	14 738,4	14 815,7	15 206,8	15 281,5	15 323,4	15 317,8
* an Unternehmen u. Privatpers.	Mill. DM	10 195,7	10 960,3	11 220,9	11 246,4	11 336,1	11 816,6	11 901,9	11 960,6	11 984,5
* an öffentliche Haushalte	Mill. DM	3 279,7	3 446,5	3 435,4	3 492,0	3 479,6	3 390,2	3 379,6	3 362,8	3 333,3

1) Ab Januar 1981 neuer Berichtskreis. — 2) Jahresende bzw. 30. Juni. — 3) Ab Oktober 1984 vierteljährliche Erhebung bei allen Unternehmen mit 6 und mehr Bussen. — 4) Ohne Kredite von —/ und Einlagen bei der Landeszentralbank im Saarland. — 5) Ohne Schatzwechsel, Unverzinstliche Schulanzweisungen und Bestände an Wertpapieren. — 6) Durchlaufende Kredite ab Dezember 1980 nur noch in langfristigen Krediten enthalten.

# ZAHLENSPIEGEL für das SAARLAND

Berichtsmerkmal	Einheit	1983	1984				1985			
		Monatsdurchschnitt		Oktober	November	Dezember	September	Oktober	November	Dezember
* Einlagen von Nichtbanken	Mill. DM	16 520,4	17 336,7	17 473,0	17 832,6	18 426,5	18 267,5	18 255,3	18 708,4	19 500,2
* Sichteinlagen <sup>1)</sup>	Mill. DM	2 716,2	2 730,7	2 750,7	3 001,0	3 050,1	2 687,4	2 697,3	3 091,0	3 041,1
* von Unternehmen u. Privatpers.	Mill. DM	2 499,0	2 528,4	2 522,1	2 800,5	2 803,9	2 535,6	2 526,2	2 877,5	2 800,5
* von öffentlichen Haushalten	Mill. DM	176,4	161,4	188,2	162,7	198,3	111,6	132,2	169,1	195,6
Termingelder <sup>1)</sup>	Mill. DM	5 654,8	6 234,1	6 410,8	6 477,0	6 640,6	6 786,4	6 768,4	6 788,0	7 218,3
von Unternehmen u. Privatpers.	Mill. DM	4 622,2	5 201,6	5 405,8	5 482,2	5 547,2	5 567,1	5 602,3	5 574,8	5 806,1
von öffentlichen Haushalten	Mill. DM	913,6	864,1	829,3	779,5	838,7	1 034,0	988,3	950,1	1 082,5
* Spareinlagen	Mill. DM	8 149,4	8 371,9	8 311,5	8 354,6	8 735,8	8 793,7	8 789,6	8 829,4	9 240,8
* bei Sparkassen	Mill. DM	5 065,6	5 234,9	5 200,5	5 225,5	5 466,4	5 532,0	5 521,7	5 542,2	5 803,6
* Gutschriften auf Sparkonten	Mill. DM	422,4	380,1	418,7	343,6	383,5	328,0	411,8	338,2	453,1
* Lastschriften auf Sparkonten	Mill. DM	416,6	386,4	384,4	302,4	313,7	301,9	421,3	300,9	351,2
Zahlungsschwierigkeiten										
Konkurse insgesamt <sup>2) 3)</sup>	Anzahl	285	265	25	14	32	28	38	25	36
eröffnete Konkurse	Anzahl	50	39	2	4	2	7	2	2	7
Angemeldete Forderungen insgesamt <sup>2)</sup>	1 000 DM	104 362	143 374	9 430	14 443	6 853	13 226	3 667	18 959	11 222
bei eröffneten Konkursen	1 000 DM	56 151	73 992	4 718	12 382	18	5 679	328	6 700	4 900
Vergleichsverfahren <sup>2)</sup>	Anzahl	1	—	—	—	—	—	—	—	—
Wechselproteste <sup>4)</sup>	Anzahl	487	418	376	362	372	314	376	308	333
Wechselsumme	1 000 DM	2 999	2 902	3 353	1 945	3 197	1 723	2 045	1 793	1 738
Unbezahlt gebliebene Schecks	Anzahl	1 831	1 337	1 315	1 355	1 179	1 326	1 542	1 314	1 193
Schecksumme	1 000 DM	3 298	2 939	3 146	4 771	3 944	5 775	3 486	2 885	3 491
Steuern										
Steueraufkommen nach Steuerarten im Saarland										
* Gemeinschaftssteuern	1 000 DM	319 048	350 552	274 087	319 815	539 629	415 597	293 830	361 236	478 052
* Steuern vom Einkommen	1 000 DM	194 672	199 250	141 277	163 808	390 496	271 341	152 234	176 945	322 839
* Lohnsteuer	1 000 DM	159 043	168 622	158 075	163 465	267 240	170 865	170 257	178 597	287 403
* Veranlagte Einkommensteuer	1 000 DM	11 356	7 833	—19 408	—9 599	62 186	62 283	—10 638	—15 774	66 106
* Körperschaftsteuer	1 000 DM	20 948	18 987	—8 232	6 525	60 477	38 212	—8 432	14 113	—30 675
* Steuern vom Umsatz	1 000 DM	124 381	151 302	132 810	156 007	149 133	144 247	141 547	180 287	155 569
* Umsatzsteuer	1 000 DM	57 692	67 107	49 290	63 816	64 755	73 794	62 062	79 635	70 992
* Einfuhrumsatzsteuer	1 000 DM	66 690	84 194	83 520	92 190	84 377	70 453	79 485	100 652	84 578
* Bundessteuern	1 000 DM	13 666	12 426	13 352	13 697	18 188	10 993	9 422	10 702	16 334
* Landessteuern <sup>5)</sup>	1 000 DM	23 625	23 510	21 578	36 163	26 076	20 007	24 227	38 342	21 903
* Gemeindesteuern	1 000 DM	37 382	38 018	—	111 725	—	—	—	108 409	—
Steuerverteilung auf die Gebietskörperschaften										
* Steuereinnahmen des Bundes	1 000 DM	165 653	178 539	154 033	173 312	245 263	185 030	161 041	186 311	194 381
* Anteil an den Steuern v. Einkommen	1 000 DM	84 556	86 391	60 239	70 365	170 540	118 189	72 601	78 263	134 728
* Anteil an den Steuern v. Umsatz	1 000 DM	65 753	78 085	80 349	84 484	51 088	55 841	78 756	92 751	38 061
* Anteil an der Gewerbesteuerumlage	1 000 DM	2 031	1 637	93	4 766	5 447	7	262	4 595	5 258
* Steuereinnahmen des Landes	1 000 DM	169 471	184 755	134 371	182 817	300 108	226 609	159 881	208 736	279 397
* Anteil an den Steuern v. Einkommen	1 000 DM	84 556	86 391	60 239	70 365	170 540	118 189	72 601	78 263	134 728
* Anteil an den Steuern v. Umsatz	1 000 DM	58 562	73 217	52 461	71 523	98 045	88 406	62 791	87 536	117 508
* Anteil an der Gewerbesteuerumlage	1 000 DM	2 031	1 637	93	4 766	5 447	7	262	4 595	5 258
* Steuereinnahmen der Gemeinden und Gemeindeverbände	1 000 DM	59 326	60 613	—	244 859	—	—	—	257 871	—
* Gewerbesteuer nach Ertrag und Kapital (netto)	1 000 DM	22 024	22 526	—	58 797	—	—	—	54 599	—
* Anteil an der Lohn- und veranlagten Einkommensteuer	1 000 DM	25 950	25 993	—	154 684	—	—	—	170 070	—
Preise										
Preisindex für die Lebenshaltung <sup>6)</sup>										
Lebenshaltung insgesamt	1980=100	115,4	118,4	119,0	119,1	119,2	121,1	121,1	121,3	121,4
Nahrungsmittel, Getränke, Tabakwaren	1980=100	113,4	114,9	113,8	113,8	113,7	114,3	113,8	114,2	114,6
Bekleidung, Schuhe	1980=100	116,8	121,6	123,7	124,1	124,1	127,7	128,1	128,4	128,5
Wohnungsmieten, Energie (ohne Kraftstoffe)	1980=100	118,2	123,5	125,0	125,1	125,5	128,9	128,7	129,1	128,4
Wohnungsmieten	1980=100	115,7	121,1	121,6	121,6	122,3	125,1	125,2	125,3	125,3
Energie (ohne Kraftstoffe)	1980=100	124,6	129,6	133,6	133,9	133,6	138,5	137,6	138,7	136,0
Möbel, Haushaltsgeräte u. a. Güter für die Haushaltsführung	1980=100	111,9	114,2	114,7	115,2	115,2	116,7	116,8	117,0	117,1
Güter für die Gesundheits- und Körperpflege	1980=100	115,5	118,3	118,6	118,8	118,8	121,1	121,2	121,2	121,3
Güter für Verkehr und Nachrichtenübermittlung	1980=100	116,2	118,7	120,7	120,2	120,0	120,6	121,0	120,9	120,6
Güter für Bildung, Unterhaltung, Freizeit (ohne Dienstleistungen des Gastgewerbes)	1980=100	114,4	116,5	116,4	117,2	117,3	118,0	118,0	118,3	118,8
Güter für die persönliche Ausstattung, Dienstleistungen des Beherbergungsgewerbes sowie Güter sonstiger Art)	1980=100	117,0	119,6	120,3	120,3	120,9	125,8	125,8	125,8	126,7

1) Einschließlich Sparbriefe, Namenssparschuldverschreibungen und Namensschuldverschreibungen. 2) Jahresergebnis statt MD. 3) Eröffnung und mangels Masse abgelehnte Konkursverfahren.

4) Ohne Proteste von Privaten durch Gerichtsvollzieher, Notare und Postanstalten. 5) Einschließlich der steuerähnlichen Abgaben. 6) 4-Personen-Arbeitnehmer-Haushalte mit mittlerem Einkommen.



# ZAHLENSPIEGEL für das SAARLAND

Berichtsmerkmal	Einheit	1983	1984		1985			
		Monatsdurchschnitt		Oktober	Januar	April	Juli	Oktober
Löhne und Gehälter								
Arbeiter in Industrie und Hoch- und Tiefbau								
Bruttowochenverdienste								
* männliche Arbeiter	DM	654	681	688	683	710	714	717
* darunter Facharbeiter	DM	689	718	723	720	750	756	759
* weibliche Arbeiter	DM	444	465	470	471	486	486	483
* darunter Hilfsarbeiter	DM	432	452	458	456	473	473	463
Bruttostundenverdienste								
* männliche Arbeiter	DM	16,30	16,65	16,70	16,82	17,55	17,52	17,58
* darunter Facharbeiter	DM	17,10	17,46	17,52	17,67	18,41	18,42	18,42
* weibliche Arbeiter	DM	11,40	11,76	11,85	11,91	12,40	12,41	12,37
* darunter Hilfsarbeiter	DM	11,13	11,48	11,55	11,59	12,11	12,14	12,03
Angestellte, Bruttomonatsverdienst								
in Industrie u. Hoch- u. Tiefbau								
* kaufmännische Angestellte,								
* männlich	DM	3 758	3 955	4 017	4 028	4 100	4 116	4 127
* weiblich	DM	2 536	2 658	2 705	2 712	2 763	2 750	2 770
technische Angestellte,								
* männlich	DM	4 201	4 431	4 515	4 538	4 627	4 702	4 677
* weiblich	DM	2 664	2 726	2 752	2 809	2 866	2 838	2 850
* in Handel, Kredit u. Versicherungen								
* kaufmännische Angestellte								
* männlich	DM	3 181	3 299	3 344	3 390	3 444	3 442	3 432
* weiblich	DM	2 105	2 192	2 217	2 255	2 287	2 314	2 340

# BUNDESZAHLEN

Berichtsmerkmal	Einheit	1983	1984				1985			
		Monatsdurchschnitt	Oktober	November	Dezember	September	Oktober	November	Dezember	
Bevölkerung und Erwerbstätigkeit										
Bevölkerung	1 000	61 423	61 175	61 076	61 063	61 049	61 035	61 022	61 011	60 998
Arbeitslose	1 000	2 258	2 266	2 145	2 189	2 325	2 152	2 149	2 211	2 347
Männer	1 000	1 273	1 277	1 155	1 196	1 319	1 133	1 126	1 180	1 297
Bergbau und Verarbeitendes Gewerbe <sup>1)</sup>										
Beschäftigte	1 000	6 927	6 854	6 908	6 904	6 863	7 035	7 029	7 028	6 984
Geleistete Arbeiterstunden	Mill. Std	660	653	737	693	584	675	740	681	590
Gesamumsatz	Mill. DM	109 392	116 542	131 900	126 282	119 172	130 668	138 092	128 964	126 836
Index der Nettoproduktion <sup>10)</sup>										
im Bergbau u. Verarbeitenden Gewerbe	1980 = 100	96,1	99,2	110,1	110,9	100,9	109,9	115,6	115,9	102,7
Bergbau	1980 = 100	90,6	90,1	91,6	100,5	96,6	86,0	93,3	99,8	88,4
Grundstoffe u. Produktionsgüter	1980 = 100	94,0	97,8	102,6	102,5	88,0	102,5	105,0	102,0	86,4
Investitionsgüter	1980 = 100	98,7	102,2	116,8	118,4	114,9	120,3	126,3	129,7	120,2
Verbrauchsgüter	1980 = 100	91,5	94,0	103,8	101,4	86,9	102,8	105,6	102,2	87,7
Nahrungs- und Genußmittel	1980 = 100	99,3	101,1	117,2	118,6	97,4	104,2	120,9	119,6	98,4
Steinkohlenförderung	1 000 t	6 850	6 619	7 153	6 858	5 764	6 911	7 618	6 627	6 106
Rohbraunkohlenförderung	1 000 t	10 357	10 562	11 071	10 450	10 626	9 745	10 670	10 841	10 462
Produktion von Rohstahl	1 000 t	2 977	3 282	3 511	3 394	2 832	3 500	3 610	3 516	2 645
Rohisen	1 000 t	2 217	2 517	2 698	2 579	2 258	2 702	2 757	2 720	2 132
Walzstahl	1 000 t	2 172	2 330	2 553	2 464	2 116	2 575	2 575	2 393	1 957
Bauhauptgewerbe										
Beschäftigte	1 000	1 122	1 106	1 125	1 107	1 078	1 070	1 058	1 042	1 013
Löhne und Gehälter	Mill. DM	3 130,4	3 184,4	3 578,8	4 443,7	2 875,8	3 182,1	3 432,1	3 885,7	2 760,3
Geleistete Arbeitsstunden insgesamt	1 000 Std.	123 358	121 729	151 301	129 606	91 528	132 385	143 803	104 634	84 879
für Wohnungsbau	1 000 Std.	52 641	51 742	61 521	51 732	36 393	50 100	53 016	37 843	31 597
gewerblichen u. industriellen Bau	1 000 Std.	30 296	30 001	35 869	31 338	23 546	32 648	36 134	27 883	22 845
Produktionsindex Baugewerbe <sup>2)10)</sup>	1980 = 100	89,0	89,5	113,6	97,5	68,4	99,2	109,4	82,8	65,5
Handel										
Einfuhr	Mill. DM	32 530	36 188	39 042	38 010	36 111	36 470	40 590	37 190	37 075
Ernährungswirtschaft	Mill. DM	4 209	4 551	4 838	4 649	4 623	4 417	4 679	4 618	5 023
Gewerbliche Wirtschaft	Mill. DM	27 826	31 081	33 502	32 726	30 847	31 367	35 190	31 996	31 351
Ausfuhr	Mill. DM	36 028	40 685	47 853	44 988	42 209	43 899	49 256	44 211	45 024
Gewerbliche Wirtschaft	Mill. DM	33 816	39 195	45 071	42 189	39 627	41 283	46 258	41 595	42 292
Fertigwaren	Mill. DM	30 355	34 156	40 674	37 776	35 676	37 328	41 845	37 938	38 899
Einzelhandelsumsätze in jeweiligen Preisen	1980=100	108,3	111,3	117,5	119,7	140,2	106,7	122,7	126,1	141,9
Preise										
Index der Erzeugerpreise landwirtschaftl. Produkte <sup>3)</sup>	1980 = 100	108,2	106,9	106,7	106,0	105,7	102,7	101,6	103,0	103,7 <sup>p)</sup>
Index der Erzeugerpreise industrieller Produkte	1980 = 100	115,8	119,2	120,3	120,3	120,4	122,1	121,9	121,9	121,5
Preisindex für Wohngebäude <sup>5)</sup>	1980 = 100	111,2	114,0	—	114,2	—	—	—	114,9	—
Preisindex für die Lebenshaltung <sup>6)</sup>										
Lebenshaltung insgesamt	1980 = 100	115,6	118,4	119,0	119,2	119,3	120,9	121,1	121,3	121,4
Nahrungsmittel, Getränke, Tabakwaren	1980 = 100	114,3	116,0	115,0	115,2	115,3	116,2	115,9	116,1	116,4
Bekleidung, Schuhe	1980 = 100	113,0	115,7	116,6	117,0	117,0	118,8	119,1	119,7	119,7
Wohnungsmieten	1980 = 100	115,6	120,0	121,5	121,9	122,1	124,5	124,7	124,8	125,0
Energie (ohne Kraftstoffe)	1980 = 100	124,5	128,8	132,0	130,9	131,1	134,3	133,4	134,5	132,3
Möbel, Haushaltsgeräte und andere Güter für die Haushaltsführung	1980 = 100	113,7	115,9	116,3	116,5	116,5	118,1	118,2	118,5	118,4
Geld und Kredit <sup>7)</sup>										
Bargeldumlauf	Mill. DM	104 692	109 592	105 423	109 444	109 592	109 603	110 092	113 410	114 719
Einlagen inländischer Nichtbanken bei Kreditinstituten	Mill. DM	1 368 074	1 454 556	1 391 531	1 411 498	1 454 556	1 476 201	1 484 107	1 504 913	1 368 074 <sup>p)</sup>
Spareinlagen	Mill. DM	548 430	568 814	540 235	543 041	568 814	572 526	574 379	576 135	601 599 <sup>p)</sup>
Kredite an <sup>8)</sup>										
Unternehmen und Privatpersonen <sup>9)</sup>	Mill. DM	1 380 531	1 468 766	1 439 973	1 446 830	1 468 766	1 512 910	1 520 708	1 530 871	1 548 243 <sup>p)</sup>
Öffentliche Haushalte	Mill. DM	427 941	446 836	436 974	443 184	446 836	456 936	458 313	463 087	465 755 <sup>p)</sup>
Steuern (ab 1970 ohne durchlfd. Posten)										
Kassenmäßige Einnahmen aus Bundes- u. Landessteuern	Mill. DM	30 524	31 824	26 174	27 679	55 672	42 369	27 035	28 278	60 047
Veranlagte Einkommensteuer	Mill. DM	2 356	2 197	—481	—397	8 573	8 299	—368	—452	9 317
Umsatz- und Umsatzausgleichsteuer	Mill. DM	8 822	9 207	8 557	9 952	9 976	8 639	8 629	9 969	10 422
Zölle	Mill. DM	396	445	486	494	468	429	456	448	467
Tabaksteuer	Mill. DM	1 157	1 202	1 269	1 304	2 671	1 193	1 158	1 324	2 709
Branntweinmonopol	Mill. DM	357	353	320	332	736	267	326	293	722

1) Betriebe von Unternehmen mit im allgemeinen 20 und mehr Beschäftigten. 2) Ohne Aushilfskräfte. 3) Ohne Umsatz- (Mehrwert-) steuer und ohne Auswertungsausgleich. 4) Die Durchschnittswerte wurden berechnet durch Wägung der Vierteljahresdurchschnittswerte der einzelnen Waren mit den entsprechenden Vierteljahresumsätzen im Kalenderjahr 1976. 5) Einschließlich Umsatz- (Mehrwert-) steuer. 6) Aller privaten Haushalte. 7) Stand am Monatsende; statt MD Bestand am Jahresende. 8) Kredite aller Kreditinstitute an Nichtbanken. 9) Einschließlich Deutsche Bundesbahn und Deutsche Bundespost. 10) Von Kalenderunregelmäßigkeiten bereinigt, für fachliche Unternehmensteile. p) Vorläufige Zahl

# **ANHANG**

# statistik anno dazumal

## Sterbefälle nach Todesursachen 1935 und 1984

### Sterbefälle 1984 nach Todesursachen, Geschlecht und Altersgruppen

Todesursache	Sterbefälle					
	Anzahl			auf 100 000 der mittleren Bevölkerung		
	insges.	männl.	weibl.	insges.	männl.	weibl.
Infektiöse und parasitäre Krankheiten	94	56	38	8,9	11,2	6,9
Bösartige Neubildungen	2 678	1 416	1 262	254,7	283,7	228,4
Bösartige Neubildungen des lymphatischen und hämatopoetischen Gewebes	171	82	89	16,3	16,4	16,1
Gutartige Neubildungen, Carcinoma in situ, Neubildungen unsicheren Verhaltens und Neubildungen unbekannten Charakters	78	37	41	7,4	7,4	7,4
Endokrinopathien, Ernährungs- und Stoffwechselkrankheiten sowie Störungen im Immunitätssystem	218	65	153	20,7	13,0	27,7
Krankheiten des Blutes und der blutbildenden Organe	17	9	8	1,6	1,8	1,4
Psychiatrische Krankheiten, Krankheiten des Nervensystems und der Sinnesorgane	98	53	45	9,3	10,6	8,1
Krankheiten des Kreislaufsystems	6 593	2 995	3 598	627,0	600,0	651,3
Krankheiten der Atmungsorgane	803	509	294	76,4	102,0	53,2
Krankheiten der Verdauungsorgane	535	280	255	50,9	56,1	46,2
Krankheiten der Harn- und Geschlechtsorgane	163	63	100	15,5	12,6	18,1
Komplikationen der Schwangerschaft, bei Entbindung und im Wochenbett	—	—	—	—	—	—
Krankheiten der Haut, des Unterhautzellgewebes, des Skeletts, der Muskeln und des Bindegewebes	38	6	32	3,6	1,2	5,8
Kongenitale Anomalien	39	14	25	3,7	2,8	4,5
Bestimmte Affektionen, die ihren Ursprung in der Perinatalzeit haben	54	33	21	5,1	6,6	3,8
Symptome und schlecht bezeichnete Affektionen	209	86	123	19,9	17,2	22,3
Verletzungen und Vergiftungen	599	380	219	57,0	76,1	39,6
<b>Sterbefälle insgesamt</b>	<b>12 387</b>	<b>6 084</b>	<b>6 303</b>	<b>1 177,9</b>	<b>1 218,9</b>	<b>1 140,9</b>

QUELLE: Statistischer Bericht A IV 3 — j 1984

# Die Sterbefälle im Jahre 1935 nach Todesursachen

Todesursachen	Gestorbene																							
	überhaupt	und zwar		davon im Alter von .... Jahren																				
				unter 1	1 bis unter 5	5 bis unter 15	15 bis unter 30	30 bis unter 45	45 bis unter 60	60 bis unter 70	70 und mehr	unbe- kannt												
		m.	w.	m.	w.	m.	w.	m.	w.	m.	w.	m.	w.	m.	w.	m.	w.							
I. Infektions- und parasitäre Krankheiten . .	1 108	565	543	38	33	50	41	57	78	103	142	134	105	90	50	53	42	40	52	—	—	—	—	
darunter																								
Typhus und Paratyphus . . . . .	13	7	6	—	—	1	—	—	—	2	4	3	—	1	2	—	—	—	—	—	—	—	—	
Masern . . . . .	13	6	7	2	—	4	3	—	2	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	
Scharlach . . . . .	9	2	7	1	1	1	3	—	2	—	—	—	—	—	1	—	—	—	—	—	—	—	—	
Keuchhusten . . . . .	14	11	3	8	2	3	1	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	
Diphtherie . . . . .	132	67	65	1	4	20	17	42	43	4	1	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	
Grippe mit Lungenerkrankung . . . . .	81	30	51	3	5	2	2	1	1	—	3	4	11	8	5	6	7	6	17	—	—	—	—	
Grippe ohne Angabe einer Lungenerkrankung . . . . .	116	52	64	5	8	3	—	2	1	—	3	4	5	6	3	9	16	23	28	—	—	—	—	
Tuberkulose der Atmungsorgane . . . . .	539	295	244	1	1	4	6	2	8	83	108	106	72	62	32	29	12	8	5	—	—	—	—	
Tuberkulose der Hirnhäute und des Zentralnervensystems . . . . .	38	17	21	1	2	5	6	6	8	3	3	1	2	1	—	—	—	—	—	—	—	—	—	
Tuberkulose anderer Organe und Miliartuberkulose . . . . .	56	21	35	2	1	1	—	1	11	4	11	3	6	7	3	2	2	1	1	—	—	—	—	
Tuberkulose zusammen . . . . .	633	333	300	4	4	10	12	9	27	90	122	110	80	70	35	31	14	9	6	—	—	—	—	
Syphilis . . . . .	24	18	6	7	2	—	—	—	—	1	1	4	2	2	1	4	—	—	—	—	—	—	—	
Encephalitis lethargica sive epidemica . . . . .	7	3	4	—	—	—	—	—	—	1	1	2	2	—	1	—	—	—	—	—	—	—	—	
Übertragbare Genickstarre . . . . .	18	11	7	4	3	5	3	1	—	1	1	1	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	
Sonstige Infektions- u. parasitäre Krankheiten . . . . .	48	25	23	3	2	1	—	2	2	5	6	6	5	3	2	3	5	2	1	—	—	—	—	
II. Krebs und andere bösartige Neubildungen . . . . .	955	442	513	—	2	1	1	2	3	6	8	33	61	123	171	165	138	112	126	—	—	—	3	
III. Andere allgemeine Krankheiten . . . . .	213	80	133	18	9	4	7	2	6	5	6	5	9	11	32	19	43	16	19	—	—	—	2	
darunter																								
Akuter fieberhafter Gelenkrheumatismus . . . . .	10	2	8	—	—	—	—	1	4	—	3	—	—	1	1	—	—	—	—	—	—	—	—	
Zuckerkrankheit . . . . .	115	36	79	—	—	—	1	1	1	2	1	1	4	7	22	16	33	9	15	—	—	—	2	
Sonstige allgemeine Krankheiten . . . . .	88	42	46	18	9	4	6	—	1	3	2	4	5	3	9	3	10	7	4	—	—	—	—	
IV. Krankheiten des Blutes u. der blutbildenden Organe . . . . .	39	25	14	1	1	3	—	1	1	2	5	1	—	8	3	7	4	2	—	—	—	—	—	
V. Chronische Vergiftungen . . . . .	1	1	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	1	—	—	—	—	—	—	—	—	—	
VI. Krankheiten des Zentralnervensystems und der Sinnesorgane . . . . .	826	458	368	65	55	14	10	13	10	16	7	23	13	87	73	115	85	124	114	1	1	—	—	
darunter																								
Gehirnschlag u. Lähmung ohne nähere Angabe . . . . .	549	297	252	—	—	—	—	—	—	1	—	8	5	63	57	104	78	120	111	1	1	—	—	
Sonstige Krankheiten des Zentralnervensystems und der Sinnesorgane . . . . .	277	161	116	65	55	14	10	13	10	15	7	15	8	24	16	11	7	4	3	—	—	—	—	
VII. Krankheiten der Kreislauforgane . . . . .	1 232	603	629	—	—	1	1	12	8	17	16	38	44	123	138	195	172	215	248	2	2	—	—	
darunter																								
Herzkrankheiten . . . . .	957	453	504	—	—	1	1	12	8	15	14	32	35	98	120	143	142	150	183	2	1	—	—	
Sonstige Krankheiten der Kreislauforgane . . . . .	275	150	125	—	—	—	—	—	—	2	2	6	9	25	18	52	30	65	65	—	—	—	—	
VIII. Krankheiten der Atmungsorgane . . . . .	964	530	434	133	133	45	34	10	10	17	16	46	40	78	33	86	67	115	101	—	—	—	—	
darunter																								
Bronchitis . . . . .	90	47	43	13	10	—	—	—	—	—	1	2	1	3	—	14	11	15	20	—	—	—	—	
Lungenentzündung . . . . .	690	380	310	116	121	39	30	8	7	15	12	35	25	57	21	41	32	69	62	—	—	—	—	
Sonstige Krankheiten der Atmungsorgane . . . . .	184	103	81	4	2	6	4	2	3	2	3	9	14	18	12	31	24	31	19	—	—	—	—	
IX. Krankheiten der Verdauungsorgane . . . . .	515	257	258	47	48	10	9	10	10	23	25	43	35	48	45	39	52	35	33	2	1	—	—	
darunter																								
Darmkatarrh bei Unterzweijährigen . . . . .	83	38	45	37	41	1	4	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	
Blinddarmentzündung . . . . .	72	42	30	—	3	2	7	5	10	10	6	5	10	5	6	3	—	—	—	—	—	—	—	
Sonstige Krankheiten der Verdauungsorgane . . . . .	360	177	183	10	7	6	3	3	5	13	15	37	30	38	40	33	49	35	33	2	1	—	—	
X. Krankheiten der Harn- u. Geschlechtsorgane . . . . .	218	114	104	—	2	3	3	1	5	3	8	12	30	25	30	31	19	39	7	—	—	—	—	
darunter																								
Nierenentzündung . . . . .	120	58	62	—	1	1	3	1	4	2	4	11	14	19	23	12	12	12	1	—	—	—	—	
Sonstige Krankheiten der Harn- u. Geschlechtsorgane . . . . .	98	56	42	—	1	2	—	—	1	1	4	1	16	6	7	19	7	27	6	—	—	—	—	
XI. Krankheiten der Schwangerschaft, Entbindung und des Wochenbetts . . . . .	92	—	92	—	—	—	—	—	—	—	—	47	—	42	—	3	—	—	—	—	—	—	—	
darunter																								
Fieberhafte Fehlgeburt . . . . .	21	—	21	—	—	—	—	—	—	—	—	12	—	8	—	1	—	—	—	—	—	—	—	
Sepsis und Starrkrampf im Wochenbett . . . . .	22	—	22	—	—	—	—	—	—	—	—	13	—	8	—	1	—	—	—	—	—	—	—	
Sonstige Zufälle der Schwangerschaft, Entbindung und des Wochenbetts . . . . .	49	—	49	—	—	—	—	—	—	—	—	22	—	26	—	1	—	—	—	—	—	—	—	
XII. Krankheiten der Haut und des Unterhautzellgewebes . . . . .	35	22	13	1	5	—	—	3	1	3	3	2	5	3	—	5	1	3	—	—	—	—	—	
XIII. Krankheiten der Bewegungsorgane . . . . .	28	19	9	1	1	1	1	4	2	5	1	5	2	2	—	1	2	—	—	—	—	—	—	
XIV. Andere Mißbildungen (ohne Totgeburten) . . . . .	80	35	45	32	41	—	1	1	—	1	1	1	1	—	1	—	—	—	—	—	—	—	—	
XV. Krankheiten der Neugeborenen (ohne Totgeburten) . . . . .	653	389	264	389	264	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	
darunter																								
Frühgeburt . . . . .	234	146	88	146	88	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	
Angeborene Mißbildungen, Lebensschwäche, Geburtsfolgen (beim lebendgeborenen Kinde) . . . . .	404	233	171	233	171	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	
Andere Krankheiten der Neugeborenen . . . . .	15	10	5	10	5	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	
XVI. Altersschwäche . . . . .	787	345	442	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	26	31	319	409	—	—	—	2	
XVII. Äußere Einwirkungen . . . . .	461	358	103	9	6	34	18	30	7	94	11	32	24	59	13	26	9	11	14	3	1	—	—	
darunter																								

Quelle: Statistik des Saarlandes, Heft 2, 1936/37, Saarbrücken 1938

# VERÖFFENTLICHUNGEN

## I. Zusammenfassende Schriften

### Statistisches Handbuch für das Saarland

Erscheint zweijährlich im Wechsel mit "Statistisches Taschenbuch für das Saarland".

Das Statistische Handbuch vermittelt aus dem Bereich der amtlichen Statistik die jeweils aktuellen Ergebnisse. Dem Benutzer steht reiches Zahlenmaterial aus sämtlichen Bereichen des wirtschaftlichen, kulturellen und sozialen Lebens zur Verfügung. Durch Zeit- und regionale Vergleiche lassen sich Entwicklungen in der Bevölkerungs-, der Wirtschafts- und Sozialstruktur erkennen.

### Statistisches Taschenbuch für das Saarland

Erscheint zweijährlich im Wechsel mit "Statistisches Handbuch für das Saarland".

Das Statistische Taschenbuch will die zweijährliche Erscheinungsphase des "Handbuchs" durch Publikation der jeweils neuesten, wichtigsten Daten der amtlichen Statistik ausfüllen. In seiner Gliederung ist es nicht so differenziert angelegt wie das bedeutend umfangreichere "Handbuch". In einem Anhang werden zusätzlich die wichtigsten Daten der amtlichen Statistik für das Bundesgebiet aufgeführt.

### SAARLAND HEUTE — Statistische Kurzinformationen

## II. Fachstatistische Schriften

### Handbuch Steuern und Finanzen

Erscheinungsweise jährlich.

Das Handbuch stellt Grunddaten über die aktuelle Finanzsituation im öffentlichen Bereich zur Verfügung. Angegeben sind sowohl einfache Bestandszahlen als auch funktional gegliederte Ergebnisse für Gemeinden und Land.

### Statistische Berichte

Zur schnellen Unterrichtung von Verwaltung und anderen Interessenten werden hier die neuesten Ergebnisse der laufenden Statistiken wie auch die ersten Resultate von Sondererhebungen veröffentlicht. Ihre sachliche Gliederung ist sehr differenziert und bundeseinheitlich festgelegt.

### BILDUNG — Kurzinformationen (*erscheint jährlich*)

## III. Reihen

### Einzelschrift zur Statistik des Saarlandes

In dieser Reihe, die bis heute etwa 70 Einzelschriften umfaßt, werden aus dem gesamten Spektrum der amtlichen Statistik schwerpunktmäßig Einzelthemen behandelt.

### Saarland in Zahlen (*Sonderheft*)

In dieser Serie werden die Ergebnisse von periodisch wiederkehrenden Zählungen veröffentlicht.

### Gemeinde- und Kreisstatistiken

In dieser im 2-Jahresrhythmus abwechselnd erscheinenden Reihe werden Informationen aus den verschiedensten Bereichen der Amtlichen Statistik auf Gemeinde- bzw. Kreisebene veröffentlicht.

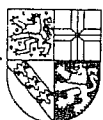
### Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen der Länder (*Gemeinschaftsveröffentlichungen der Statistischen Landesämter*)

Ergebnisse über Entstehung, Verteilung und Verwendung des Sozialprodukts nach Ländern sowie Bruttowertschöpfung der kreisfreien Städte und Landkreise, Erscheinungsweise ein- bis zweijährlich.

## IV. Verzeichnisse

wie Gemeindeverzeichnis, Schulverzeichnis, Krankenhausverzeichnis, Märkte im Saarland, Systematischer Datenbestandskatalog usw. werden jährlich aktualisiert herausgegeben.

### Amtliches Behördenverzeichnis



Saarland

Statistisches Amt des Saarlandes — Referat für Öffentlichkeitsarbeit

Hardenbergstraße 3, 6600 Saarbrücken, ☎ 0681-505935 / 986, Btx 20395 #

Veröffentlichungen des Statistischen Amtes  
des Saarlandes  
im Monat Januar 1986

Sterbefälle nach Todesursachen im 3. Vierteljahr 1985	A IV 3 — vj 3/85	Gastgewerbe im Oktober 1985	G IV 3 — m 10/85
Pflanzenbestände in Baum- schulen 1985	C II 5 — j 1985	Straßenverkehrsunfälle im August 1985	H I 1 — m 8/85
Schweinebestand im August 1985	C III 1 — vj 3/85	Straßenverkehrsunfälle im September 1985	H I 1 — m 9/85
Gewerbean- und -abmeldungen im Saarland 1984	D I 2 — j 1984	Personenverkehr der Straßenverkehrs- unternehmen im 3. Vierteljahr 1985	H I 4 — vj 3/85
Bergbau und Verarbeitendes Gewerbe im Oktober 1985	E I 1 — m 10/85	Binnenschiffahrt Juli bis September 1985	H II 1 — vj 3/85
Bauhauptgewerbe und Ausbau- gewerbe im Oktober 1985	E II 1 — m 10/85 E III 1	Preisindex für die Lebenshaltung Dezember 1985	M I 2 — m 12/85
Bauhauptgewerbe und Ausbau- gewerbe im November 1985	E II 1 — m 11/85 E III 1	Preisindex für Bauwerke November 1985	M I 4 — vj 4/85
Einzelhandel im Oktober 1985	G I 1 — m 10/85	Aktuelle Wirtschaftszahlen für das Saarland Januar bis September 1985	Z 1 — m 9/85

Veröffentlichungen des Statistischen Amtes  
des Saarlandes  
in den Monaten Februar/März 1986

Bevölkerungsentwicklung im 3. Vierteljahr 1985	A I 1 — vj 3/85 A I 2	Kraftfahrzeugbestand am 1. Juli 1985 und Neuzulassungen im 1. Halb- jahr 1985	H I 2 — hj 1/85
Gewerbean- und -abmeldungen im 1. Halbjahr 1985	D I 2 — hj 1/85	Verdienste und Arbeitszeiten in Industrie und Handel im Oktober 1985	N I 1 — vj 4/85
Baugenehmigungen im 4. Vierteljahr 1985	F II — vj. 4/85	Verdienste und Arbeitszeiten im Handwerk im November 1985	N I 2 — hj 2/85
Außenhandel im Oktober 1985	G III 1,3 — m 10/85	Aktuelle Konjunkturdaten des Grenzraumes Saar-Lor-Lux-Trier/ Westpfalz 3. Quartal 1985	Z 2 — vj 3/85
Straßenverkehrsunfälle im November 1985	H I 1 — m 11/85		

Veröffentlichungen des Statistischen Amtes  
des Saarlandes  
in den Monaten März/April 1986

Sterbefälle nach Todesursachen im 4. Vierteljahr 1985	A IV 3 — vj 4/85	Einzelhandel im Dezember und Jahr 1985	G I 1 — m 12/85
Neuerkrankungen an melde- pflichtigen Krankheiten 1985	A IV 4 — j 1985	Einzelhandel im Januar 1986	G I 1 — m 1/86
Sozialversicherungspflichtig be- schäftigte Arbeitnehmer am 30. Juni 1985	A VI 5 — vj 2/85	Außenhandel im November 1985	G III 1,3 — m 11/85
Bewährungshilfe 1985	B VI 7 — j 1985	Außenhandel im Dezember und Jahr 1985	G III 1,3 — m 12/85
Viehbestände im Dezember 1985	C III 1 — vj 4/85	Gastgewerbe im Dezember und Jahr 1985	G IV 3 — m 12/85
Bergbau und Verarbeitendes Gewerbe im Dezember 1985	E I 1 — m 12/85	Gastgewerbe im Januar 1986	G IV 3 — m 1/86
Bergbau und Verarbeitendes Gewerbe im Januar 1986	E I 1 — m 1/86	Personenverkehr der Straßen- verkehrsunternehmen im 4. Vierteljahr und im Jahr 1985	H I 4 — vj 4/85
Index der Nettoproduktion und Produktion ausgewählter Erzeugnisse im Produzierenden Gewerbe des Saarlandes Dezember 1985	E I 2 — m 12/85 E I 5	Binnenschifffahrt Oktober bis Dezember und im Jahr 1985	H II 1 — vj 4/85
Bauhauptgewerbe und Aus- baugewerbe im Dezember 1985	E II 1 — m 12/85 E III 1	Kommunale Finanzen im 4. Vierteljahr 1985	L II 2 — vj 4/85
Bauhauptgewerbe und Aus- baugewerbe im Januar 1986	E II 1 — m 1/86 E III 1	Preisindex für die Lebenshaltung Februar und März 1986	M I 2 — m 2 + 3/86
Das Handwerk im 4. Vierteljahr 1985	E V 1 — vj 4/85	Aktuelle Wirtschaftszahlen für das Saarland Januar bis Dezember 1985	Z 1 — m 12/85